# BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag

17. Wahlperiode

# Plenarprotokoll

51. Sitzung 30.09.09

# 51. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. September 2009

# Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung . 3743 Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung			Landeseinheitliche Leistungskriterien für den Übergang nach Klasse 4 Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. September 2009	
		<b>9.</b>	Schwarzarbeit in der Wirtschaftskrise be- kämpfen  Anfrage der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 8. September 2009	
1.	Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnen- beratung durch "Einheitliche Ansprech- partner"  Anfrage der Abgeordneten Liess, Frau Zie- gert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 26. August 2009		Bundesratspräsidentschaft Bremens 2009/2010  Anfrage der Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP vom 9. September 2009	
2.	Christliche Zeitarbeits-"Gewerkschaften" nicht tariffähig – Folgen für Bremen	Ak	Aktuelle Stunde 3757	
	Anfrage der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD vom 26. August 2009374	Gro	Gendergerechte Investitionen in Sportstätten Große Anfrage der Fraktion der SPD	
3.	Krankenstand in der Verwaltung		vom 12. Mai 2009	
	Anfrage der Abgeordneten Hinners, Dr. Schrörs, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. September 2009	D a	(Drucksache 17/780)  D a z u  Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009	
4.	Kosten der Rettungsdienste	(Dr	ucksache 17/840)	
	Anfrage der Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom 1. September 2009	Ab	g. Frau Arnold-Cramer (SPD)3757	
		so Ab	- g. Frau Troedel (DIE LINKE)3758	
			g. Dr. Möllenstädt (FDP)3759	
5.			g. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen) 3760	
	Anfrage der Abgeordneten Frau Troedel,		g. Gerling (CDU)	
	Erlanson und Fraktion DIE LINKE vom  1 September 2009 375		atsrätin Ruse 3762	

Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der
Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Juni 2009 (Drucksache 17/828)

Dazu

## Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD vom 30. September 2009

(Drucksache 17/948)

Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	3764
Aby. I fad Scholl (Bullatilis 50/Die Gruffell)	3704
Abg. Frau Böschen (SPD)	3765
Abg. Nestler (CDU)	3766
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3767
Abg. Beilken (DIE LINKE)	3768
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	3770
Abg. Dr. Möllenstädt (FDP)	3771
Staatsrat Othmer	3771
Abg. Nestler (CDU)	3772
Abg. Beilken (DIE LINKE)	3773
Abstimmung	3773

# Kinder und Jugendliche als Opfer im Internet

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2009 (Drucksache 17/817)

# Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2009

(Drucksache 17/866)

Abg. Hinners (CDU)	3774
Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	3775
Abg. Frau Troedel (DIE LINKE)	3776
Abg. Frau Schmidtke (SPD)	3777
Abg. Woltemath (FDP)	3778
Abg. Hinners (CDU)	3779
Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	3779
Staatsrätin Buse	3780
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	3781
Abg. Woltemath (FDP)	3782

## Lebenslagen im Land Bremen

## Armuts- und Reichtumsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2009

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009 (Drucksache 17/851)

# Politik zur Stärkung des sozialen Zusammen-

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/938)

Dazu

## Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. September 2009

(Drucksache 17/949)

## Lehrerausbildung

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 3. Juni 2009 (Drucksache 17/816)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 18. August 2009

(Drucksache 17/884)

# Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 18. Juni 2009 (Drucksache 17/848)

# Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen mit Lehrern

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2009 (Drucksache 17/818)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 22. September 2009

(Drucksache 17/932)

Lehrerinnen und Lehrer für Bremen und Bremerhaven gewinnen!	Abg. Frau Dr. Spieß (CDU)       3810         Abg. Frau Böschen (SPD)       3811
trag der Fraktionen der FDP und der CDU n 25. August 2009 eufassung der Drs. 17/894 vom 19. August 19) ucksache 17/907)	Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen) 3813 Abg. Beilken (DIE LINKE)
Sicherstellung einer ausreichenden und qua- litativ guten Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern	Abg. Rohmeyer (CDU)       3817         Abg. Dr. Buhlert (FDP)       3820
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/940)	Abg. Beilken (DIE LINKE)
Abg. Dr. Buhlert (FDP)	Abstimmung3824

### Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeisterin Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Rosenkötter (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Inneres und Sport Mäurer (SPD)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrätin **Buse** (Senator für Inneres und Sport)

Staatsrätin **Dr. Kießler** (Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.01 Uhr.

**Präsident Weber:** Ich eröffne die 51. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien. Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich die Klasse 9 a, Politikkurs, der Schule an der Hamburger Straße und eine Gruppe "Neuer Start ab 35".

Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

## (Beifall)

Gemäß Paragraf 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

1. Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009, Drucksache 17/938.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

# (Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt 15, es handelt sich hierbei um Lebenslagen im Land Bremen, zu verbinden. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

2. Kulturförderung den sich wandelnden Bedürfnissen anpassen, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009, Drucksache 17/939.

Ich lasse auch hier über eine dringliche Behandlung dieses Antrags abstimmen.

Wer mit einer dringlichen Behandlung des Antrags einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

### (Einstimmig)

Ich schlage Ihnen eine Verbindung mit dem Tagesordnungspunkt 3, Auswirkungen des demografischen Wandels im Land Bremen auf die Kultur, vor. – Auch hier höre ich keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. 3. Sicherstellung einer ausreichenden und qualitativ guten Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009, Drucksache 17/940.

Gemäß Paragraf 21 Satz 2 unserer Geschäftsordnung lasse ich über die Dringlichkeit dieses Antrags abstimmen.

Wer damit einverstanden ist, den Antrag dringlich zu behandeln, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Auch hier stelle ich fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

### (Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit den bereits verbundenen Tagesordnungspunkten 6, Lehrerausbildung, 7, Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung, 9, Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen mit Lehrern, und 25, Lehrerinnen und Lehrer für Bremen und Bremerhaven gewinnen, zu verbinden. – Auch dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Umdruck zu entnehmen.

## I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Wohnungseinbrüche
 Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 15. September 2009
 (Drucksache 17/927)

Bürgernahe Familienkasse ermöglichen!
 Antrag der Fraktion der FDP vom 15. September 2009 (Drucksache 17/928)

3. Nutzen und Risiken der HPV-Impfung abwä-

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 23. September 2009 (Drucksache 17/935)

 Gleichstellung fördern – Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/936)

Bremisches Gesetz zur Errichtung und Führung eines Korruptionsregisters (Bremisches KorruptionsregisterG)

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/937)

(A)

(B)

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über öffentliche Rechtsberatung in der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 29. September 2009 (Drucksache 17/941)

7. Gesetz zur Änderung des Vermessungs- und Katastergesetzes und über die Mitwirkung im amtlichen Vermessungswesen

Mitteilung des Senats vom 29. September 2009 (Drucksache 17/942)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Oktober-Sitzung.

### II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

 Regelung für den Umgang von Beträgen aus Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatischen Schenkungen gegenüber öffentlichen Unternehmen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 17. Juni 2009

2. Perspektiven für Hochqualifizierte in Bremen und Bremerhaven

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 15. Juli 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 29. September 2009 (Drucksache 17/943)

Kompetenz von Berufsschülerinnen und Berufsschülern

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 21. Juli 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 22. September 2009 (Drucksache 17/933)

4. Vermittlung und Förderung von Medienkompetenz

Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 22. Juli 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 29. September 2009 (Drucksache 17/944)

 Lebensbegleitendes Lernen für die Menschen effektiv und transparent gestalten

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 3. August 2009

 Rechtsextremistisch und anitsemitisch motivierte Aktivitäten und Straftaten in Bremen und Bremerhaven für den Zeitraum Januar bis März 2009

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12. August 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 1. September 2009 (Drucksache 17/915)

 Rechtsextremistisch und anitsemitisch motivierte Aktivitäten und Straftaten in Bremen und Bremerhaven für den Zeitraum April bis Juni 2009

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 12. August 2009

Dazı

Antwort des Senats vom 1. September 2009 (Drucksache 17/916)

 Taser im Gebrauch der Polizei Bremen
 Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 12. August 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 1. September 2009 (Drucksache 17/917)

 Prüfung der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes in den Krankenhäusern im Lande Bremen Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 18. August 2009

Dazu

Antwort des Senats vom 29. September 2009 (Drucksache 17/945)

10. Personalentwicklung an den Berufsschulen des Landes Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 8. September 2009

11. Pensionierung von Professoren an Hochschulen im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. September 2009

12. Vernichtung von Dienstwaffen

Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 16. September 2009

13. Weiterentwicklung der Kurzzeitpflege im Lande Bremen

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 22. September 2009

 Häusliche Beziehungsgewalt gegen Männer Kleine Anfrage der Fraktion der FDP vom 30. September 2009

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 17, Atomtransporte durch das Land Bremen, des Tagesordnungspunktes 26, Besondere Investitionsanstrengungen für Bremerhaven, des Tagesordnungspunktes 29, Entwicklung von Forschung und Lehre im Lande Bremen seit Bologna, und des Tagesordnungspunktes 42, Ausbildungssituation für Jugendliche im Land Bremen.

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte 6, 7, 9 und 25 – das sind alles Tagesordnungspunkte, die die Personalentwicklung bei den Lehrerinnen und Lehrern im Lande Bremen betreffen – miteinander zu verbinden, des Weiteren die Tagesordnungspunkte 10, Gesetz über die Verleihung der Rechte einer Kör-

(D)

(A) perschaft des öffentlichen Rechts an Jehovas Zeugen in Deutschland, Tagesordnungspunkt 23, Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, und Tagesordnungspunkt 24, Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung, des Weiteren der Tagesordnungspunkte 11 und 12, Zugang zu Kinderpornografie erschweren, der Tagesordnungspunkte 32 und 33, hier handelt es sich um die Stellungnahmen des Senats zum 31. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und zum Dritten Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit, der Tagesordnungspunkte 37 und 38, es handelt sich hierbei um den 16. Bericht der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau über deren Tätigkeit vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau, und der Tagesordnungspunkte 44 und 45, es handelt sich hierbei um den vierten Bericht der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe "Häusliche Beziehungsgewalt" und Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau, und zuletzt der Punkte au-Berhalb der Tagesordnung, die sich mit der Änderung des Bremischen Wahlgesetzes befassen.

Zum Schluss wurden bei einigen Tagesordnungspunkten Vereinbarungen zu Redezeiten getroffen.

Meine Damen und Herren, des Weiteren möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion der CDU ihren Antrag unter Tagesordnungspunkt 28, Verstärkte Kooperation zwischen den Jagdbehörden von Bremen und Niedersachsen, inzwischen zurückgezogen hat.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(B)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

# (Einstimmig)

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie davon unterrichten, wie bereits gestern in der Stadtbürgerschaft geschehen, dass mir der Abgeordnete Möhle mit Schreiben vom 28. September 2009 seinen Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt hat und dass er beabsichtigt, sein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft fortzuführen. Er ist nunmehr fraktionsloses Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Dem Abgeordneten Möhle ist ein vorläufiger Sitzplatz zugewiesen worden. Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft beabsichtigt, sich in seiner Sitzung am 20. Oktober 2009 mit der endgültigen Sitzordnung zu befassen.

Weiterhin teile ich Ihnen mit, dass sich der Abgeordnete Frehe von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die morgige Sitzung wegen der Teilnahme an der Konferenz "Nationale Kultureinrichtung in Weimar" entschuldigt hat. Zwischen der Abgeordneten Frau Troedel, Fraktion DIE LINKE, und dem Abgeordneten Frehe ist eine Pairingvereinbarung getroffen worden. Frau Troedel wird an der Sitzung teilnehmen, sie wird sich allerdings nicht an den Abstimmungen beteiligen.

#### (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten nun in die Tagesordnung ein.

# Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) für die fünfte Mandatsperiode

Die Beratung ist eröffnet. – Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Beratung ist geschlossen.

Der Senat schlägt vor, Frau Staatsrätin Dr. Kerstin Kießler als ordentliches Mitglied, die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen schlagen vor, den Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses der Regionen für die fünfte Mandatsperiode zu wählen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau Dr. Kerstin Kießler als ordentliches Mitglied sowie den Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen (AdR) für die fünfte Mandatsperiode.

### (Einstimmig)

Herzlichen Glückwunsch an beide!

(Beifall)

### Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift "Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenberatung durch 'Einheitliche Ansprechpartner' ". Die Anfrage ist unter-

(A) schrieben von den Abgeordneten Liess, Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Liess!

Abg. **Liess** (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie wird der Bürgerschaftsbeschluss, Drucksache 17/430, die Beratung über die arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen in Deutschland zur Regelaufgabe der Einheitlichen Ansprechpartner im Land Bremen zu machen, konkret umgesetzt?

Zweitens: Wie wird der Forderung des Parlaments Rechnung getragen, bei der Ausgestaltung der Einheitlichen Ansprechpartner im Land Bremen für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen einen ungehinderten Zugang zu den Leistungen dieser Stellen zu gewährleisten?

Drittens: In welcher Weise wird der Senat sicherstellen, dass neben ausländischen auch alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Bremen und Bremerhaven von den sie betreffenden Beratungsangeboten der Einheitlichen Ansprechpartner Kenntnis erhalten?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

(B) Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat hat in seiner Mitteilung an die Bremische Bürgerschaft vom 28. Oktober 2008 erklärt, dass er anstrebt, entsprechend der Forderung der Bremischen Bürgerschaft eine zusätzliche Aufgabenübertragung zu dem Themenkreis der arbeitsund sozialrechtlichen Bestimmungen in Deutschland umzusetzen. Dabei geht der Senat davon aus, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer gleichermaßen beraten werden können.

Der Senat geht ferner davon aus, dass es sich bei der Beratung von arbeits- und sozialrechtlichen Belangen ebenso wie bei Beratungspflichten im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie durch den Einheitlichen Ansprechpartner, der im Land Bremen bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt sein wird, zunächst nur um die Vermittlung von grundsätzlichen Informationen zum deutschen Recht handeln kann. Für die weitergehenden Beratungsgegenstände ist beabsichtigt, von dort einen direkten Kontakt zu einer gesonderten Beratungsstelle für die arbeits- und sozialrechtlichen Fragen herzustellen.

Nach den bisherigen Überlegungen soll unter Federführung des Arbeitsressorts ein Konzept erarbeitet werden, nach dem die Arbeitnehmerkammer Bremen, der Deutsche Gewerkschaftsbund sowie das Arbeits-

ressort diese Beratung organisieren. Über das Verfahren im Einzelnen werden in Kürze unter den Beteiligten entsprechende Verabredungen getroffen.

Zu Frage 2: Die Einheitlichen Ansprechpartner werden ihre Informationsaufgaben gegenüber den Dienstleistungserbringern und Dienstleistungserbringerinnen zunächst über Internetportale beziehungsweise noch zu erstellendes Informationsmaterial erfüllen. Sofern die Beantwortung konkreter Fragen erforderlich ist, vermitteln die Einheitlichen Ansprechpartner den Kontakt zu den zuständigen Behörden beziehungsweise beratenden Stellen. Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 erläutert, werden hierfür in Kürze die erforderlichen Maßnahmen im Einzelnen festgelegt.

Zu Frage 3: Die Informationen über die betreffenden Beratungsangebote werden in allgemeiner Form, das heißt ohne Unterscheidung nach ausländischen oder inländischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen erfolgen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Liess, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Liess (SPD): Herr Staatsrat, darf ich Ihre Antwort zu Frage 1 so verstehen, dass der Einheitliche Ansprechpartner in Fragen der arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmung nichts anderes ist als ein Briefkasten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Dies ist ein Missverständnis! Einheitlicher Ansprechpartner im Land Bremen wird die WFB sein, und zwar zunächst einmal für die beiden Städte Bremen und Bremerhaven. Dort wird jetzt schon engagiert an Vorbereitungen gearbeitet. Der Einheitliche Ansprechpartner wird sehr genau darauf achten, dass Anfragen, die, von wem auch immer, Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern oder Dienstleistern, Existenzgründern, kommen, bearbeitet werden. Er wird den gesamten Weg verfolgen und sicherstellen, dass eine entsprechende Anfrage auch zeitnah richtig beantwortet wird. Er ist also mehr als ein Briefkasten, in dem ja auch einmal etwas verloren gehen kann; er ist jemand, der den Prozess aktiv begleitet

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Herr Staatsrat, aus Ihrer Antwort ist mir nicht ganz klar geworden, zu welchen Teilen der Einheitliche Ansprechpartner selbst eine Rechtsberatung durchführen wird und zu welchen Teilen dies dritte Organisationen tun werden. Können Sie darüber eine Abschätzung geben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(D)

(A) Staatsrat Dr. Heseler: Grundsätzlich ist es so, das ist ausdrücklich unser Ziel gewesen, wir wollen keine neue Behörde oder Bürokratie aufbauen. Insofern wird es eine Einheitliche Ansprechpartnerin geben - es wird eine Dame sein, die dort dafür zuständig ist -, und wenn Fachauskünfte benötigt werden, sei es zum Arbeitsrecht, zur Existenzgründung oder zu anderen Fragen, dann wird sie sich mit den zuständigen Stellen in den entsprechenden Ressorts in Verbindung setzen. Wir wollen also kein zusätzliches Personal beim Einheitlichen Ansprechpartner selbst aufbauen, sondern wir wollen die Weiterleitung an die Behörden, und wir wollen sicherstellen - und das ist mehr als ein Briefkasten –, dass der Antragsteller auch sehr schnell eine ausreichende Antwort bekommt.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): In welchem Umfang ist denn das Arbeitsvolumen, was sich auf die Beratung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beziehen soll, angesetzt? Gibt es darüber eine erste Schätzung, und wie verhält sich das zu den übrigen Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners, wo wir als Bremen nicht ganz frei sind, das zu gestalten?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

(B) Staatsrat Dr. Heseler: Wie Sie vielleicht wissen, haben wir, der Senator für Wirtschaft und Häfen, ausdrücklich festgestellt, dass wir zunächst kein zusätzliches Personal und keine zusätzlichen Mittel für den Einheitlichen Ansprechpartner benötigen. Wir sind eine sparsame Behörde. Abschätzen kann man dies ohnehin erst, wenn wir wissen, wie viele Anfragen kommen. Wir haben im Moment keinerlei Vorstellungen, was ab dem 1. Januar 2010 – weder im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch in Bereich von anderen anfragenden Existenzgründern oder wem auch immer – tatsächlich auf uns zukommt

Wir sind der festen Überzeugung, dass ein großer Teil der Arbeit, soweit es um Wirtschaftsanfragen geht, von der Wirtschaftsförderung ohnehin geleistet werden muss und deswegen keine zusätzlichen Arbeitskräfte erfordert. Das Gleiche gilt für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dafür haben wir das Arbeitsressort, die Arbeitnehmerkammer und den DGB, also da ist ausreichend Kompetenz vorhanden. Wir werden zeitnah eine Evaluation machen, um zu sehen, wie hoch eigentlich der Arbeitsanfall tatsächlich ist.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Nur noch abschließend: Kann ich davon ausgehen, dass uns diese Ergebnisse der Evaluation auch zugänglich gemacht werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

**Staatsrat Dr. Heseler:** Selbstverständlich werden wir das tun!

**Präsident Weber:** Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage befasst sich mit dem Thema "Christliche Zeitarbeits-,Gewerkschaften" nicht tariffähig – Folgen für Bremen." Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Ziegert!

Abg. Frau Ziegert (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche unmittelbaren und mittelbaren Folgen resultieren im Land Bremen aus dem Urteil des Arbeitsgerichts Berlin, dass die Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen, CGZP, nicht tariffähig ist und die mit ihr geschlossenen "Tarifverträge" folglich nichtig sind?

Zweitens: Für wie viele im Land Bremen tätige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begründet diese Entscheidung nach Einschätzung des Senats den Anspruch auf Nachzahlungen, weil sie ohne gültigen Tarifvertrag das Recht auf Gleichbehandlung mit den Stammbeschäftigten derjenigen Betriebe haben, in denen sie tätig sind?

Drittens: Gibt es im Bremer Senat Überlegungen, auf Basis des Berliner Urteils zusammen mit den jeweils zuständigen DGB-Gewerkschaften in weiteren Tarifbereichen die Tariffähigkeit christlicher oder anderer Dumping-"Gewerkschaften" gerichtlich anzufechten?

**Präsident Weber:** Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

**Senatorin Rosenkötter:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Entscheidung ist noch nicht rechtskräftig, aus diesem Grund sind auch die rechtlichen Folgen aus der erstinstanzlichen Entscheidung noch nicht absehbar. Die mündliche Verhandlung in zweiter Instanz findet am 28. Oktober 2009 statt. Hiernach ist auch das Rechtsmittel zum Bundesarbeitsgericht noch möglich. Sollte die erstinstanzliche Entscheidung rechtskräftig bestätigt werden, könnten hieraus für die betroffenen Arbeitnehmer Nachzahlungsansprüche erwachsen. Dies festzustellen obliegt jedoch der Arbeitsgerichtsbarkeit und ist vom konkreten Einzelfall abhängig.

Zu Frage 2: Das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit gemäß Artikel 9 Grundgesetz bringt es mit sich, dass niemand seine Mitgliedschaft in einer Vereinigung

(A) offenbaren muss. Dementsprechend sind dem Senat keine Zahlen darüber bekannt, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Bremen Mitglied in der CGZP sind. Nach Einschätzung des Senats dürfte es sich allerdings, wenn überhaupt, um eine extrem geringe Zahl handeln. Das ergibt sich zum einen daraus, dass es sich bei den circa 100 im Tarifregister des Landes Bremen registrierten Tarifverträgen, die die CGZP abgeschlossen hat, mehr oder weniger ausnahmslos um Haustarife handelt, von denen keine Bremer Firmen betroffen sind. Zum anderen hat das Arbeitsgericht Berlin in seiner Entscheidung vom 1. April 2009 bei der Frage der Mitgliedschaftsstärke festgestellt: "Der Anteil der tarifgebundenen Arbeitnehmer wird von dem Beteiligten und der Literatur weitgehend als gegen Null tendierend eingeschätzt." Die Tarifgemeinschaft CGZP selbst war in diesem Verfahren den Nachweis über ihren Mitgliederbestand schuldig geblieben.

Zu Frage 3: Der Senat kann nicht ausschließen, dass in weiteren Tarifbereichen Gefälligkeitstarifverträge abgeschlossen worden sind, mit denen andere Tarifverträge unterlaufen werden. Der Senat begrüßt es, wenn die jeweils zuständigen DGB-Gewerkschaften in weiteren Tarifbereichen die Tariffähigkeit von "Dumping-Gewerkschaften" gerichtlich anfechten. Ob der Senat sich entsprechenden Verfahren selbst anschließen wird, entscheidet er im konkreten Einzelfall. – Soweit die Antwort des Senats!

(B) **Präsident Weber:** Frau Kollegin Ziegert, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Sie haben gesagt und darauf hingewiesen, dass dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist. Ist es aber richtig, dass im Falle, wenn es rechtskräftig wird, die betroffenen Arbeitnehmer Anspruch auf volle Nachzahlung der Differenz der Entgelte bis zur Höhe des jeweiligen tarifvertraglichen Entgelts hätten und auch bei den Sozialversicherungen entsprechende Nachzahlungen fällig würden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Rosenkötter:** Das ist richtig. Da wir aber über die Zahlen nichts wissen, kann man auch hier im Grunde keine Aussage dazu treffen.

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Wenn dieses Urteil dann rechtskräftig wird, würden Sie von Ihrer Behörde dann auch entsprechend informieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

**Senatorin Rosenkötter:** Natürlich werden wir darüber informieren! Wir kennen die ersten Terminlagen.

Man muss abwarten, was nach dem 28. Oktober 2009 eventuell an weiteren anderen Schritten unternommen wird.

**Präsident Weber:** Frau Senatorin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel "Krankenstand in der Verwaltung". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Hinners, Dr. Schrörs, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Hinners!

Abg. Hinners (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Bedeutung misst der Senat der Ermittlung des Krankenstandes unter den Mitarbeitern der Kommunal- und Landesverwaltung zu?

Zweitens: Warum hat der Senat bisher keine Zahlen zum Krankenstand im öffentlichen Dienst vorgelegt?

Drittens: Wann wird der Senat Zahlen vorlegen, die den Vergleich der Krankenstände zwischen einzelnen Behörden und zwischen der Verwaltung und der Privatwirtschaft ermöglichen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Freie Hansestadt Bremen hat als größter Arbeitgeber des Landes ein hohes Interesse an der Förderung der Gesundheit ihrer Beschäftigten. Sie hat daher ein Gesundheitsmanagementkonzept entwickelt und mit dem Gesamtpersonalrat, Gesamtrichterrat und der Gesamtschwerbehindertenvertretung am 23. Juni 2009 eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, um die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhalten und zu fördern. Mit dieser Dienstvereinbarung wurde die Grundlage für ein Gesundheitsmanagement gelegt, das präventiv angelegt ist und dazu beitragen soll, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einer Arbeitsunfähigkeit einschließlich Arbeitsunfällen, Berufserkrankungen und psychischen Belastungen – vorbeugen. Als ein wichtiger Bestandteil des Gesundheitsmanagementkonzepts wird zurzeit der Aufbau einer zentralen Gesundheitsberichterstattung vorbereitet, die unter anderem eine Fehlzeitenstatistik enthalten wird.

Zu Frage 2: Der Senat hat bereits im August 1998 einem Rahmenkonzept zur "Gesundheitsförderung im bremischen öffentlichen Dienst" zugestimmt, während zeitgleich zwischen der damaligen SKP und dem Gesamtpersonalrat eine Vereinbarung zur Erprobung des Rahmenkonzepts abgeschlossen wurde. Allerdings fanden keine flächendeckenden Auswertungen von Krankenstandsdaten statt. Die inhaltliche Arbeit wurde in der laufenden Legislaturperiode mit

(C)

(A) der Bildung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erneut aufgenommen. Mit der Unterzeichnung einer Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst sind die Voraussetzungen für eine detaillierte Berichterstattung geschaffen worden.

> Zu Frage 3: Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung wird zurzeit eine Fehlzeitenstatistik konzipiert, die aggregierte Kennzahlen für den bremischen öffentlichen Dienst auf Basis der Daten aus dem Jahr 2009 aus den Dienststellen enthalten wird. Die Veröffentlichung der Fehlzeitenstatistik ist für das Jahr 2010 vorgesehen. Aufgrund der in der Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement festgelegten Rahmenbedingungen und Parameter wird ein Vergleich zwischen einzelnen Dienststellen beziehungsweise Behörden kurzfristig möglich sein. Die Dienstvereinbarung zum Gesundheitsmanagement im bremischen öffentlichen Dienst soll - soweit rechtlich möglich auch in Anstalten, Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts im Lande Bremen übernommen werden. - Soweit die Antwort des Senats!

> **Präsident Weber:** Herr Kollege Hinners, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Frau Bürgermeisterin, welche Vorteile sehen Sie denn darin, dass Krankenstände einerseits in den Behörden miteinander verglichen werden können, aber andererseits auch mit der Privatwirtschaft?

(B)

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Der Senat sieht einen großen Vorteil darin, dass wir eine Fehlzeitenstatistik haben. Im Moment sind wir auf aggregierte Daten der Krankenkassen und auf Gefühltes angewiesen. Ich glaube nicht, dass das eines modernen Arbeitgebers dauerhaft würdig ist. Arbeitgeber brauchen Fehlzeitenstatistiken, um herauszufinden, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeit Unterstützung brauchen. Wir brauchen Daten darüber, um herauszufinden, ob es vielleicht am Betriebsklima oder an besonderen Belastungen in den Dienststellen liegt. Es ist ein zentrales Instrument von moderner Mitarbeiterführung, und wir sind ganz sicher, dass wir die Daten brauchen. Deshalb haben wir uns auch sehr viel Mühe gegeben, endlich einen Abschluss zu finden.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Denken Sie dabei auch an die Möglichkeiten der Prophylaxe?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

**Bürgermeisterin Linnert:** Ja, selbstverständlich! Das gehört mit zu den Verabredungen, die getroffen wurden, dass zum Beispiel bei der Frage IT-Einführung oder Weiterentwicklung, bei der Frage Raumkonzepte all diese Fragen vor dem Hintergrund der Fürsorge für die Gesundheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Zukunft intensiv betrachtet werden. Das ist ja auch richtig so!

**Präsident Weber:** Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Ganz konkret, Frau Bürgermeisterin: Wann, glauben Sie, können Sie diese Zahlen, die Sie eben angeboten haben, und die Erkenntnisse tatsächlich in der öffentlichen Verwaltung umsetzen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Den Bericht mit den Zahlen werden wir im Jahr 2010 vorlegen, wobei ich einschränken muss, dass die Dienstvereinbarung die Zahlen für den Jahresbericht nur bei Dienststellen und Schulen vorsieht, die über 50 Beschäftigte enthalten. Es ist auch aufgrund von Befürchtungen, dass man Rückschlüsse auf einzelne Personen machen kann, nicht gelungen, für die kleinen Dienststellen die Berichterstattung zu machen, aber der Bericht wird im Jahr 2010 vorliegen. Wir werden den Bericht auch dem Haushaltsausschuss vorlegen. Wir werden darüber auch sprechen, weil das für den Arbeitgeber ein wichtiges Indiz dafür ist, wo wir zum Beispiel auch, was die Fortbildung von Führungskräften betrifft, noch viel besser werden können, dass eben Fehlzeiten ein wichtiger Indikator für das Funktionieren, das Wohlbefinden und das Arbeitsklima sind und wir ein hohes Interesse daran haben. Also, konkret im Jahr 2010!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Hinners, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Warum hat es so lange gedauert, Frau Bürgermeisterin, bis wir diese Instrumente bekommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Linnert:** Oh, Herr Hinners, der Senat hat einen Beschluss im Jahr 1998 gefasst. Ich habe seit Juli 2007 Verantwortung für den Bereich, und wir haben versucht, uns sehr zu beeilen, weil ich der Überzeugung bin, dass das ein wichtiger Fortschritt für den öffentlichen Dienst ist. Das andere möchte ich jetzt nicht beantworten. Es hat Schwierigkeiten, natürlich auch Bedenken unter anderem bei der Mitarbeitervertretung gegeben.

**Präsident Weber:** Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Schrörs!

(A) Abg. Dr. Schrörs (CDU): Frau Bürgermeisterin, würden Sie dem Haus noch einmal versuchen zu begründen, warum Sie bis zum Jahre 2010 benötigen, um diese Zahlen zu veröffentlichen, wenn Sie die Entscheidung offensichtlich ja schon getroffen haben, so etwas zu veröffentlichen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

**Bürgermeisterin Linnert:** Das finde ich jetzt nicht so lange. Die Vereinbarung ist vom 23. Juni 2009, und wir müssen jetzt die Datenbank aufbauen, und das machen wir auch mit hohem Druck. Das kostet auch ein bisschen Geld, aber es ist vor allen Dingen eine organisatorische Frage, und dann sammeln wir die Daten aus den Dienststellen ein. Das finde ich jetzt, ehrlich gesagt nicht langsam, nachdem es seit 1998 irgendwo schwebte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Herr Kollege Dr. Schrörs, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Ich finde die Antwort leider deswegen nicht befriedigend: Wenn ich mir überlege, dass man in einem Wirtschaftsunternehmen sicherlich nicht eineinhalb oder ein Jahr brauchen würde, um diese Zahlen zu veröffentlichen, dann ist 2010 eine lange Zeit – von heute aus betrachtet wären das noch ein Jahr und drei Monate –, dann muss man in der Lage sein, innerhalb von wenigen Monaten diese Zahlen zu veröffentlichen!

**Präsident Weber:** Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, wir beeilen uns! Das Jahr 2010 beginnt nach meinem Kalender in drei Monaten und einem Tag. Ich weiß nicht, ob wir das am Anfang des Jahres schaffen, das hängt davon ab, wie schnell wir die Daten von den Dienststellen bekommen, und dann muss, wie gesagt, diese Datenbank aufgebaut werden. Dass der öffentliche Dienst, was solche Dinge betrifft – nicht, was alles betrifft! –, besser werden muss, da gebe ich Ihnen völlig recht, aber das haben wir auch angepackt, das tun wir jetzt auch. Wir stellen uns jetzt als moderner Arbeitgeber auf, und es dauert ein paar Tage.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Dr. Schrörs, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Wenn ich davon ausgehen kann, dass das dann im ersten Vierteljahr des nächsten Jahres vorgelegt würde, wäre ich zumindest zufriedener.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Okay, wir beeilen uns, so sehr es geht, aber das Zentrale ist doch: Was machen wir denn damit, wenn wir herausfinden, dass es einzelne Schulen und Dienststellen gibt, wo es einen hohen Krankenstand gibt, was man jetzt vielleicht nur ahnt? Dann, finde ich, brauchen wir eine politische Debatte darüber, wie wir damit umgehen, und auch vor dem Hintergrund hoher tatsächlicher Belastungen einzelner Dienststellen. Wir haben mittlerweile eine Altersstruktur in unserem öffentlichen Dienst, wo es auch zum Teil kein Wunder ist, wenn es hohe Fehlzeiten gibt. Es gibt aber auch die Frage: Sind Führungskräfte dafür ausgebildet, wenn es einen hohen Krankenstand gibt, adäquat darauf zu reagieren? Das finde ich dann die spannende Frage: Wie gehen wir damit um?

**Präsident Weber:** Frau Bürgermeisterin, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage betrifft die **Kosten der Rettungsdienste.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Troedel!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senator für Inneres die Leistungserbringer im bremischen Rettungsdienst aufgefordert, die Arbeitszeiten im Rettungsdienst neu auszuwerten, oder gibt es entsprechende Bestrebungen?

Zweitens: Wie hoch sind die Kosten des Rettungsdienstes, und wie hoch ist der Deckungsgrad durch die Kostenerstattungen der Krankenkassen?

Drittens: Wie soll eine Kostendeckung erreicht werden, falls sie derzeit nicht besteht?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Buse.

**Staatsrätin Buse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Stadtgemeinde Bremen ist als Trägerin des Rettungsdienstes gesetzlich verpflichtet, den Rettungsdienst wirtschaftlich durchzuführen. In diesem Zusammenhang hat der Senator für Inneres die Leistungserbringer aufgefordert, über die Auslastung der Fahrzeuge und die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu berichten.

Zu Frage 2: Im Jahr 2008 betrugen die Gesamtkosten des Rettungsdienstes, sowohl für die Hilfsorganisationen als auch für die Feuerwehr, 16 030 798 Euro. Der Deckungsgrad lag zum 31. Dezember 2008 bei 89 Prozent.

Zu Frage 3: Wenn die Kosten des Rettungsdienstes – wie im Jahr 2008 – durch die festgesetzten Ge-

(D)

(A) bühren nicht gedeckt sind, erfolgt eine entsprechende Anpassung, die auch die Mindereinnahmen in der Vergangenheit berücksichtigt. Dadurch wird im langfristigen Mittel eine Kostendeckung im Rettungsdienst regelmäßig erreicht. Dies galt bisher allerdings nicht für die durch Fehleinsätze verursachten Kosten, die von der Stadtgemeinde Bremen getragen wurden. Diesem Problem ist durch die Änderung des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes im Jahr 2009 und einer entsprechenden Berücksichtigung in der bevorstehenden Gebührenfestsetzung für 2010 Rechnung getragen. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Sind meine Informationen richtig, dass die Gebührenordnung noch nicht auf dem neuesten Stand ist und deshalb Verluste eingefahren werden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

**Staatsrätin Buse:** Wir sind dabei, für das Jahr 2010 eine neue Gebührenordnung festzusetzen, in Abstimmung mit den Gremien. Die letzte Gebührenfestsetzung ist vor zwei Jahren erfolgt, sodass wir jetzt entsprechend eine neue Berechnung vorlegen mussten.

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Eine Verständnisfrage! Resultieren durch die noch nicht präzise oder noch nicht erfolgte neue Gebührenfestsetzung Verluste? Das war ja meine Frage!

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Das kann ich jetzt nicht ganz genau beantworten, weil es nämlich so ist, wie auch in der Antwort zu Frage 3 berichtet wurde, dass wir in den Jahren bis einschließlich 2008 Rückstände und Defizite haben, weil wir die Fehleinsätze selbst bezahlen mussten. Ob auch ein Defizit darauf beruht, dass die Gebühren beispielsweise Neuanschaffungen im Fahrzeugpark nicht berücksichtigt haben, kann man jetzt schwer überblicken. Es geht jedenfalls im Weiteren so, dass wir die Rückstände, die es in der Vergangenheit gegeben hat, durch die neuen Gebühren ausgleichen. So ist auch in den vergangenen Jahren immer verfahren worden.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **rassistischen Überfall "Auf der Brake" am 26./27. Juli 2009.** Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Troedel, Erlanson und Fraktion DIE LINKE.

Bitte, Frau Kollegin Troedel!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie kam es dazu, dass ein Mensch quasi unter Polizeiaufsicht zusammengeschlagen werden konnte?

Zweitens: Wie wird mit Bedrohungen gegen Zeugen umgegangen, und wie soll ihr Schutz gewährleistet werden?

Drittens: Warum werden keine geeigneten Maßnahmen gegen bekannte Personen aus dem Naziumfeld ausgesprochen?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Buse.

**Staatsrätin Buse:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zunächst ist festzustellen, dass keineswegs ein Mensch quasi unter Polizeiaufsicht zusammengeschlagen wurde. Die folgenden Aussagen beziehen sich auf einen Übergriff mit rassistischem Hintergrund vom 25. Juli 2009 gegen 1.43 Uhr.

Der Geschädigte ist Schwarzafrikaner. Er wurde von mehreren Skinheads in der Straße Rembertiring zunächst verbal beleidigt und bedroht, woraufhin der Geschädigte flüchtete. Im Bereich Auf der Brake wurde der Geschädigte von den Skinheads eingeholt, und es kam zu einer Schlägerei.

Eine auf der Discomeile eingesetzte Fußstreife der Polizei befand sich in der Schillerstraße und erreichte innerhalb weniger Minuten den Tatort. Hier wurde die Auseinandersetzung beendet und ein Tatverdächtiger festgenommen.

Zu Frage 2: Das sogenannte Zeugenschutzprogramm sieht eine Reihe von Maßnahmen vor. Sofern sich im Rahmen der Zeugenvernehmung Anhaltspunkte für eine Gefährdungssituation ergeben, werden Gefährdungsanalysen vorgenommen. Je nach Art der Gefährdung werden abgestuft erforderliche Maßnahmen zum Schutze der Person, gegebenenfalls in Absprache mit Gericht und Staatsanwaltschaft, ergriffen. Die Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz von Zeugen erfordert immer ein hohes Maß an Kooperation der gefährdeten Person.

Zu Frage 3: Im Einzelfall werden die rechtlich zulässigen erforderlichen Maßnahmen, zum Beispiel Platzverweise, Aufenthaltsverbote und Durchsuchungen, konsequent durchgeführt. Darüber hinaus wird ein auf Bundes- und Länderebene abgestimmtes umfangreiches Maßnahmenpaket gegen Rechts auch in Bremen umgesetzt. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(A) Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Gibt es Erkenntnisse, dass die umliegende Gastronomie in den Vorfall involviert ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

**Staatsrätin Buse:** Wir haben Erkenntnisse, dass einer der Täter möglicherweise aus einem Lokal gekommen ist, das dort im Bereich der Discomeile liegt und das auch einschlägig bekannt ist.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Gibt es die Möglichkeit des Entzuges der Konzession für diese Gaststätte?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Buse: Das Stadtamt überprüft regelmäßig – und aus einem solchen Anlass natürlich auch immer wieder – die Frage, ob die dort tätigen Gastwirte geeignet und zuverlässig sind, eine solche Gaststätte zu führen. Auch in diesem Fall hat es Gespräche gegeben. Allerdings ist es natürlich nicht ganz leicht, einem Gastwirt die Tat eines ehemaligen Gastes zuzurechnen, die dieser dann irgendwo auf der Straße begeht.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Eine letzte! Hat der Senat mit dem Opfer Kontakt aufgenommen und sich im Namen der Stadt Bremen entschuldigt, wie es bei dem australischen Touristen hier in Bremen auch war?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

**Staatsrätin Buse:** Soweit ich weiß, ist das nicht geschehen.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Eine Bemerkung! Das lässt sich sicher nachholen! Ich danke Ihnen!

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste und die siebte Anfrage wurden vom Fragesteller aufgrund von Erkrankung zwischenzeitlich zurückgezogen. Sie werden in die Oktober-Sitzung neu eingebracht.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift "Landeseinheitliche Leistungskriterien für den Übergang nach Klasse 4". Die Anfrage ist unterschrieben von

den Abgeordneten Rohmeyer, Strohmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. Rohmeyer (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Regelungen hat der Senat zur Umsetzung des sogenannten Leistungskriteriums in den Fächern Deutsch und Mathematik für den Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe – insbesondere auf das Gymnasium – getroffen?

Zweitens: Wie will der Senat eine landeseinheitliche Handhabung der Feststellung, ob die Leistungen zum Halbjahr der vierten Klasse über den in den Bildungsplänen festgesetzten Regelstandards liegen, sicherstellen?

Drittens: Wie wird die Feststellung des Leistungskriteriums im laufenden Anmeldeverfahren für das nächste Schuljahr von den Grundschulen gehandhabt, entspricht diese Handhabung den Vorgaben, und falls nein, wie will der Senat dies beheben?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Othmer.

**Staatsrat Othmer:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zur Umsetzung des in Paragraf 6 a Schulverwaltungsgesetz normierten Leistungskriteriums wird die Senatorin für Bildung und Wissenschaft aufgrund von Paragraf 6 a Absatz 8 Satz 1 Schulverwaltungsgesetz eine Rechtsverordnung erlassen.

Die neue Aufnahmeverordnung, die im Juni 2009 in erster Lesung in der Deputation für Bildung behandelt wurde, befindet sich derzeit noch im Beteiligungsverfahren und wird voraussichtlich im November dieses Jahres in zweiter Lesung von der Deputation für Bildung beraten. Sie beschreibt die Regelungen im Detail und sieht im Kern Folgendes vor: Auf eine überangewählte Schule werden bevorzugt diejenigen Kinder aufgenommen, deren Zeugnis oder Lernentwicklungsbericht des ersten Schulhalbjahres im vierten Jahrgang auf Beschluss der Zeugniskonferenz ausweist, dass die Leistung des Schülers oder der Schülerin im Fach Deutsch und im Fach Mathematik über dem Regelstandard liegt. Bezugspunkt für die bewertende Aussage der Lehrerinnen und Lehrer sind die Standards, die für Deutsch und Mathematik 2003 beziehungsweise 2004 von der KMK verabschiedet wurden und bundesweit gelten. Sie sind in den Rahmenlehrplänen für die Grundschule konkretisiert.

Zu Frage 2: Die in den Rahmenlehrplänen beschriebenen Regelstandards stehen den Grundschulen seit fünf Jahren zur Verfügung. Eine landeseinheitliche Handhabung der Leistungsfeststellung wird zum einen durch modifizierte Zeugnisformulare und eine

(D)

(D)

(A) neue ergänzende Anlage sichergestellt. Zum anderen finden umfassende Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte statt.

> Die Formulare für das Halbjahres-Zeugnis beziehungsweise den Lernentwicklungsbericht im vierten Jahrgang enthalten für beide Fächer eine eindeutige Aussage, ob die Leistungen über dem Regelstandard

> In der ergänzenden Anlage wird für jede Schülerin und jeden Schüler für das Fach Deutsch und das Fach Mathematik der Leistungsstand dokumentiert. Es werden vier Kompetenzbereiche des jeweiligen Faches beschrieben, so wie sie in den Rahmenlehrplänen ausgewiesen sind. Die Lehrkraft dokumentiert, in welchen Kompetenzbereichen die Regelstandards übertroffen werden. Nur wenn für alle vier Kompetenzbereiche ein "über dem Regelstandard" bescheinigt werden kann, wird diese Bewertung auch für das Fach übernommen und im Zeugnis beziehungsweise Lernstandbericht ausgewiesen.

> Ein umfangreiches Informations- und Fortbildungsangebot für Schulleitungen und Grundschullehrkräfte ist bereits angelaufen. Zu den regionalen Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, die im vierten Jahrgang unterrichten, sind auch Elternvertreterinnen und Elternvertreter eingeladen.

> Zu Frage 3: Das Anmeldeverfahren für das laufende vierte Schuljahr wird auf dieser Basis bereits entsprechend der Vorgaben durchgeführt. Da die Lehrkräfte sich bei der Bewertung von Schülerleistungen seit Jahren an den in den Rahmenlehrplänen ausgewiesenen Kompetenzen orientieren und die Schülerleistungen im Laufe des Schuljahres wie immer dokumentiert werden müssen, ist mit der Einführung des Leistungskriteriums keine Veränderung bei der Leistungsfeststellung verbunden. - Soweit die Antwort des Senats!

> Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

> Abg. Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, wann sind die Fortbildungen, die Sie in der Beantwortung der Frage 2 benannt haben, angelaufen? Wie viele Lehrkräfte aus dem Primarbereich haben bisher daran teilgenommen, und wann werden alle Teilkräfte des Primarbereichs diese Fortbildung erhalten haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Die Lehrkräfte sind nach dem Schulhalbjahrwechsel zusammengezogen worden. Es haben nach meiner Kenntnis mehrere Veranstaltungen stattgefunden, und abgeschlossen wird es im Laufe des Monats Oktober.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, in der Beantwortung der Frage 3 - für die umfangreiche Beantwortung danke ich im Übrigen – haben Sie auch noch einmal die Regelstandards beschrieben, auch, dass diese schon seit einiger Zeit in Kraft sind. Aber gibt es eigentlich ein standardisiertes Verfahren, wie die Lehrkräfte dann diese Regelstandards überprüfen, oder bleibt das tatsächlich wie bisher in der Eigenverantwortung jedes einzelnen Lehrers?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Es gibt ein standardisiertes Verfahren, das aber nur Kriterien für die Lehrkräfte angibt. Diese Kriterien, die dort – übrigens im Internet eingestellt – benannt sind, müssen nicht einzeln abgearbeitet werden, aber es sind Beispiele, an denen die Lehrkraft im Einzelnen feststellen kann, ob eine Schülerin oder ein Schüler über dem Regelstandard liegt.

**Präsident Weber:** Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ich danke Ihnen für Ihren gerade geäußerten Satz, Herr Staatsrat. Es bleibt also weiter so, dass jeder Lehrer machen kann, was er will, weil Sie kein standardisiertes vorgeschriebenes Verfahren haben.

**Präsident Weber:** Bitte, Herr Staatsrat!

der Fall war.

Staatsrat Othmer: Ihrer Bewertung meiner Antwort kann ich nicht zustimmen, weil das auch bisher nicht

(Beifall bei der SPD)

Es gibt für jedes Fach, unter anderem auch für Deutsch, bestimmte Kriterien, und zwar vier, die dann mit Unterkriterien belegt sind, und diese Unterkriterien sind Maßstab dafür, welche Fähigkeiten und Kenntnisse Schülerinnen und Schüler in der Grundschule am Ende der Klasse 4 haben sollen. Aber das ist ein Katalog, der nicht einfach abgearbeitet werden soll, sondern der belegen soll, dass man bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten hat. Es müssen nicht immer alle sein, aber es wird ein Regelkatalog dargestellt, an dem sich die Lehrkräfte orientieren können und sollen. Ich glaube, es ist auch richtig, dass wir nicht schlicht einfach nur bestimmte Kenntnisse und Fähigkeiten explizit festschreiben, an der Stelle muss, finde ich, die pädagogische Freiheit der Lehrkräfte ihren Raum haben, um guten Unterricht machen zu

Präsident Weber: Herr Kollege Rohmeyer, eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Rohmeyer (CDU): Können und sollen heißt ja nicht müssen, Herr Staatsrat. Es kann also sein, dass

(B)

(A) die überdurchschnittlichen Leistungen, die in den Regelstandards festgeschrieben werden, von Grundschule zu Grundschule unterschiedlich angesetzt werden, sodass wir sehr unterschiedliche überdurchschnittliche Leistungen haben können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Othmer: Ich bin sehr zuversichtlich, dass es nach den Fortbildungen, die wir jetzt gemacht haben, die übrigens hoch nachgefragt und insofern auch bei den Lehrkräften sehr willkommen waren, diese Abweichungen nicht mehr gibt. Ich glaube, dass wir mit diesem Verfahren jedenfalls eine höhere Zuverlässigkeit haben als bei dem bisherigen Verfahren, in dem einfach schlicht gefühlt gesagt wird, dort hat jemand eine Gymnasialempfehlung bekommen.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nach dem ersten Durchgang in einer Plenarsitzung wahrscheinlich im nächsten Sommer, Herr Präsident! Vielen Dank!

**Präsident Weber:** Herr Staatsrat, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Schwarzarbeit in der Wirtschaftskrise bekämpfen". Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Ziegert, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Ziegert!

(B)

Abg. Frau Ziegert (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Hat der Senat Erkenntnisse darüber, dass Schwarzarbeit seit Beginn der Wirtschaftskrise auch im Land Bremen zugenommen hat?

Zweitens: Welche Anstrengungen werden in Bremen und Bremerhaven unternommen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Chance, Schwarzarbeit mittels einer Informationskampagne über die steuerlichen Abzugsmöglichkeiten der Kosten von Handwerksleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen entgegenzuwirken?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

**Bürgermeisterin Linnert:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nein! Es liegen keine statistisch gesicherten Erkenntnisse vor, dass die Schwarzarbeit seit Beginn der Wirtschaftskrise im Land Bremen zugenommen hat.

Zu Frage 2: Da keine statistisch gesicherten Erkenntnisse vorliegen, dass die Schwarzarbeit seit Beginn der Wirtschaftskrise im Land Bremen zugenommen hat, werden von bremischen Behörden keine – über die allgemeinen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hinausgehenden – Anstrengungen unternommen. Die Schwarzarbeitsbekämpfung obliegt seit einigen Jahren der Zollverwaltung des Bundes. Die regionalen Aktivitäten, insbesondere auch die Presse- und Informationsarbeit, werden vom Bundesministerium für Finanzen zentral koordiniert.

Zu Frage 3: Wissenschaftliche Studien belegen, dass circa 15 Prozent der Schwarzarbeit auf den Sektor der haushaltsnahen Dienst- und Handwerkerleistungen entfallen. Insofern können die steuerlichen Anreize des Paragrafen 35 a Einkommensteuergesetz durchaus einen relevanten Beitrag zur Eindämmung der Schwarzarbeit leisten.

Die Senatorin für Finanzen hat gemeinsam mit der Handwerkskammer in einer Pressekonferenz über das Thema informiert und ein Faltblatt mit den wichtigsten Informationen zur steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen aufgelegt, das über die Handwerkskammer und über die Publikumsstellen der Finanzämter in sehr großer Zahl nachgefragt wird. Die Öffentlichkeitsarbeit dazu wird kontinuierlich fortgesetzt. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Frau Kollegin Ziegert, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Erstens, Sie sagten in der Antwort auf die Frage 1, dass Sie keine statistisch gesicherten Erkenntnisse haben. Ich kann auch nur, sage ich einmal, einen Eindruck wiedergeben, der mir vermittelt worden ist, aber die mögliche Gefahr, dass das zunimmt, ist ja nicht von der Hand zu weisen. Würden Sie das gegebenenfalls zum Anlass nehmen, dies auch verschärft zu beobachten und dem gegebenenfalls auch nachzugehen? Denn es geht hier ja schließlich auch um Existenzen!

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, natürlich! Wir sind in dem Bereich sehr engagiert, und wir dürfen keine Gelegenheit auslassen, der Öffentlichkeit zu sagen, dass Schwarzarbeit bestraft wird, dass wir auch viele erwischen und dass es äußerst unsozial ist, Menschen zu beschäftigen und sie nicht ordentlich zu versichern, dass sogenannte Arbeitgeber und Arbeitnehmer hohe Risiken eingehen, wenn sie auf die Art und Weise arbeiten, dass zum Teil Beihilfe zum Sozialbetrug geleistet wird und immer so weiter,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

dass es ein ganz schlimmes Ausnutzen von Menschen ist und dass wir da auch nicht locker lassen, das an-

(D)

(A) zuprangern und zu bekämpfen. Die Finanzämter, für die ich hier ja spreche, sind hochgradig darauf aus, auch durch Schwerpunktprüfung, zum Beispiel im Bereich von Taxigewerbe und Gastronomie, dort möglichst ein Klima zu erzeugen, wo klar ist, dass man damit rechnen muss, dass man erwischt wird. Wir sind da sehr engagiert, und ich gebe Ihnen völlig recht, dass wir da auf keinen Fall nachlassen dürfen, und sobald wir Hinweise haben, wo, ich sage einmal, neue Schwerpunkte von Schwarzarbeit sind, reagieren wir auch darauf.

> (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Frau Kollegin Ziegert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau Ziegert (SPD): Ja, noch einmal zu Punkt 3! Ich habe es gern gehört, dass Sie gesagt haben, dass diese Broschüre auch stark nachgefragt wird, trotzdem ist das nach meinen Erfahrungen immer noch recht wenig bekannt, und selbst wenn, ich habe von solchen Fällen gehört, wo jemandem, der sonst üblicherweise immer normal Dienstleistungen im Bereich Gartenpflege angeboten hat, jetzt gesagt wurde, nein, jetzt habe ich nur so wenig Geld, die Wirtschaftskrise, und ich lasse das jetzt anders machen, und selbst auch auf den Hinweis hin, ob sie nicht wüssten, dass man das von der Steuer absetzen kann, bestand keine Kenntnis darüber. Wäre es von daher nicht lohnend, vielleicht doch noch einmal eine Anstrengung der Öffentlichkeitsarbeit zu unternehmen, einfach auch um diejenigen, die ja noch anständig ihre Steuern zahlen und ihre Mitarbeiter auch sozial versichern, nicht auch noch in den Konkurs zu treiben?

(B)

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das werden wir sehr gern machen, das war auch eine gute Aktion mit der Handwerkskammer zusammen, es hat auch Spaß gemacht, das fanden sie selbst auch gut. Wir lassen uns eigentlich ständig etwas Neues einfallen, um das zu transportieren, auch dass wir entsprechende Informationen zum Beispiel in den Ortsämtern auslegen. Aber wir können gern auch noch einmal auf die Handwerkskammer zugehen, dass sie das noch einmal ganz offensiv an ihre Betriebe verteilt. Ich mache das gern, denn wir sind ja davon überzeugt. Es wird nur besser, wenn man in diesem Bereich nicht nachlässt und regelmäßig neu informiert.

**Präsident Weber:** Frau Bürgermeisterin, eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Ist der Senat der Meinung, dass der Personalaufwand, der geleistet wird, um die Schwarzarbeit zu überprüfen, ausreichend ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Herr Hinners, genug ist nie genug. Wenn ich mir etwas wünschen könnte und die Kassenlage das zulassen würde, dann würde ich sehr gern mehr Personen in dem Bereich einsetzen, sowohl bei den Gewerbeaufsichtsämtern als auch bei den Finanzämtern, damit sichergestellt ist, dass man immer ganz zeitnah allen Hinweisen nachgehen kann. Aber wir sind ein Haushaltsnotlageland, und wir sind darauf angewiesen, mit den Ressourcen, die wir verabredet haben – im Übrigen in einem ganz breiten Bündnis –, zurechtzukommen, und ich glaube, dass der Personalstand so ist, dass wir ihn verantworten können. Aber dass immer mehr wünschenswert wäre, das gilt für ganz viele Bereiche.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Hinners, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Es geht mir gar nicht so sehr um das Wünschenswerte an der Stelle, sondern eine Verhinderung von Schwarzarbeit ist ja auch eine Verbesserung der Steuereinnahmen, sodass dieser Prozess des Engagements, des personellen Engagements sich auch möglicherweise selbst finanziert.

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Das wird gern als Argumentation herangezogen, zum Beispiel auch für die Ausstattung der Finanzämter. Ich würde einmal sagen, das ist ein Kriterium, das andere ist aber die Frage, wie die Arbeitsplatzausstattung ist, wie der Technikfortschritt ist. Wir können über Benchmarks mit anderen Gebietskörperschaften immer feststellen, wo wir eigentlich stehen, und das ist schon klar, dass wir uns keinen Stand leisten können, der weit über das Niveau anderer hinausgeht. Sie können sicher sein, dass wir uns bemühen, die Ausstattung so zu halten, dass wir sie vertreten können. Aber eine direkte Finanzierung lässt sich in aller Regel nicht nachweisen, und wir müssen, weil es ja fest verabredete Personalkorridore gibt, wenn wir in bestimmten Bereichen mehr Einstellungen vornehmen, beziehungsweise wie bei der Polizei und bei den Lehrerinnen und Lehrern alle freiwerdenden Stellen wieder besetzen, dann führt das zu Kürzungen in anderen Bereichen, und da fällt mir mit sinkender Tendenz ein, wo wir es dann noch wegnehmen sollen.

**Präsident Weber:** Herr Kollege Hinners, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Hinners** (CDU): Eine letzte Frage: Nutzen Sie das Instrument der Vermögenseinziehung bei den überführten Straftätern im Sinne der Schwarzarbeit?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

(A) **Bürgermeisterin Linnert:** Davon gehe ich aus, aber wie oft das ist und wer das genau macht, das weiß ich nicht. Aber das ist eine gute Frage, das möchte ich auch gern einmal wissen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann liefern wir das nach, ich glaube aber, dass der Bereich Inneres vor allen Dingen dafür zuständig ist. Richtig? Aber wir bekommen das heraus, und ich berichte es Ihnen, und dann lerne ich auch etwas.

**Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen, Frau Bürgermeisterin, liegen nicht vor.

Die zehnte und letzte Anfrage in der Fragestunde steht unter dem Betreff "Bundesratspräsidentschaft Bremen 2009/2010". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Möllenstädt, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Möllenstädt!

Abg. Dr. Möllenstädt (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte wird Bremen während seiner Bundesratspräsidentschaft 2009/2010 verfolgen?

Zweitens: Welche besonderen Veranstaltungen und Termine sind im Rahmen der Präsidentschaft in Bremen und Berlin vorgesehen?

(B) Drittens: Welche personelle und finanzielle Belastung kommt nach Ansicht des Senats auf die Bremer Landesvertretung in Berlin zu, und sieht der Senat sie für diese Aufgabe ausreichend ausgestattet?

**Präsident Weber:** Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Dr. Kießler.

**Staatsrätin Dr. Kießler:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Entsprechend der bisherigen Praxis des Bundesrates wird der neue Präsident seine Schwerpunkte in einer Rede zu Beginn seiner Amtszeit im Bundesratsplenum am 6. November 2009 darstellen.

Zu Frage 2: Von den bislang bekannten Terminen und Veranstaltungen ist der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 hervorzuheben. Bremen wird vom 1. bis zum 3. Oktober 2010 turnusgemäß die zentralen Feierlichkeiten ausrichten. Dieser Veranstaltung kommt besondere Bedeutung zu, weil es sich um den 20. Jahrestag der deutschen Einheit handelt. Im Mittelpunkt stehen ein ökumenischer Gottesdienst, der zentrale Festakt mit dem Bundespräsidenten sowie das Bürgerfest, an dem sich die Verfassungsorgane des Bundes und die Länder beteiligen. Darüber hinaus wird sich Bremen im Rahmen der Bundesratspräsidentschaft in Berlin auch kulturell als Bundesland präsentieren. Die Veranstaltungen und Termine befinden sich derzeit noch im Planungsstadium.

Zu Frage 3: Die überwiegende Anzahl der mit der Bundesratspräsidentschaft verbundenen Verpflichtungen wird vom Bundesrat organisiert und aus dessen Haushalt finanziert. Soweit in der Landesvertretung Bremen in Berlin Kosten für Veranstaltungen anfallen, sollen sie im Rahmen der verfügbaren Mittel der beteiligten Ressorts finanziert werden. Die im Rahmen der Bundesratspräsidentschaft für die Landesvertretung entstehenden zusätzlichen Arbeitsbelastungen können mit den derzeit vorhandenen Personalkapazitäten geleistet werden. – Soweit die Antwort des Senats!

**Präsident Weber:** Herr Kollege Dr. Möllenstädt, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Staatsrätin, Sie hatten die Feierlichkeiten für den Tag der Deutschen Einheit im Jahr 2010 als zentrale Veranstaltung angesprochen. Für das Bürgerfest, das normalerweise in der Landeshauptstadt des ausrichtenden Bundeslandes zu solch einem Tag der Deutschen Einheit dazugehört, wurde in Hamburg und in Saarbrücken jeweils ein Themenschwerpunkt gewählt. Gibt es Überlegungen seitens des Senats, auch bei "unserer" Veranstaltung einen Themenschwerpunkt zu hinterlegen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Dr. Kießler: Herr Abgeordneter, solche Überlegungen gibt es in der Tat. Diese Überlegungen werden aber immer sehr spät konkretisiert, und Sie wissen, die Situation in diesem Jahr ist so, dass man jetzt einen relativen Umbruch in Berlin hat. Wir haben uns letztes Mal zum Beispiel sehr stark mit dem Föderalismusthema beschäftigt, weil gerade die Kommission tagte. Das wird also sehr kurzfristig dann vertieft.

**Präsident Weber:** Herr Kollege, eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): In den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten dieses Hauses wurde die Landesvertretung einschließlich ihrer finanziellen Möglichkeiten mit dem Begriff "gerade noch arbeitsfähig" skizziert. Insofern schließt sich die Frage an: Kann man wirklich davon ausgehen, dass die vorhandenen Ressourcen ausreichen, um alle auf Bremen zukommenden Aufgaben auch wirklich vernünftig zu bewältigen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

**Staatsrätin Dr. Kießler:** Ich habe darauf hingewiesen, dass wir es mit den derzeit vorhandenen Kapazitäten machen können, aber wenn zum Beispiel jemand krank wird, haben wir keine Reserven mehr.

(D)

(A) Das ist wahrscheinlich bei allen Ressorts so. Ich kann auch nicht sagen, ob eine Schwangerschaftsvertretung eingestellt werden muss. Personell ist es dort also sehr knapp ausgestattet. Finanziell habe ich darauf hingewiesen, dass es, wie bei solchen Großveranstaltungen üblich, immer zentral veranschlagt wird und im Übrigen die beteiligten Ressorts, die in Berlin etwas veranstalten, dann mit herangezogen werden.

**Präsident Weber:** Frau Staatsrätin Dr. Kießler, weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit der Beantwortung dieser Frage ist die Fragestunde beendet.

Zu Ihrer Information: Die Verwaltung hat mir gerade mitgeteilt, dass am gestrigen späten Abend, um 21.43 Uhr, eine E-Mail von dem Abgeordneten Timke eingegangen ist, dass er erkrankt sei und seine beiden Anfragen in der Fragestunde zurückziehe, er sie aber in der nächsten Landtagssitzung wieder einbringen wird.

#### **Aktuelle Stunde**

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

# (B) Gendergerechte Investitionen in Sportstätten

Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 12. Mai 2009 (Drucksache 17/780)

Dazu

## Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009

(Drucksache 17/840)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Buse.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort, Drucksache 17/840, auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Staatsrätin, dass Sie darauf verzichten wollen.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Arnold-Cramer.

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD)\*): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen alle, Sport gewinnt in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung, die Zahl der Sport treibenden Frauen ist insbesondere in den Bereichen Gesundheitssport und Freizeitsport sehr stark gestiegen. Dies bedeutet, dass vor allen Dingen an Sportstätten, vor Jahren fast ausschließlich als Wettkampfstätten geplant, neue Anforderungen gestellt werden müssen.

# (Vizepräsidentin Dr. Mathes übernimmt den Vorsitz.)

Dies betrifft alle Sportanlagen unabhängig von den Eigentumsverhältnissen, wobei sich, das wissen wir ja auch für Bremen, die meisten Sportanlagen in öffentlichem Eigentum befinden. Dies ist auch der Grund, warum wir das Thema hier ins Parlament gebracht haben und nicht warten können, bis sich bei den Bremer Sportverbänden ein Sinneswandel ergibt. Frauenvertreterinnen des Landessportbundes unterstützen unsere Initiative ausdrücklich. Dass besonders Frauen und Mädchen andere Vorstellungen von und Anforderungen an Sportstätten formulieren als das, was bisher gebaut wurde, zeigt der ernorme Zuspruch bei den kommerziellen Sportstudios. Fast 60 Prozent der Nutzer sind Frauen.

Was bedeutet dies aber für unsere heutige Diskussion? Erstens: Die geschlechtsspezifischen Vorstellungen von Frauen und Mädchen spiegeln sich auch in der individuellen Nutzung von Sportstätten wider. Zweitens: Diese speziellen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen werden in Bremen bisher nicht beim Bau von Sportstätten berücksichtigt. Nordrhein-Westfalen hat dieses Thema schon sehr früh aufgegriffen und einen umfangreichen Leitfaden erstellt, der auch in Bremen künftig als Hilfestellung bei Planungen herangezogen werden kann.

Um für uns alle noch einmal deutlich zu machen, was Schwerpunkte gendergerechter Sportstättenplanung sind, greife ich auf die in dem Leitfaden erwähnten fünf Leitlinien zurück. Das sind erstens die Sicherheit und die Lage der Sportstätte. Meist sind sie hinter großen Hecken verborgen irgendwo am Rande einer Siedlung. Es gibt keine beleuchteten Wege, keine vernünftigen Abstellplätze und Notruftelefone schon gar nicht.

Dann gehen wir in die Sportstätte hinein, Gestaltung und Ausstattung: Kleinere Sporträume fehlen oft ganz, Kommunikations- oder kleine Treffpunkte sind kaum zu finden. Die Geräte sind meistens nur mit großem Kraftaufwand aus den dafür vorgesehenen Räumen herauszubekommen.

Ein dritter Punkt ist das ästhetische Wohlbefinden. Hier sind es vor allen Dingen hygienische Fragen, an denen Anstoß genommen wird.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Vierter Punkt: Persönlichkeitsschutz, das heißt, Wahrung der Intimsphäre durch abschließbare Umkleideräume oder Duschen und, was bei uns kaum zu finden ist, weibliches Aufsichtspersonal.

> Schließlich ein fünfter Punkt, das ist die Vereinbarkeit von Familie und Sport. Das heißt, wir müssen uns einmal die Öffnungszeiten ansehen, und es gibt kaum Plätze für Mütter, die ihre Kinder von den Sportstätten abholen.

> Dies alles – das kann ich auch an Ihren Reaktionen hier sehen – mag kompliziert klingen, ist es aber nicht. Viele Länder und Kommunen machen uns vor, es ist selbstverständlich, dass gendergerechte Sportstättenplanung erfolgreich ist. Wichtig für uns ist aber, dass entsprechende Vorgaben auch vom Sportamt umgesetzt werden. Da, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich doch so meine Zweifel, und ich glaube, mit diesen Zweifeln stehe ich nicht allein da.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Diskussionen im Gleichstellungsausschuss haben gezeigt, dass im Sportamt nicht sehr viel Interesse an gendergerechten Fragestellungen besteht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Weil danur Männer sind!)

(B) Die Antwort des Senats zeigt auch, dass die Leidenschaft des Sportamts, sich mit diesem Thema Gender auseinanderzusetzen, na ja, sagen wir es einmal so, noch ausbaufähig ist.

Wir alle sollten wissen, gendergerechte Sportstätten, egal ob als Freifläche oder als Immobilie, sind aktive Stadtplanung und schaffen attraktive Orte in unseren Stadtteilen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ein Punkt ist mir in diesem Zusammenhang noch sehr wichtig: Es muss selbstverständlich gelten, dass auch private Sportstätten, in die öffentliche Mittel fließen, diesen Ansprüchen genügen. Das Ressort hat angekündigt, eine Genderbilanz vorzulegen, und ich bin gespannt, was sich, wenn diese Vorlage uns erreicht, in der Zwischenzeit alles getan hat. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wissen Sie eigentlich noch, dass die deutsche Mannschaft die Fußballeuropameisterschaft ge-

wonnen hat? Ich spreche von der Frauenfußballmannschaft.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Günthner [SPD]: Aber zum sechsten Mal!)

Wunderbar! Wie kommt es, dass das kaum jemand mitbekommen hat, Sie alle ausgenommen? Es kann doch nicht sein, dass die Frauen die Fußballeuropameisterschaft gewinnen und in den Medien als Dank nur auf die nächste Herreneuropameisterschaft gewartet wird. In der Europaelf der Frauen ist keine Bremerin vertreten und das bei einer solch fußballbegeisterten Stadt wie Bremen. Werden geschlechteruntypische Sportarten in Bremen einfach nicht genug gefördert? Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zur gendergerechten Investition in Sportstätten lässt diesen Schluss zu. Das werde ich versuchen an drei Punkten zu begründen:

Erstens: Es liegen keine Zahlen über den Anteil von Frauen und Männern in den Planungsteams vor. Das bedeutet, dass eine Grundlage des Problems, das hier am Schopf gepackt werden soll, noch gar nicht geschaffen wurde. Frau Kollegin Arnold-Cramer hat einige Punkte benannt, die sehr wichtig und zentral gerade in solchen Teams auch ausgearbeitet werden müssen.

Zweitens: Die Fragestellung, ob die Geschlechtszugehörigkeit zwangsläufig die gewählte sportliche Betätigung bestimmen sollte, wird nicht einmal gestellt. Die geschlechtsunabhängige individuelle oder kollektive Entscheidung sollte doch die Grundlage sein.

Drittens: Bisher wurde beim Bau von Sportstätten zu wenig Rücksicht auf die Chancengleichheit genommen, und das betrifft sowohl die männlichen als auch die weiblichen Sportlerinnen und Sportler. Werden Boxerinnen beispielsweise als unweiblich abqualifiziert, so werden Balletttänzer schnell in die Kategorie unmännlich einsortiert. Gendergerechte Politik bedeutet auch, die Voraussetzungen für das Durchbrechen traditioneller Rollenbilder zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

Unsere Fußballnationalmannschaft der Frauen ist der lebendige Beweis dafür, dass Frauen in männertypischen Sportarten sogar noch erfolgreicher sein können, wenn man sie nur lässt. Ebenso haben Männer bewiesen, dass sie zur Spitzenklasse in weiblich dominierten künstlerischen Sportarten gehören wie der Balletttänzer Rudolf Nurejew, wenn man sie nur lässt. Vielleicht kennen Sie den Film "Billy Elliot – I Will Dance", ein Lehrstück, es lohnt sich, ihn anzusehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wollen unseren Kindern doch die gleichen Chancen bieten,

(D)

(D)

(A) und das auch im sportlichen Bereich. Die LINKE fordert daher F\u00f6rderma\u00dfnahmen, die zur Schaffung von M\u00f6glichkeiten f\u00fchren, Geschlechtsuntypisches zu entdecken. Das k\u00f6nnten regelm\u00e4\u00dfige M\u00e4dchen- und Frauentage oder Boysdays sein, an denen die sogenannten weiblichen Sportarten angeboten werden.

Damit künftig das Problem grundsätzlich am Kragen gepackt werden kann, müssen folgende Grundlagen geschaffen werden: In den Planungsteams muss in den Bewerbungsverfahren verstärkt auf den Frauenanteil geachtet werden, und beim Bau von Sportsätten muss darauf geachtet werden, dass sie multifunktionaler sind als bisher. Nur gemeinsam können wir für die nachfolgenden Generationen einen Weg zur Geschlechtergerechtigkeit ebnen. Deshalb müssen Genderbilanzen sorgfältig ausgewertet werden, und dann erfolgt die Umsetzung! – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)\*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Normalerweise liegt es mir ja fern, die Bedeutung der Themen, die wir hier so diskutieren, in Abrede zu stellen, aber an dieser Anfrage kann man doch sehen, dass sich die Koalition offensichtlich mit den allerunwichtigsten Dingen immer zuvorderst beschäftigt.

(B)

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen, ich habe wirklich kein Verständnis dafür, dass in der Situation, in der sich unser Bundesland und Deutschland insgesamt befinden – und die Sportstätten als solche im übrigen auch –, Sie als oberstes Problem sehen, ob diese eher von Männlein oder von Weiblein genutzt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich glaube das muss man auch einmal sagen, wenn man sich in einer Sache verstiegen hat, ich weiß, das ist ein Lieblingsthema der Kollegin Frau Arnold-Cramer, es ist auch geschenkt, aber ich würde Sie schon bitten, ein bisschen im Blick zu behalten, dass es auch Menschen gibt, die uns hier zuhören und die sich ja auch einmal die Frage stellen: Womit beschäftigen die sich da eigentlich?

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Beitrag, den die Kollegin Frau Arnold-Cramer hier gehalten hat, den können sie als Büttenrede

aufführen. Das glaubt ihnen kein Mensch, was Sie hier veranstalten, das muss man wirklich an dieser Stelle einmal deutlich sagen!

Ich will einfach einmal aus der Antwort des Senats, die ich im Übrigen für sehr richtig halte, an dieser Stelle zitieren. Da kommen Sie und führen an, Frau Arnold-Cramer hat das ja eben auch getan, dass Frauen verstärkt Gymnastikhallen und Fitnessstudios als Sportstätten nutzen würden. Soll jetzt der Staat hergehen und Fitnessstudios unterhalten? Ich muss sagen, ich vertraue auf das private Angebot an solchen Einrichtungen und glaube auch, dass das für Männer wie für Frauen sehr gut zugänglich ist.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Wer es sich leisten kann!)

Haben Sie sich einmal damit beschäftigt, wie die Situation der Sportstätten überhaupt ist? Natürlich ist das sehr schwierig, das alles überhaupt zu finanzieren. Es ist doch nicht die Frage, ob das gendergerecht ist, sondern ob wir dort überhaupt in den nächsten Jahren in einem vernünftigen Umfang eine Ausstattung vorhalten können.

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Na klarist das eine Frage!)

Das ist das, worum es eigentlich gehen müsste. Ich weiß gar nicht, warum Sie so schreien.

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Weil Sie so viel Blödsinn reden!)

Wenn Ihnen das Thema wirklich wichtig wäre, dann würden Sie dort auch die Prioritäten anders setzen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, dass es lohnend ist, sich über die Zukunft des Sports und auch der öffentlich finanzierten Sportstätten ernsthaft Gedanken zu machen, aber doch nicht vorrangig über das Genderthema, sondern vorrangig darüber, dass man möglichst vielen Menschen dort den Zugang eröffnen sollte.

(Zuruf der Abg. Frau Garling [SPD])

Darum müssten Sie sich kümmern! Dazu habe ich von Ihnen hier noch kein Wort gehört, und da muss man auch ganz klar sagen, das Ziel haben Sie hier mit Ihrem Auftritt heute völlig verfehlt! Sie versteigen sich in der Feststellung, ich darf noch einmal zitieren aus der Antwort auf die Anfrage: "Damit besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens, Geschlechtersensibilität beim Bau von Sportstätten anzuwenden." Meine Damen und Herren, fragen Sie doch einmal draußen auf dem Marktplatz, wer sich

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) mit diesem Thema überhaupt schon einmal beschäftigt hat und für wie wichtig – –.

(Abg. Frau Garling [SPD]: Die ganzen jungen Frauen, die Fußball spielen! – Abg. Frau Kummer [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ach ja, die Frauen, die Fußball spielen! Ich bitte Sie, das ist doch völliger Unsinn! Niemand hat etwas dagegen, dass Frauen Fußball spielen, aber daran können Sie das gerade sehen, es macht doch für den Spieler keinen Unterschied, wie der Rasen bestellt ist.

(Zuruf der Abg. Frau Garling [SPD])

Nein, nehmen Sie es doch einfach einmal hin, dass das völliger Unsinn ist und Ihnen auch niemand in der Öffentlichkeit abnimmt, dass das die Prioritäten sind, die Ihre Koalition hier setzen will. Es ist absurd! Es ist wirklich absurd, und es lohnt nicht! Wir sollten diese Debatte an dieser Stelle wirklich beenden! Das ist in Ihrem Interesse! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP - Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Dr. Möllenstädt hat die Rede beendet, Frau Kummer, tut mir leid! Wir fahren jetzt in der Rednerliste oder in der Rednerinnenliste fort. Der nächste Redner ist aber ein Mann.

(Heiterkeit)

Das Wort hat der Abgeordnete Fecker.

(Abg. Frau Troedel [DIE LINKE]: Aber jetzt nicht rosa Hürden fordern!)

Abg. Fecker (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rot-Grün hat sich vorgenommen, alle Maßnahmen und Investitionen auf Gendergerechtigkeit zu prüfen und auch danach zu handeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Herr Kollege Dr. Möllenstädt, ich hatte ja schon so ein bisschen Befürchtungen, dass die Debatte in diese Richtung geht. Ich glaube, das, was Sie hier als Bagetelle gebrandmarkt haben, ist es eben nicht, sondern wir wollen doch schauen und auch danach handeln, wo Menschen vielleicht, Männlein oder Weiblein, von Angeboten ausgeschlossen werden!

(Abg. Strohmann [CDU]: Die Vereine sind doch schon viel weiter!)

Das ist doch gut, dann sind wir doch alle auf einer Seite, dann brauchen wir doch gar keine Hektik heute Morgen im Parlament! Also, zu schauen, wo werden Menschen eventuell noch ausgeschlossen, wo kann man zusätzliche Angebote machen,

(Abg. Strohmann [CDU]: Sie kommen 20 bis 30 Jahre zu spät!)

dabei sind wir doch! Deswegen, Herr Dr. Möllenstädt, fand ich Ihren Redebeitrag relativ kontraproduktiv in der ganzen Thematik.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Bei den Ansätzen der Überprüfung der Investitionen ist der Sport natürlich auch keine Ausnahme, und das hat aus meiner Sicht die Antwort des Senats auch durchaus deutlich gemacht. Wir müssen im Sport grundsätzlich zwischen zwei Arten von Investitionen unterscheiden, auf der einen Seite die Investitionen, die wir tätigen in die Optimierung der städtischen Sportanlagen, und hier greift selbstverständlich die Genderprüfung – die Liste wird im Übrigen auch durch die Mitglieder der Sportdeputation beschlossen -, und der Glücksfall des Konjunkturpakets, der uns natürlich noch ermöglicht hat, weitere Sanierungen unserer Sportanlagen voranzutreiben. Da will ich jetzt einfach einmal das Leichtathletikstadion in Obervieland erwähnen. Das ist die Heimstätte unserer erfolgreichen Sportlerinnen Jonna Tilgner und Carolin Nytra.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Es ist also nicht so, dass wir hier nur erfolgreiche Männer haben, sondern diese Stadt hat auch viele erfolgreiche Sportlerinnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch die freiwerdenden Mittel, mit denen die Hallen in Marßel oder in Gröpelingen saniert werden können, das sind engagierte Vereine wie der SG Marßel oder auch TuRa Bremen, die Kinder in ganz schwierigen sozialen Verhältnissen betreuen, sind, finde ich, eine sehr sinnvolle Investition. Ich glaube, dass gerade die Kolleginnen und Kollegen aus Bremen-Nord auch die Sanierung des Sportplatzes in Blumenthal zu einem Kunstrasenplatz nicht in Abrede stellen werden, wo wir mit dem Blumenthaler SV, dem SV Türkspor und DJK Blumenthal drei Vereine haben, die über insgesamt mehr als 20 Jugendmannschaften, Mädchen wie Jungen, verfügen. Auch das ist aus Sicht der Koalition eine sehr sinnvolle Investition.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Andere weitergehende Investitionen im Sport tragen die Vereine, und das ist in der Tat ein Punkt, über den man sich sicherlich noch einmal unterhalten muss. Sie werden dabei unterstützt durch Wettmittel. Sie alle wissen, dass diese Wettmittel dramatisch einbrechen, dass der Senat einen Gesetzentwurf eingebracht hat, über den wir uns an anderer Stelle noch unterhalten werden. Gleichwohl hat die Sportdeputation in Kenntnis dieser sehr geringen Mittel, die wir noch zur Verfügung haben, einen Kriterienkatalog entwickelt, in dem unter anderem die Mitgliederentwicklung, die Kooperation zwischen Schule und Verein, die Zusammensetzung der Mitgliedschaft und die Zielgruppe genau abgefragt werden. Ich glaube, auch da sind wir auf dem richtigen Weg. Wir stehen immer wieder, auch das muss man so deutlich sagen, natürlich vor der Autonomie des Sports, die darf man auch nicht unterschätzen, und bei Eingriffen des Staates oder der Politik in diese Autonomie muss man schon, glaube ich, relativ bedacht und sachlich nüchtern prüfen, was da geht.

Ich bin aber bei der Recherche für die heutige Debatte auf eine ganz andere Geschichte gestoßen, die ich relativ interessant und spannend finde, die ein bisschen weggeht von den Investitionen, die sich vor allen Dingen mit der Situation der Sportvereine und wie sie mit der Problematik umgehen, beschäftigt. Die Stadt Salzburg hat eine sehr interessante Umfrage unter den Vereinen und Verbänden durchgeführt, Angebote abgefragt, sich aber auch einmal damit beschäftigt, in welchen Situationen eigentlich die Sportvereine und -verbände in ihren Führungsriegen sind. Wenn Sie sich das anschauen, da muss man sagen, da haben wir eine relative Dominanz von Männern.

(B)

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Wie in der FDP!)

Ja, aber nicht alle in der FDP leiten einen Sportverband oder einen Sportverein. Das ist sicherlich auch ganz gut.

Da müssen wir, glaube ich, noch einmal aktiv werden zu schauen, aber dann auch, und das finde ich ganz wichtig, gemeinsam mit dem Landessportbund. Frau Arnold-Cramer hat gerade darauf hingewiesen, dass da auch die Zeichen der Zeit vielleicht noch nicht richtig erkannt worden sind. Ich denke, dass da Politik vielleicht auch gemeinsam mit der Deputation für Sport und dem Gleichstellungsausschuss noch einmal einen Aufschlag in diese Richtung machen könnte. Ich finde das Beispiel in Salzburg ganz sinnvoll.

(Abg. Strohmann [CDU]: Woist denn der Herr Vizepräsident vom LSB geblieben?)

Ansonsten würde ich gern zu dem Bereich Zulauf Fitnessstudios noch einmal etwas sagen, weil wir uns natürlich als Sportpolitiker auch damit beschäftigt haben. Es ist schon ein bisschen schwierig, weil natür-

lich Fitnessstudios anders als ehrenamtlich geführte Vereine ein anderes Angebot haben und da natürlich tatsächlich die Vereinbarkeit, dass ich vormittags Sport treiben kann, zu einer Zeit, zu der vielleicht auch meine Kinder in der Schule sind, viel eher machbar ist als in einem ehrenamtlich geführten Sportverein. Es gibt mittlerweile Vereine, und das lässt mich eigentlich richtig positiv in die Zukunft blicken, die dies auch erkannt haben und auch als Chance nutzen. 1860 ist zum Beispiel ein solcher Verein, der ganz gezielt auch Angebote macht.

(Abg. Strohmann [CDU]: SGO auch!)

Ich glaube, da müssen wir weiter gehen. Ich betrachte die Große Anfrage der SPD heute hier als ersten Schritt in die Richtung und bin gern an der Seite derjenigen, die weiter darüber diskutieren wollen. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Gerling.

Abg. **Gerling** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einmal versuchen, mich ein bisschen mit diesem Antrag zu beschäftigen. Wir haben ja vieles gehört, der Antrag war zwar ein bisschen unverständlich, muss aber abgearbeitet werden. Das versuche ich jetzt einmal.

Ich denke, wir sind uns einig, dass es kaum noch Bereiche im öffentlichen Leben und in der öffentlichen Verwaltung gibt, in denen das Thema Gendergerechtigkeit beziehungsweise Gender-Mainstreaming keine Rolle spielt. Zu Recht werden Gesetze, Verordnungen und politische Entscheidungen dahingehend überprüft, ob und, wenn ja, wie sie Männer und Frauen auf unterschiedliche Weise tangieren, um unbeabsichtigte Ungerechtigkeiten von vornherein auszuschließen.

Gender-Mainstreaming ist in seinem Ursprung darauf ausgelegt, die Lebenssituation und Chancen von Frauen und Männern anzugleichen. Mittlerweile sind wir jedoch im Bereich der Frauenförderung so weit gekommen, dass der Fokus des Gender-Mainstreaming nicht mehr einseitig betrachtet werden muss, sondern sich immer mehr zu einer Frage allgemeiner Gleichstellung innerhalb unserer Gesellschaft entwickelt. Dennoch gibt es Bereiche, in denen die Frauenförderung immer noch verstärkter Aufmerksamkeit bedarf, wie zum Beispiel der Bereich des Sports und der Investitionen in unsere Sportstätten.

Der Deutsche Olympische Sportbund hat sich klar der Strategie des Gender-Mainstreaming verschrieben, und es ist unumstritten, dass wir bei einer öffentlichen Förderung des Sports dafür Sorge zu tragen haben, dass Frauen und Männer im gleichen Ma-

(A) ße von den Angeboten profitieren. Gerade deshalb ist es schade, dass die Antwort des Senats auf diese Große Anfrage so wenig hergibt und somit leider keinen Beitrag dazu leistet, die Frage nach den Investitionen in Sportstätten näher zu beleuchten. Die Antwort des Senats beinhaltet nichts als schöne Worte, die den Anschein geben, als habe unsere Regierung das Thema Gendergerechtigkeit im Sport voll im Blick. Wenn man aber zwischen den Zeilen liest, stellt man schnell fest, dass die Antwort des Senats an der eigentlichen Thematik vorbeigeht. Andererseits muss man auch sagen, dass leider die der Antwort zugrundeliegenden Fragen sehr vage waren.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den Einwand bringen, dass es eigentlich wenig Sinn macht, eine parlamentarische Anfrage einzureichen, nur um ein politisch angesagtes Thema auf die Tagesordnung zu bringen, ohne dass wirkliches Interesse besteht, den möglichen Problemen näher auf den Grund zu gehen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau Bö-schen [SPD]: Das sehen wir anders!)

Der Antwort auf die Frage 2 ist zu entnehmen, dass wir in Bremen eine gute Annahme von öffentlichen Sportangeboten von Männern und Frauen haben. Natürlich sollten wir weiterhin die komplette Angleichung der Mitgliederzahlen der im Landesportbund organisierten Personen anstreben, aber ein 40-prozentiger Frauenanteil lässt sich schon einmal sehen.

Auch werden laut Senat die Interessen der unterschiedlichen Nutzung bereits jetzt berücksichtigt, und Prüfungen haben ergeben, dass den unterschiedlichen Bedürfnissen bereits jetzt Rechnung getragen wird. Da frage ich mich natürlich, warum wir eine Genderbilanz, wie sie unter Punkt 3 erwähnt wird, überhaupt brauchen und ob nicht gerade die finanziellen und zeitlichen Ressourcen, die in einer solchen Bilanz stecken werden, nicht an anderer Stelle im Bereich der Sportförderung besser aufgehoben wären, zumal ich aus der Antwort des Senats keine Brisanz oder aktuellen Handlungsbedarf in diesem Bereich erkennen kann. Genau das, meine Damen und Herren, ist meiner Ansicht nach die Schwachstelle dieser halbherzigen Antwort des Senats.

Zentrale Fragen bleiben offen. Konkrete Handlungsnotwendigkeiten fallen weg. Die SPD-Fraktion hat es verpasst, die richtigen Fragen zu stellen, und der Senat hat es verpasst, diese Initiative zu nutzen, um auf die Interessen und Bereiche der Thematik einzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Uns hätte Folgendes interessiert: Welche besonderen Sportangebote für Frauen und Männer gibt es denn derzeit? Wie werden diese angenommen? Welche werden gemeinsam angenommen, sodass eine separate Betrachtung nicht mehr notwendig erscheint?

Für welchen sportlichen Bereich konnte eine große Nachfrage bisher noch nicht erfüllt werden? Wie werden die Mittel aus dem Konjunkturprogramm verteilt, und wie kommen sie der Gendergerechtigkeit unserer Sportförderung zugute? Wie steht es mit dem weiblichen Nachwuchs in den Sportstätten? Ist der 40-prozentige Frauenanteil des Landessportbundes wirklich ein Zeichen eines gendergerechten Angebots, oder heißt dies lediglich, dass Frauen aus Mangel an Alternativen zur Not auch an Angeboten teilnehmen, an denen sie eventuell nicht interessiert sind?

Eine genaue Aufschlüsselung, wie und welche Angebote von wem angenommen werden, hätte uns geholfen, die Investitionen in Sportstätten hinsichtlich der Gendergerechtigkeit zu beurteilen. Dass Gendergerechtigkeit mittlerweile Berücksichtigung bei der Planung des Bauens von und Investitionen in Sportstätten als Kriterium berücksichtigt wird, das wussten wir auch vorher schon. Was uns der Senat aber trotz mehrmaliger Ankündigung in dieser Anfrage nicht sagt, ist, welche Auswirkungen diese Berücksichtigung hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch auf die Antwort auf Frage 5 eingehen. Im letzten Satz wird erwähnt, dass es Überlegungen gibt, die Vergabe von öffentlichen Mitteln für den Bau und die Renovierung von Sportstätten an die Erfüllung von Auflagen zu gendergerechten Planungen und Umsetzungen zu knüpfen. Meine Damen und Herren, davor kann ich im Namen unserer Fraktion nur warnen! Abgesehen davon, dass dies im Vergaberecht kaum durchsetzbar sein wird, würde eine solche Regelung Tür und Tor für Chaos in der öffentlichen Vergabe der Sportmittel öffnen, und Investitionen liefen Gefahr, an eigenlichen Bedürfnissen der Menschen vorbeizugehen.

Lassen Sie mich anschließend noch Folgendes erwähnen: Gendergerechtigkeit ist erreicht, wenn wir irgendwann nicht mehr darüber reden müssen, wenn es irgendwann ganz selbstverständlich ist, dass Frauen und Männer die Möglichkeit haben, sich ihren Wünschen und Möglichkeiten entsprechend in unserer Gesellschaft zu orientieren.

(Glocke)

Bis dahin sollten wir uns aber ernsthaft mit dem Thema befassen und uns nicht mit oberflächlichen Bewertungen des Themas, wie sie uns in der Antwort des Senats gegeben werden, zufriedengeben! – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Buse.

Staatsrätin Buse: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal froh festzustellen, dass die Diskussion sich durch die letzten Bei(D)

(A) träge wieder etwas von dieser Bierzeltatmosphäre ins Sachliche verlagern konnte, und ich möchte dazu beitragen, dass es so bleibt.

> (Abg. Woltemath [FDP]: Von welcher Bierzeltatmosphäre ist denn hier die Rede? Können Sie das noch einmal erklären? Das habe ich noch nicht richtig verstanden!)

Ich finde es auffällig, dass immer bei Themen, die andere Menschen auch einmal unter Gedöns subsumiert haben, besondere Stimmung und Schenkelklopfen aufkommt, und diesen Eindruck hatte ich doch bei dem Beitrag von Herrn Dr. Möllenstädt ganz deutlich

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN – Zuruf des Abgeordneten Woltemath [FDP])

Das habe ich auch nicht behauptet!

(B)

Nun, um den Weg zur sachlichen Debatte wieder einzuschlagen: Frau Arnold-Cramer hat ja dargelegt, sie ist aus verschiedenen Gründen der Auffassung, dass es sehr wohl Sinn ergibt, über die Frage der Gendergerechtigkeit bei der Investition in Sportstätten nachzudenken, und, ich finde, das ist auch tatsächlich so. Es ist kein unwichtiges Thema im Hinblick darauf, dass wir große und schwierige politische, wirtschaftliche und finanzielle Fragen lösen müssen. Wir haben einen Bereich Sport, in dem wir Investitionen in begrenztem Maß tätigen können, und es liegt auf der Hand, dass es gerade dann, wenn die Ressourcen immer knapper werden, besonders wichtig ist, diese gerecht zu verteilen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Nur so kann man diese Anfrage, denke ich, verstehen und beantworten.

Aus der Antwort des Senats wird meiner Ansicht nach deutlich, dass dieses Thema erkannt ist, dass die Bereitschaft besteht, sich damit intensiv auseinanderzusetzen und diese Vorgaben, die man beachten muss, auch zu beachten. Wenn der Eindruck entstanden ist, dass dies, der Begriff des Sportamtes ist gefallen, in der Vergangenheit nicht ausreichend getan wurde, dann möchte ich sagen, dass ich das aus meiner eigenen Kenntnis nicht bestätigen kann, dass ich mich aber auf jeden Fall dafür einsetze, und das möchte ich hier ganz ausdrücklich sagen, dass, wenn es so gewesen sein sollte, es sich hiermit ändert.

(Beifall bei der LINKEN)

Entsprechend haben wir gesagt, dass wir eine Genderbilanz vorlegen werden, und das ist natürlich in

erster Linie auch ein Instrument, mit dem man prüfen kann, ob man die selbst gesetzten Ziele erreicht hat. Darum ist das eine wichtige Sache, und darum werden wir das tun.

Wenn ich dann auf den Beitrag von Frau Troedel eingehen darf, die hier zu Recht auf die großen Erfolge der deutschen Fußballerinnen hingewiesen hat, dann darf ich ihr aber entgegnen, dass gerade der Bereich Fußball nicht derjenige ist, in den nicht gendergerecht investiert wurde! Denn die Frauen spielen auf denselben Fußballplätzen wie die Männer, und die vielen Investitionen, die wir auch in Kunstrasenfelder hatten, sind den Frauen, die in den Sportvereinen tätig sind, dann mit zugutegekommen, sodass wir daher gerade in diesem Bereich in Bezug auf Gender sehr gut aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Weiterhin habe ich Ihren Beitrag so verstanden, Sie möchten, dass es viele Sportarten gibt, die von Männern und Frauen betrieben werden sollten, und ich erinnere mich an eine Debatte, dass ein Mann einmal große Probleme hatte, als Synchronschwimmer zugelassen zu werden, und, ich denke, das ist so ein Bereich, in dem wir uns noch einmal einsetzen könnten. Das ist in Bremen aber nicht das Thema.

Allerdings kann ich sagen, dass wir in Bremen eine positive Genderbilanz für den Bereich der Bäder ausweisen können. Da investieren wir erheblich, und dort liegt ein sehr hoher Nutzungsgrad durch Frauen. Da bieten wir auch wirklich viele gute Veranstaltungen und Kurse an, die zu über 80 Prozent von Frauen genutzt werden. Es ist also nicht so, dass wir nur Asche auf unser Haupt streuen müssen, sondern wir haben auch viele Bereiche, in denen wir sehr erfolgreich sind. Trotzdem sage ich zu, wie ich schon eingangs betont habe, dass ich mich gerade für diesen Bereich in Zukunft verstärkt einsetzen möchte. Daher hoffe ich, dass ich im nächsten Jahr ganz sachlich eine möglichst positive Genderbilanz vorlegen kann und möglicherweise dann auch Unterstützung von der FDP für ein solches Vorgehen erlange. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/840, auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

## (A) Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 15. Juni 2009 (Drucksache 17/828)

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD vom 30. September 2009

(Drucksache 17/948)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Othmer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lernen im Lebenslauf gehört zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Wissen unterliegt einem immer schnelleren Wandel, und heute reicht eine Berufs- oder Hochschulausbildung nicht mehr für ein ganzes Leben. Heute sind Bürgerinnen und Bürger darauf angewiesen, ihr Wissen durch ständiges Lernen ständig zu erweitern.

Was die Beteiligung an Weiterbildung in Deutschland anbelangt, sind wir nach dem anerkannten EU-Benchmarking im europäischen Vergleich eher ein Entwicklungsland, als dass wir Motor sind. Es wird Weiterbildungbeteiligung in einem vier Wochenzeitraum gemessen, da kommt Eurostat, das ist die offizielle EU-Statistik, zu dem Ergebnis: In Deutschland liegt die Weiterbildungsbeteiligung bei 5,8 Prozent! Zum Vergleich: In Finnland haben wir 20 Prozent, in Großbritannien 22 Prozent, und die Lissabon-Strategie fordert 12 Prozent, davon sind wir weit entfernt. Wir haben da erheblichen Nachholbedarf, und diesem Nachholbedarf wollen wir uns auch stellen, und deshalb dieser Antrag!

Die Weiterentwicklung des Bildungsurlaubs ist in diesem Zusammenhang nicht der große Wurf, sondern es ist ein Baustein, um sich auf den Weg zu begeben, und es müssen viele weitere Schritte folgen, aber es soll ein Beitrag dazu leisten, dass künftig mehr Menschen den Bildungsurlaub nutzen. Gegenwärtig sind es lediglich unter fünf Prozent, und deswegen wollen wir das Gesetz in zwei zentralen Punkten ändern.

Erstens soll der Bildungsurlaub künftig ab einem Tag genommen werden können und nicht erst ab fünf Tagen. Es sollen die zehn Tage im Zweijahreszeitraum erhalten bleiben. Das Ziel dabei ist, dass wir die Hemmschwelle für die Beteiligung herabsetzen wollen, denn wir hören immer wieder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, dass sie sich nicht trauen, Bildungsurlaub zu beantragen, wenn sie fünf Tage aus dem Betrieb wegbleiben sollen. Wir glauben im Übrigen auch, dass es diverse Veranstaltungsformate gibt, die auch für einen Tag tauglich sind.

Der zweite Punkt, den wir verändern wollen, ist, dass wir private Anbieter zulassen wollen. Das Ziel ist auch hier, dass wir die Anzahl der Anbieter erhöhen wollen und damit auch die Chancen der potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, für sich das richtige Angebot zu finden. In den meisten anderen Bundesländern sind Private zugelassen, und es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass eine Veranstaltung in Niedersachsen als Bildungsurlaub anerkannt ist und in Bremen nicht, nur weil es sich um einen privaten Anbieter handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte es im Übrigen auch nicht für richtig, dass Arbeitnehmer individuell bei ihrem Arbeitgeber darum kämpfen müssen, an einer Bildungsveranstaltung teilnehmen zu können, wenn diese nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz anerkannt ist. Es kommt im Sprachenbereich immer wieder vor, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter da auf die Kulanz des Arbeitgebers angewiesen sind. Alle Arbeitnehmer müssen an dieser Stelle gleiche Chancen erhalten!

Ich will Ihnen auch nicht verschweigen, dass es überfällig ist, das Gesetz an dieser Stelle zu verändern, weil es erhebliche Zweifel daran gibt, ob es verfassungskonform und europarechtskonform ist, Private auszuschließen, denn es gibt keinen Sachgrund, aus dem man das tun sollte, und Private haben ein wirtschaftliches Eigeninteresse. Insofern ist es gut, dass wir das Gesetz an der Stelle auch auf rechtssichere Füße stellen. Es ist klar, dass die Qualitätskriterien gleichermaßen für gemeinnützige und private Anbieter gelten sollen und dass natürlich privatwirtschaftliche Unternehmen auch keine öffentliche Förderung bekommen sollen!

Es gibt einen Punkt, den wir im Antrag verändern wollen. Der Antrag liegt ja schon seit Juni 2009 vor, die Gesetzesänderung soll danach bis September 2009 vorgelegt werden, das ist nicht möglich, das wollen wir auf November 2009 ändern. Das ist im Punkt drei enthalten.

Ansonsten wollen wir mit diesem Antrag alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermutigen, den Bildungsurlaub intensiver zu nutzen. Wir wollen, dass der Senat Maßnahmen entwickelt, um den Zugang zur Weiterbildung gerade für bildungsungewohnte Menschen zu verbessern; das ist ein Ziel der Koalition. Wir wollen, dass der Senat uns in zwei Monaten nach Antragsbeschluss einen detaillierten Überblick über die Weiterbildungsbeteiligung hier vorlegt.

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Insofern bitte ich Sie um Unterstützung dieses Antrags. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD)\*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lebenslanges Lernen ist nicht nur für den beruflichen Erfolg, sondern auch für die gesellschaftliche Teilhabe existenziell. Deswegen bildet in einer Wissensgesellschaft, wie wir sie hier haben, der Zugang möglichst ganz vieler Kreise zur Bildung eine zentrale Voraussetzung für die Gesellschaft.

Ich bin froh, dass es deshalb auch gelungen ist, 1,7 Millionen Euro wieder im Eckwert für Weiterbildung zu verankern. Das Bremische Bildungsurlaubsgesetz fördert mit seinem Angebot zur bezahlten Freistellung von der Arbeit zu Bildungszwecken die Teilnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowohl an allgemeiner als auch politischer und beruflicher Weiterbildung. Mit diesem bereits 1977 beschlossenen Gesetz, finde ich, besitzen wir eines der besten in dieser Republik, wurden doch gerade damit Menschen aus sogenannten bildungsfernen Schichten erreicht, was für uns als SPD eine besondere Bedeutung besitzt.

# (Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

(B)

Leider müssen wir aber zur Kenntnis nehmen, dass die Teilnahmequote insgesamt rückläufig und darüber hinaus sowieso zu gering ist. Dies ist bedauerlich, zeigen doch einschlägige Untersuchungen, dass es keine andere Lernform des organisierten Lernens gibt, die gerade bildungsungewohnte Menschen vergleichsweise erfolgreich zur Teilnahme an Weiterbildung motiviert. Bildungsurlaub ist somit ein Instrument einer vorausschauenden Bildungs- und Sozialpolitik!

Wir haben bereits letztes Jahr angekündigt, auch über Veränderungen beim Bildungsurlaubsgesetz nachzudenken, allerdings nicht, wie das damals von der FDP und der CDU gefordert wurde, durch Reduzierung des Freistellungsanspruchs oder einer Koppelung an das Einbringen von Erholungsurlaub. Wir fordern Maßnahmen und werden Maßnahmen organisieren, die eine stärkere Inanspruchnahme des Bildungsurlaubs bewirken.

#### (Beifall bei der SPD)

Dabei heben wir zunächst einmal auf eine Flexibilisierung des Bildungsurlaubs, die Änderung der Fünf-Tage-Regelung, ab. Wir haben erkannt, dass die zunehmende Verdichtung der Arbeitsanforderungen, aber auch die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf dazu führen, dass Arbeitnehmerinnen sich häufig nur auf kürzere Veranstaltungen einlassen können. Im Gespräch mit den Gewerkschaften haben wir vereinbart, dass zukünftig andere Formate und kürzere Dauer von Bildungsurlaubsangeboten möglich sein werden. Das kommt sicherlich auch gerade kleineren Betrieben zugute.

Zukünftig, Frau Schön hat es ausgeführt, werden auch private Anbieter zugelassen, allerdings eben nur unter der Voraussetzung, dass diese Bildungsangebote genauso wie die der anerkannten Träger den formulierten Qualitätsansprüchen genügen. Einen öffentlichen Anspruch auf öffentliche Förderung aus dem Landeshaushalt wird es dabei nicht geben. Bisher war die uneingeschränkte Übertragung nicht verbrauchter Freistellungstage auf den nächsten Zweijahreszeitraum möglich, sodass sich dann in der Summe ein Anspruch auf Bildungsurlaub von vier Wochen in einem Kalenderjahr ergeben konnte. Das wird zukünftig nicht mehr möglich sein, das Ansparen des Bildungsurlaubs über maximal zwei Wochen hinaus erscheint uns nicht sinnvoll.

Ich möchte aber noch einmal auf die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt zurückkommen. Der Bildungsurlaub stellt ja nur einen ganz kleinen Ausschnitt im Weiterbildungsbereich dar. Wir möchten die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt erhöhen, insbesondere die sogenannter "bildungsferner Menschen", aber auch die Weiterbildungsbeteiligung der Betriebe. Dafür, meinen wir, ist es notwendig, eine Übersicht über die Weiterbildungsbeteiligung im Land Bremen zu erstellen.

Ob hier der Vergleich mit Eurostat immer so glücklich ist, ziehe ich in Zweifel! Der Vergleich berücksichtigt nicht, dass es in Deutschland ein sehr ausdifferenziertes schulisches System gibt, in dem ganz viele Weiterbildungsangebote so gar nicht erfasst werden. Es gibt aber ja eine Studie über die Weiterbildungsangebote innerhalb der Bundesrepublik, da, denke ich, liegen wir nicht so schlecht. Wir liegen über 40 Prozent, das ist noch nicht die Zielerfüllung, die wir uns vorstellen, da müssen wir schauen, wie sich das tatsächlich auf Bremen herunterbrechen lässt: Wie stehen wir hier in welcher Höhe mit welchen Angeboten für welche Gruppen tatsächlich da?

Darüber hinaus bedarf es aber auch anderer Maßnahmen, um die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt zu erhöhen. Es ist aus unserer Sicht notwendig, eine qualifizierte, trägerunabhängige Bildungsberatung zu installieren, wie sich das hier im August bereits in der Deputation für Arbeit konkretisiert hat. Wir müssen darüber nachdenken, wie man Qualifizierungsmaßnahmen, zum Beispiel auch im Rahmen von Kurzarbeit, mit Bildungsurlaub verbinden kann. Dazu hat es jetzt im September eine Entscheidung in der Deputation gegeben. Ich denke, hier muss man wirklich

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) in verschiedene Bereiche schauen, um eine Zunahme der Weiterbildungsbeteiligung zu erreichen. Alles in allem werden wir aber nicht daran vorbeikommen, überhaupt eine andere Kultur dieser Weiterbildung gegenüber dem Lernen im lebenslangen Lernprozess zu organisieren!

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat der Arbeitnehmerinnenkammer schließen, Frau Präsidentin, wenn es erlaubt ist, die sagt: "Erst wenn in den Unternehmen das Thema lebenslanges Lernen und Qualifizierung als strategische Strategie betrieblicher Personalentwicklung geschätzt wird, bekommt auch der Bildungsurlaub eine richtige Chance. Arbeitnehmerinnen sind dann nicht mehr Bittsteller, die sich kaum trauen, ihren Antrag auf Gewährung eines Bildungsurlaubs zu stellen, sondern sie realisieren einen selbstverständlichen Anspruch im eigenen Interesse und auch im Interesse des Unternehmens." – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich als Einleitung sagen, dass es doch schon erstaunlich ist, wie lange Dringlichkeitsanträge nicht behandelt werden müssen, bevor sie endlich in diesem Parlament zur Debatte gestellt werden!

Einzig und allein kommt man aufgrund dieses Antrags zu der Gewissheit, dass das Angebot an Bildungsurlaub mittlerweile so schlecht angenommen wird, dass jetzt entsprechende Veranstalter das Parlament dazu nutzen, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Kurse besser gefüllt werden und die Einnahmen entsprechend fließen. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass das, was Sie hier fordern, den Betroffenen nicht im Geringsten weiterhelfen wird.

Zu Ihrem Antrag: Was in der Einleitung steht, ist schließlich und endlich nichts Neues. Dass lebenslanges Lernen immer mehr Bedeutung bekommt, das wissen wir in diesem Haus alle, und das haben wir hier auch schon oft genug debattiert. Eher sollte man darüber reden, wie denn lebenslanges Lernen auszusehen hat, um daraus einen Nutzen für sich selbst, also für die Betroffenen zu ziehen, und genau da scheiden sich in diesem Haus die Geister.

Wir können hier lesen, dass die Beteiligung der Betroffenen an Bildungsurlaub mittlerweile deutlich unter fünf Prozent liegt. Das liegt aber doch nicht am Gesetz. Frau Böschen, Sie haben es selbst gesagt, wir haben einer der modernsten Gesetze hier, auch wenn es bereits 1977 verabschiedet worden ist. Es liegt also nicht an dem Gesetz, sondern an den Maßnahmen und Angeboten. Diese Angebote treffen nicht mehr auf das Interesse der Menschen und werden damit schlicht und einfach nicht angenommen. Die Beschäf-

tigten und allein die Menschen, die hier interessiert werden sollen, wurden durch die Veranstalter nicht erreicht. Sie haben sich entschieden, diese Programme nicht anzunehmen, und selbst bei den Programmen, die angenommen wurden und werden, muss sich ein Teil auch noch fragen, welchen Nutzen sie für die Zukunft der Teilnehmer aus diesen Maßnahmen ziehen. Aber wie gesagt, das haben wir hier schon alles lang und breit debattiert.

Unter Punkt eins fordern Sie, dass die Bürgerschaft (Landtag) die Notwendigkeit für alle Bevölkerungskreise an lebenslangem Lernen unterstreicht. Da sagen wir uneingeschränkt ja, das können wir nur unterstreichen. Dass dieses Parlament aber aus diesem Grund laufend an die Bürgerinnen und Bürger appellieren soll, das vorhandene Angebot verstärkt anzunehmen, können wir nicht ganz nachvollziehen. Das müssen die Betroffenen, insbesondere die bildungsgewohnten, selbst wissen und entscheiden, das zeigt ihnen in aller Deutlichkeit ihr beruflicher Alltag.

Zu Punkt zwei, hier soll jetzt der Senat gebeten werden, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Bildungsbeteiligung insbesondere bildungsungewohnter Menschen nachhaltig verbessern. In Ihrer Einleitung schreiben Sie, dass eine Berufs- oder Hochschulausbildung auf Dauer nicht reicht, im Berufsleben zu bestehen. Das ist nur zu untersteichen. Ein paar Zeilen weiter fordern Sie dann den Senat auf, bildungsungewohnte Menschen - was Sie darunter verstehen, sollten Sie hier auch einmal näher erklären - zur Weiterbildung zu animieren. Wie das gehen soll, warten wir dann mit Spannung ab, aber was Sie mit dem, das Sie fordern, erreichen, darauf geben wir Ihnen vielleicht auch schon einmal eine kleine Antwort: In erster Linie eine Menge Arbeit für den Senat, den wir darum mit Sicherheit nicht beneiden!

Da der Senat natürlich diesen Antrag kennt, kennt er auch die Zeitvorgaben, die in Ihrem Dringlichkeitsantrag stehen, und demnach sollte es eigentlich jetzt im September schon die ersten Ergebnisse geben. Der Antrag ist hier nicht verabschiedet worden. Natürlich wird der Senat keine Ergebnisse haben, aber vielleicht kann er ja auf diese Thematik einmal eingehen. Vielleicht ist ja doch schon das eine oder andere vorhanden, was man sich hier heute anhören kann. Teilnahmequoten deutlich zu steigern, wie es in Ihrem Antrag steht, denke ich, liegt nicht im Ermessen des Senats, und er wird es auch kaum erreichen.

Bildungsurlaub soll auch nicht mindestens fünf und in Sonderfällen drei Tage dauern, nein, Ihnen reicht schon ein Tag, und das bis zu zehnmal in zwei Jahren. Meinen Sie denn wirklich, an einem einzigen Tag eine sinnvolle Weiterbildung zum Beispiel bei den berufsbildungsfernen Menschen umsetzen zu können und damit etwas zu bewirken?

(Beifall bei der CDU)

(D)

(A) Wir denken, dass mindestens drei Tage dazu erforderlich sind.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Falsch!)

Ja, Frau Busch, wenn Sie es für falsch halten, ist es ja ganz gut.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Fragen Sie einmal in Unternehmen, die bieten sehr oft Tagesveranstaltungen an!)

Wenn wir mit den Unternehmern sprechen, sind die einigermaßen unserer Meinung. Die halten das nicht für so falsch. Ich war früher selbst ein großer Verfechter, Bildungsurlaub anzunehmen, ich bin nämlich 35 Jahre Gewerkschafter, das dürfen Sie nicht vergessen, da habe ich viele Lehrgänge über Bildungswerke gemacht und Weiterbildung. Daher weiß ich auch, wie lange das dauert. Ein Tag reicht vielleicht für spezielle Kurse oder für spezielle Facharbeiter aus!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Sehen Sie!)

Aber Sie fordern das hier allgemein! Sie fordern das für alle, und das ist schlicht und einfach ein großer Unsinn!

(B) (Beifall bei der CDU – Abg. Frau B usch [SPD]: Unsinn ist, was Sie gerade reden!)

Das einzige, das Sie mit einem solchen Ansinnen, Frau Busch, erreichen, ist, dass Sie Arbeiter und Arbeiterinnen innerhalb von zwei Jahren bis zu zehnmal aus ihrem Arbeitsprozess herausreißen, wobei ein arbeitsmarktpolitischer Nutzen dabei ganz und gar nicht interessiert.

Dann geht es weiter: Sie wollen auf einmal auch private Anbieter zulassen. Donnerwetter, können wir da nur sagen! Das ist eine gute Idee, das ist eine langjährige Forderung der CDU, die bis dato nicht umgesetzt wurde. Bei soviel Einsicht freut man sich natürlich. Der Pferdefuß an dieser Forderung wird natürlich sofort hinterhergeschoben. Natürlich sollen bei Ihnen private Anbieter nicht mit den öffentlichen Trägern gleichbehandelt werden. Sie sollen in den Qualitätsstandards den Gemeinnützigen in nichts nachstehen. Wir sagen Ihnen, die Privaten werden sogar besser sein. Darüber machen wir uns gar keine Sorgen. Die Privaten werden schnell zeigen, wer hier zukunftsbezogener arbeitet und wer die interessanteren Angebote vorzuweisen hat. Eine Landesförderung für diese Maßnahmen sollen die Privaten aber natürlich nicht bekommen. Diese Mittel sind ausschließlich den öffentlichen Trägern vorbehalten. Wahrscheinlich werden die Privaten Landesförderung auch gar nicht in Anspruch nehmen, aber was uns wundert, dass gerade von Ihnen ein solcher Vorschlag kommt,

der ja mit Gleichbehandlung im Grunde nichts mehr zu tun hat.

(Beifall bei der CDU)

Last, not least: Die europäischen Richtlinien in Hinsicht auf die Weiterbildung sind in Brüssel jetzt gerade, soviel ich gehört habe oder wie ich mich erkundigen konnte, in der Ausarbeitung, da gibt es eine neue Befassung. Diese Entscheidung, denke ich, sollten wir abwarten. Allein aus diesem Grund wäre es vielleicht besser gewesen, diesen Antrag hier heute nicht zu stellen. Wir tragen zumindest einen solchen Antrag erst gar nicht mit. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP)\*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße es außerordentlich, dass die Koalition sich nunmehr hat einigen können, was sie in diesem wichtigen Politikfeld voranbringen möchte. Wir haben ja bereits vor mehr als einem Jahr über einen Antrag meiner Fraktion und der Fraktion der CDU zu diesem Thema diskutiert. Seinerzeit erschien es uns so, dass Sie da nicht so recht sprachfähig waren.

Lassen Sie mich auf den Inhalt Ihres Antrags eingehen, ich kann es im Prinzip kurz zusammenfassen: Wenn man einmal die vielen schönen Worte weglässt, bleiben im Prinzip drei kleine Änderungen, die Sie am bestehenden Gesetz vornehmen wollen, um – Zitat aus dem Antrag – den großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland zu begegnen. Wir meinen, da haben Sie sich am Ende verhoben. Das, was Sie hier vorschlagen, reicht bei Weitem nicht aus und erfasst nicht einmal die Dimension des Problems, um das es hier geht.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich konkret auf die einzelnen Punkte eingehen, zum einen – das hat der Kollege Nestler eben schon angesprochen – die Einbeziehung privater Träger in diesen Bereich! Wir begrüßen das grundsätzlich, aber das muss dann eben in der Tat auch heißen, dass diese vollständig gleichbehandelt werden mit den bereits jetzt vorhandenen gemeinnützigen Trägern, und ich glaube auch in der Tat, dass der Wettbewerb in diesem Bereich Enormes erreichen kann.

Ich finde es auch sehr gut, dass die Kollegin Frau Böschen hier noch einmal Wert darauf gelegt hat, dass es eigentlich bei dem Thema um das Thema Bildung gehen müsste. Ich habe bei den übrigen Änderun-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) gen, die Sie vorschlagen, manchmal so ein bisschen den Eindruck, dass das nachher gar nicht mehr zu Kenntnis genommen worden ist, dass das eigentlich das Hauptproblem ist, nämlich die Qualität der Angebote, die wir heute haben. Deshalb würde ich doch nachhaltig an Sie auch appellieren, nicht nur den Schritt zu machen, der auch schon aus gewissen europarechtlichen Restriktionen geboten ist, private Anbieter mit zuzulassen, sondern eben wirklich auch echten und fairen Wettbewerb in diesem Bereich zuzulassen. Ich glaube, da könnte sich noch einiges positiv entwickeln.

Heute finden Sie zum Beispiel so Themen wie Aktivierung der Beckenbodenmuskelatur im Kursangebot. Ich denke, wir stimmen überein, dass das mit dem Anspruch an Bildung, den Sie, Frau Kollegin Böschen, eben hier vorgebracht haben, eigentlich nichts zu tun hat. Das ist sicherlich alles ganz prima, aber hat mit Bildungsurlaub eigentlich nichts im Sinn. Deshalb, glaube ich, greift auch der Antrag zu kurz, denn das Ziel eines flachen Bauchs und einer schmalen Taille ist ohne Frage erstrebenswert, aber lebenslanges Lernen setzt dann doch andere Dinge voraus.

#### (Beifall bei der FDP)

Solange solche Angebote existieren – das ist der Kern des Problems –, die ja auch im Prinzip eigentlich gegen die bestehende Rechtsverordnung verstoßen, wo Maßstäbe und die Kriterien auch genannt werden, die die Bildungsangebote erfüllen müssen, wird der Bildungsurlaub weiterhin mit dem Etikett Freizeitveranstaltung behaftet sein, und solange ist eben auch die Rechtfertigung gegenüber den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und gegenüber den Vorgesetzten dann eher schwierig. Ich glaube, das ist ein Punkt, der wesentlicher wäre, bearbeitet zu werden, nämlich die Qualität anzuheben, als hier eine quantitative Ausweitung vorzunehmen, um Statistiken zu schönen.

## (Beifall bei der FDP)

Die zweite Änderung in Ihrem Antrag beinhaltet die Möglichkeit, einen Bildungsurlaub nun tageweise zu nehmen. Auch das ist relativ durchsichtig. Ihnen geht es – das haben Sie auch selbst eingeräumt – darum, eben zahlenmäßig nachzuweisen, dass Sie die Weiterbildungsbeteiligung erhöht haben. Ich glaube, das genannte Beispiel hat deutlich gemacht, dass es uns darum eigentlich nicht gehen kann, dies zu forcieren. Ich gehe auch davon aus, dass wir in der Bewertung da übereinstimmen.

Kurzum: Die Änderung löst keines der substanziellen Probleme des Bildungsurlaubs. Ziel kann es nicht sein, der Bevölkerung im Prinzip für Ihre Bildung und auch für Ihr berufliches Fortkommen wertlose Weiterbildungsmaßnahmen aufzuschwatzen.

(Abg. Frau Busch [SPD]: Was ist denn wertlose Weiterbildung für Sie?)

Das bringt überhaupt nichts, sondern wir müssen wirklich dort an die Qualität heran, an berufsbezogene Themen. Das müsste eigentlich das Entscheidende sein, und Sie bestätigen das ja auch in Ihrem Antrag, wenn Sie schreiben, und Sie haben es heute ja auch noch einmal ausgeführt, gerade vor dem Hintergrund, dass sich Wissen ständig ändert, muss man eben auf den beruflichen Teil und die Qualifizierung abheben, und das finden wir in Ihren Vorschlägen nicht wieder.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf die dritte Änderung und Neuerung eingehen, diese Forderung nach einem Zweijahresintervall. Hier eine Übertragung vorzusehen in das nächste Zweijahresintervall, das geht natürlich in die gleiche Richtung, auch da geht es wieder nur um Statistik. Da geht es nur wieder darum, Menschen jetzt zu befeuern, dass sie diese Angebote wahrnehmen, ohne sich wirklich hinreichend damit auseinandergesetzt zu haben, welchen Wert die Angebote einzeln dann für die einzelne Person, den Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerin auch wirklich bieten können. Das greift alles zu kurz.

Wir haben hier unsere Vorschläge dazu geäußert, deshalb können Sie auch davon ausgehen, dass wir natürlich diesem Antrag nicht zustimmen werden. Der Weg, den wir gemeinsam mit den Kollegen der CDU hier vor längerer Zeit aufgezeigt haben, würde wirklich dazu führen, dass hier auch inhaltlich wertvolle, betriebs- und berufsbezogene Bildungsangebote wahrgenommen und auch mit einer Wertschätzung versehen werden. Das, was Sie vorschlagen, ist eine reine Ausweitung der Quantität und kein echter Wettbewerb, und deshalb wird dieser Vorschlag unsere Zustimmung nicht finden. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, so ist das, jetzt hat die FDP Oberwasser, jetzt wird es deutlicher. Einmal schimmert das Soziale noch durch, wenn man es in Wirklichkeit marktliberal meint, wie wir gestern erlebt haben. Heute kommt es klar heraus: Das Leben ist dazu da, der Arbeit untergeordnet zu werden! Das soll die Perspektive sein. Das ist ein zivilisatorischer Rückschritt und unglaublich arm, was Sie an politischem Programm haben!

# (Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Das äußert sich gerade hier, wenn Sie über Gesundheitsbildung als etwas herziehen, was unnötig ist. Das könnten auch Sie irgendwann sehr dringend gebrau-

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) chen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch Kollege Dr. Möllenstädt wird das eines Tages sicherlich dringend gebrauchen können, und dafür haben wir unter anderem den Bildungsurlaub gehabt, nämlich für ein breites Spektrum von Bildung, Frau Böschen hat es unter anderem noch einmal hervorgehoben. Das ist Ihnen fremd. Sie wollen auch in der Schule immer auf das ausrichten, was wirtschaftlich gebraucht wird. Was für eine Verarmung der Gesellschaft und Kultur! Ich hoffe ja, noch eher in der CDU Unterstützung für eine breite Bildung zu finden, wie ich sie gelegentlich sogar für politisch-ökonomische Bildung gefunden habe, um diesen Kurs auszubremsen.

Wir kommen noch dazu, dass Kurse, um das noch einmal zu sagen, wie Rückenschule, Burn-Out-Behandlung und Entspannungstraining abgeschafft werden, all das wollen Sie abschaffen. Wie scheinheilig ist es, hier überhaupt noch von einer breiten Bildung zu sprechen! Der Antrag, in dem Privatisierungen vorkommen, trägt insgesamt nach meinem Eindruck die Handschrift der Grünen, und zwar der Grünen in den Neunzigerjahren oder Anfang des Jahrtausends. Ich finde, wir sollten wieder zu dem hinkommen, was in den Jahren vor Rot-Grün, vor Schröder und Fischer, an Kultur geschaffen wurde, auch von den Grünen mit, und das ist nämlich eine breite Bildung.

Dieser Antrag geht meines Erachtens zu einer Verengung von Bildung hin. Ich muss leider auch sagen, Frau Böschen war diejenige, die hier – ich verstehe das nicht – so mit Verve gesagt hat: Ja, dann ist man nicht mehr Bittsteller, wenn das dem Unternehmer auch passt und dem Unternehmen nützt. Was für eine Unterordnung von Bildung unter Ziele eines Unternehmens, das kann nicht Ihr Ernst sein! Das ist der leichte Weg, sich den gesellschaftlich dominanten Kräften unterzuordnen, aufzugeben und zu sagen: Ja, das nennen wir auch Bildung.

(B)

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo leben Sie denn eigentlich?)

Es geht ja so weit, dass Sie sogar schon in der Weiterbildungsdebatte politische Bildung der betrieblichen Bildung unterordnen. Das ist sogar schon seitens der Hochschule, der Universität zum Teil formuliert worden, wie ich in Fachgesprächen und Kongressen mitbekommen habe. Das ist gefeiert worden, man hat jetzt betriebliche Mikropolitik, Redefähigkeit, Mitbestimmung, betriebliche Ökonomie, das reicht doch, das ist doch politische Bildung.

Wo kommt etwas zum Thema Wirtschaftskrise vor, wo gibt es so ein Angebot hier in der Bremer Weiterbildung, wo ist das einmal schnell aufgelegt worden? Ich habe mich einmal bei der Volkshochschule erkundigt, da wurde gesagt: Wir haben doch etwas über das Thema, wie ich Aktienkurse am besten aussuchen kann. Nein, diese Dinge müssen sehr ernst genommen werden! Politische Ökonomie, wir haben es gelegentlich beklagt, ist unglaublich unterbelichtet

in diesem Land, deswegen lassen sich viele von uns nach wie vor auch jetzt in der Wirtschaftskrise über den Tisch ziehen. Diese Dinge sind unterbelichtet und die werden durch diesen Antrag auch nicht gefördert.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie reden eigentlich der FDP das Wort, aber Sie merken es nicht einmal, das ist das Bemerkenswerte!)

Ich bin gelegentlich an Ihrem Redebeitrag interessiert, das ist mir leider unverständlich. Führen Sie es ein bisschen deutlicher aus, lieber Kollege! Ich bin daran interessiert.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Parlament kennt Zwischenrufe! Gott sei Dank!)

Die betriebliche Fortbildung soll Sache der Betriebe bleiben. Wenn sie das nicht auf die Reihe bekommen, weil sie unterschiedliche Einkommenssituationen haben, schlage ich eine Umlage vor, nichts einfacher als das. Das ist für die Ausbildung auch schon lange bekannt, das bleibt aber im Bereich der Betriebe, wir können die betriebliche Ausbildung nicht jetzt noch durch unsere Zuschüsse machen. Das ist ein Ausverkauf staatlicher Mittel, dann eben noch den Bereich der Bildung den Betrieben nicht nur fachlich unterzuordnen, sondern auch noch materiell unter die Arme zu greifen, völlig absurd bei den Verteilungen, die wir bis jetzt schon haben bei der Einkommenssituation der Betriebe. Wie gesagt, einzelne können geschützt werden, gar kein Problem, Eine Umlage wird auch abgelehnt, nein, das muss alles dem Markt ausgeliefert sein, und es muss alles den Betrieben untergeordnet werden.

Weiterbildung nur einen Tag, das würde ich dem Unternehmer dann auch leichter zumuten, dass ich nur einen Tag weg bin statt eine ganze Woche, das ist natürlich weniger intensiv, aber das ist dann offenbar zweitrangig! In einem Tag kann man irgendetwas auffrischen, aber man kann sich nicht grundsätzlich intensiv mit etwas beschäftigen. Wir haben auch jetzt schon die Möglichkeit der Modularisierung: fünf mal ein Tag, drei Tage plus zwei Tage! Dazu kann man E-Learning ausbauen, das kann man auch fördern. Das sind Möglichkeiten auf der Basis, die wir jetzt haben.

Private Bildungsanbieter: Dann haben wir wirklich endlich in der Weiterbildung auch das, was wir in den Schulen vermeiden wollen, was wir bei Medien erleben, dass wir diese Privatisierung mit den Folgen und den Gefahren in der Qualität haben. Das ist schade, wenn Sie die Weiterbildung auch in diesem Sinne ausliefern wollen. Das ist ein erster Schritt dazu. Die Beeinträchtigung, was die Übertragung betrifft, passt ins Bild. Inhaltlich müssten wir Strukturwandel, Arbeit, Familie, interkulturelle Bildung, politische

(A) Bildung – hatte ich schon gesagt –, kulturelle Bildung fördern, all dies sind Dinge, die das Leben und die Lebensqualität entscheidend beeinflussen und die Gesundheit, um Ihnen etwas Handfestes zu sagen, was dann wohlmöglich auch noch Kosten spart, erheblich fördern können.

> Es gibt Möglichkeiten dafür, die Bildungseinrichtungen nicht verhungern zu lassen, wie es seit Jahren passiert, sondern angemessen zu fördern, dazu brauchen Sie auch die Beiträge nicht zu erhöhen. Sie sollten die Honorarrefinanzierung ebenfalls nicht verhungern lassen, was Sie seit Jahren machen. Sie könnten sich auch in diesem Bereich für Werbung einsetzen. Als Letztes ein Zitat aus der Stellungnahme der Weiterbildungseinrichtungen im Land Bremen vom 21. April 2008: "Da inzwischen private Betreuungsleistung von Kindern, von pflegebedürftigen Angehörigen sowohl weit verbreitet als auch als gesellschaftlich notwendig anerkannt sind, ist zu prüfen, wie betreuende Personen für Bildung freigestellt werden können, indem zum Beispiel Fördergelder für Kinderbetreuung oder Hilfen zur Pflegevertretung zur Verfügung gestellt werden. "Diese Art der Förderung von Weiterbildung ist Ihnen wohl leider entgangen, aber es war Zeit genug. - Vielen Dank!

> > (Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Ab-(B) geordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Frau Präsidentin, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe hier doch noch einmal das Bedürfnis, ein paar Sachen klarzustellen. Zunächst, Herr Nestler, Herr Dr. Möllenstädt, bin ich ja froh, dass Sie hier in dieser Debatte nicht wieder gesagt haben: Bildung ist Privatsache, und die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sollen Freizeitausgleich nehmen. Das haben Sie hier nicht wiederholt. Das war ein Antrag, den Sie im letzten Jahr gestellt haben. Worüber ich ein bisschen erstaunt bin, ist, dass Sie so ohne Weiteres unseren Antrag ablehnen, weil ich eigentlich nicht so ganz verstehe, warum Sie keine Flexibilisierung wollen und warum Sie Private auch nicht zulassen wollen. Das ist mir, ehrlich gesagt, ein bisschen unverständlich.

Sie hatten uns vorgeworfen, es gehe jetzt darum, dass die Anbieter jetzt das Parlament nutzen, weil sie ihre Kurse nicht vollbekommen. Nein, das Gegenteil ist der Fall, wir denken Bildung von den Menschen her, von der Zielgruppe her, und deswegen wollen wir eine Flexibilisierung, weil uns die Menschen in dieser Stadt und in diesem Bundesland immer wieder sagen, sie wissen nicht, wie sie es durchhalten sollen, dass sie fünf Tage aus dem Betrieb herausgehen. Ihnen wäre dabei geholfen, wenn es auch kürzer gehen würde. Das, finde ich, muss man hier zur

Kenntnis nehmen, und das hat nichts damit zu tun, die Weiterbildungsträger an dieser Stelle zu schützen, sondern das hat etwas damit zu tun, den Menschen ein Angebot zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Veranstaltungen selbst: Natürlich gibt es Möglichkeiten für einen Tag, mir fallen da sofort diverse Computerkurse ein wie PowerPoint, Outlook und so weiter. Bei Sprachen ist es zugegebenermaßen ein bisschen schwierig. Aber wir sagen ja auch nicht, fünf Tage sind nicht mehr zugelassen, sondern wir wollen eine größere Varianz an Veranstaltungen, die möglich sind. Es gibt Themen, da reicht ein Tag, und es gibt Themen, da braucht man fünf Tage, und im Übrigen kann man auch die zehn Tage am Stück nehmen, und dann hat man sogar zehn Tage statt nur einen Tag, also, es gibt da einfach sehr viel mehr Angebote.

Die einzelnen Kurse sind im Bildungsurlaubsgesetz im Übrigen nicht geregelt. Dazu gibt es erst einmal eine Verordnung, und dann gibt es Ausführungsbestimmungen, und dann werden die einzelnen Kurse anerkannt. Im Übrigen versprechen wir uns von dieser Regelung, dass es mehr Kurse gibt und nicht weniger. Es soll nicht nur ein Beitrag dazu sein, dass es in den gleichen Kursen mehr Zugangsmöglichkeiten gibt, sondern es soll auch definitiv mehr Angebote, mehr Themen und mehr Kurse geben. Insofern verstehe ich Ihren Einwand an dieser Stelle auch nicht.

Der Konflikt nach dem Motto, wir würden mit den Bildungsurlaub das grundlegende Problem von mehr Weiterbildungsbeteilung im Grundsatz nicht lösen, das stimmt, das hat hier auch keiner behauptet, aber es ist ein Baustein. Wenn Sie jetzt auf diese Zeit des lebensbegleitenden Lernens schauen, sage ich einmal, für die Altersgruppe von 20 bis 65 Jahren, ist der Bildungsurlaub gegenwärtig das einzige Instrument, das wir überhaupt für organisiertes Lernen im Lebensverlauf haben, und dann geht es doch darum, dieses Instrument zu gestalten und nicht zu diskreditieren. Das ist ein Anliegen der Koalition.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte noch einen Satz zu bestimmten Kursen sagen, weil das immer so diskreditiert wird. Herr Dr. Möllenstädt, Sie haben sich jetzt über das Beckenbodentraining ausgelassen, ich will mich überhaupt gar nicht zu einzelnen Kursen äußern, aber es sind gerade diese Gesundheitskurse, die immer in der Debatte sind. Wie erklären Sie das denn, dass gerade die Betriebe innerbetrieblich immer mehr Gesundheitsförderungskurse machen? Die denken sich doch etwas dabei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) (D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Die wissen doch, dass das die Arbeitsfähigkeit aufrechterhält. Ich weiß gar nicht, was Sie für ein Problem damit haben. Gehen Sie doch einmal in die Betriebe und fragen die Arbeitgeber und die Mitarbeiter! Es ist der Renner, dass man Gesundheitsförderung macht. Das wollen Sie hinauswerfen? Das verstehe ich nicht.

(Abg. Strohmann [CDU]: Und den Sportvereinen wird das Wasser abgegraben!)

Es wäre schon gut, wenn Sie sich einmal ein bisschen mehr mit den Kursen auseinandersetzen, und Bildung heißt für die Koalition nicht nur, dass man Englisch, Mathematik und Deutsch lernt. Bildung heißt für uns Gesundheitsförderung, das heißt gesundheitliche Bildung, kulturelle Bildung und auch ökologische Bildung. Wir haben da ein umfassenden Ansatz, und es geht darum, im Laufe des Lebens den Menschen einen organisierten Zugang dazu zu vermitteln. Ich finde das dann auch schade, dass an einzelnen Stellen hier so polemisiert wird, aber ich hoffe, dass wir in der Gesamtdebatte, die weitergehen wird, uns vielleicht auch dann gemeinsam noch auf den Weg machen. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Möllenstädt.

Abg. **Dr. Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Schön, ich will doch noch einmal ein wenig auf Ihren Redebeitrag eingehen, da Sie ja Ihr Unverständnis über die Ausführungen beklagt haben, die hier gemacht worden sind, und auch über die Beweggründe, die in den Fraktionen dazu geführt haben, Ihrem Antrag nicht zu folgen.

Für die FDP-Fraktion kann ich Ihnen sehr klar sagen, es ist weiterhin unser Anliegen, was wir vor einiger Zeit in unserem Antrag zur Abstimmung gestellt haben. Wir sind durchaus der Meinung, dass es zu einer anderen Wertschätzung von Weiterbildung und lebenslangem Lernen beitragen kann, wenn auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen eigenen Beitrag in einem bescheidenen Umfang leisten Im Übrigen, das wissen Sie auch, war unser Vorschlag seinerzeit, dass dadurch insgesamt mehr Zeit für die von uns auch als sehr wesentlich empfundene Weiterbildung zur Verfügung stehen sollte. Gleichwohl wird man hier feststellen müssen, das ist auch bereits jetzt in dem Gesetz so angelegt, dass das, was eigentlich an Weiterbildung wesentlich wäre, hier mit einer Vielzahl anderer Dinge überfrachtet wird, die vielleicht auch wichtig sein mögen, nur die in den vergangenen Jahren hier ein zu großes Gewicht gewonnen haben.

Auch ich bin ein Befürworter von betrieblicher Gesundheitsförderung, ohne Frage, nur ist die Frage doch, die man sich in dem Zusammenhang stellen muss, was das eigentlich noch mit dem zu tun hat, was Sie uns heute hier vorschlagen. Eigentlich gar nichts, weil es in dem Vorschlag darum ging, den Sie gemacht haben, eine Weiterbildung insgesamt auch auf den beruflichen Bereich zu konzentrieren! Da haben Sie uns an Ihrer Seite, das finden wir auch richtig, dass man dort in der Tat mehr Schwerpunkte setzt. Das ist auch wichtig. Es steht in Ihrem Antrag, da wird explizit auf die Berufsausbildung und auf deren Halbwertzeit, wenn ich das einmal so nennen darf, eingegangen. Das ist der Grund, womit Sie Ihre Initiative begründen, und deshalb erlaube ich mir die Feststellung, dass das, was Sie jetzt vorgetragen haben, schon wieder einen völlig anderen Zungenschlag hat, und es wäre vielleicht hilfreich gewesen, sich das im Vorwege zu überlegen.

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, Sie haben es ja auch selbst angesprochen, die wesentlichen Entscheidungen werden in der nachgelagerten Rechtsverordnung dann noch getroffen werden. Ich bin ja sehr gespannt, ob Sie dann auch Vorschläge haben, dies zu verändern. Gerade die von Ihnen auch genannten Computerkurse haben oft zum Ziel, dass man ein Zertifikat erwerben kann, mit dem ein Arbeitnehmer dann auch etwas anfangen kann, wenn er sich zum Beispiel bei einem anderen Arbeitgeber bewerben möchte. Solche Kurse sind aber nach der geltenden Verordnung zurzeit von der Weiterbildung ausgeschlossen. Die sind nicht darunter abgedeckt, weil eben Kurse, die auf eine Prüfung abzielen, nicht förderfähig sind, das heißt, das wird im Augenblick von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Freizeit komplett abgedeckt. Dies wäre vielleicht ein Punkt, bei dem man in der Tat in der behördlichen Entscheidungsfindung über die Verordnung noch einmal nachdenken könnte, aber das wollen Sie nicht. Ihnen sind andere Dinge wichtiger.

Deshalb sage ich Ihnen, Ihr Antrag ist nicht ausgereift und erfüllt auch nicht die Erwartungen, die Sie selbst in der Begründung wecken, und deshalb werden wir ihn ablehnen, und deshalb bleiben wir auch bei dem Standpunkt, den wir hier in der früheren Debatte vertreten haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat Herr Staatsrat Othmer.

Staatsrat Othmer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst begrüße ich den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD. Es steht Bremen gut an, konstruktiv mit dem Thema des lebenslangen Lernens umzugehen. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, dass wir eines der modernsten Ge-

(C)

(A) setze an dieser Stelle haben. Aber auch moderne Gesetze kann man noch besser machen, und der Vorschlag, der hier gemacht wird, deutet darauf hin. Ich komme darauf gleich noch einmal!

Zu den Redebeiträgen nur so viel: Herr Beilken, Ihren Beitrag habe ich nicht verstanden, weil das einigermaßen alles zusammengemischt war, aber ich habe auch nicht verstanden, ob Sie den Antrag jetzt unterstützen oder ablehnen. Den Beitrag von Herrn Dr. Möllenstädt habe ich insofern verstanden, weil ich ja weiß, was er selbst vorhat, und ich habe allerdings damit ein Problem damit gehabt, und ich glaube, dass es auch nicht klug ist, wenn wir versuchen, einzelne Weiterbildungsangebote hier zu diskreditieren. Das ist falsch!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

In der letzten Debatte hatten wir die Töpferkurse und mehr! Es gibt, glaube ich, eine große Bandbreite, übrigens auch bei den Privaten – zu dem Thema kommen wir ja nachher auch noch –, wo alles richtig ist und seine Begründung hat. Gerade Ihr Beispiel Aktivierung der Beckenbodenmuskulatur, ich weiß nicht, ob Sie wissen, woher das kommt! Das ist eine Rückbildungsmaßnahme nach Schwangerschaften. Das ist etwas ganz Wichtiges, das wird normalerweise auch als Kur angeboten, und es hat wirklich nicht verdient, in dieser Form von Ihnen an dieser Stelle als etwas ins Lächerliche zu Ziehendes dargestellt zu werden, das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Meine Damen und Herren, die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung ist eine der zentralen Aufgaben. Wir haben sie für so wichtig erachtet, dass wir sie in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben haben. Dabei wollen wir in besonderer Weise um die Menschen werben, die bisher nicht so sehr an der Weiterbildung teilgenommen haben.

Auch ist mir auf der Seite des Hauses zu kurz gekommen, dass wir uns große Mühe geben müssen, dass wir diejenigen mit oder ohne Hauptschulabschluss ermutigen und ermuntern, daran aktiv teilzunehmen und weiter voranzukommen. Da sieht man ganz deutlich, dass ein bestimmter Teil dieses Hauses da einen Schwerpunkt legt, andere wollen es kommerzialisieren. Ich glaube, da werden die Unterschiede richtig deutlich, und das ist auch gut so.

In der Weiterbildung haben wir dieses Phänomen, dass die Hochqualifizierten sich am meisten weiterbilden. Im nationalen Bildungsbericht wird es so formuliert: Wer hat, dem wird gegeben. Im Bildungsurlaub sieht es Gott sei Dank etwas besser aus. Es ist uns gelungen, über 30 Prozent der Teilnehmenden anzusprechen, die höchstens einen Hauptschul-

abschluss haben, aber wir müssen dort noch besser werden, wir müssen dort noch mehr Schritte in diese Richtung gehen. Es lohnt sich hier, die Instrumente attraktiver zu machen, und darum geht es ja auch.

Gegenwärtig nehmen jährlich 14 000 Bremer und Bremerhavener Bürger Bildungsurlaub. Die Zahl nimmt allerdings ab, denn im Jahr 1992 waren es noch 26 000. Dies hat aber auch damit zu tun, dass der Bildungsurlaub in der jetzigen Form nicht mehr zeitgemäß ist. Heute ist es schwerer, fünf Tage am Stück von der Arbeit fernzubleiben, zum Beispiel ist es nicht leicht, für fünf Tage eine Betreuungsmöglichkeit für das Kind zu organisieren. Ich finde, wenn uns das vorgetragen wird, müssen wir doch darauf eingehen und versuchen, dem Rechnung zu tragen. Es lohnt sich auf jeden Fall, es zu versuchen und es anschließend zu evaluieren.

Ich will nicht die einzelnen sonstigen Punkte durchgehen, aber auf einen möchte ich gern noch eingehen! Bisher können nur gemeinnützige Einrichtungen Bildungsurlaub anbieten, dies gilt gleichermaßen für Bremer Einrichtungen wie für Einrichtungen anderer Bundesländer und europäischer Länder. Wenn wir den Kreis für private Bildungsanbieter öffnen, was ich auch befürworte, haben wir eine Sorgfaltspflicht. Die Arbeitnehmer investieren ihren Anspruch auf Bildungsurlaub, und der Arbeitgeber zahlt das Gehalt weiter. Beide haben Anspruch darauf, dass das Gesetz eine ordentliche Qualität für Bildungsurlaub sicherstellt. Darauf werden wir sehr achten müssen, denn es reicht nicht, einfach zu sagen, wir lassen alles zu, sondern es muss auch den Menschen, die dafür ihre Zeit und teilweise auch noch zusätzliches Geld einbringen, die Möglichkeit gegeben werden, dass sie auch wirklich etwas davon haben. Die Debatte hätte ich mir etwas konsensualer vorgestellt, aber wir werden sie führen, und im Zweifel werden die Mehrheitsfraktionen die richtigen Entscheidungen treffen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Zuruf des Abg. Beilken [DIE LINKE])

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Beilken, Sie können nicht einfach aufstehen, an das Mikrofon gehen und dazwischenrufen! Das gibt die Geschäftsordnung nicht her! Das ist nicht möglich, Herr Beilken!

(Abg. Beilken [DIE LINKE]: Zwischenintervention!)

Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Nestler.

Abg. **Nestler** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fasse mich auch ganz kurz, weil es nur zwei Dinge gibt, die mir am Herzen liegen! Zum einen, Frau Böschen, ich habe es mit sehr gro-

(D)

(A) ßem Wohlwollen aufgenommen, dass Sie die Kurzarbeit mit Bildungsurlaub in Verbindung gebracht haben. Ich finde, das ist ein toller Vorschlag, da werden Sie uns mit Sicherheit an Ihrer Seite haben!

Zu den Privaten: Wir sind nicht gegen private Anbieter! Was wir fordern, ist einzig und allein, dass diese unter gleichen Bedingungen mit den öffentlichen zusammen aufgefordert werden, Bildungsurlaub zu veranstalten, das ist alles.

(Beifall bei der CDU)

Es kommt immer so ein falscher Touch auf, wenn man sagt, wir seien gegen die Privaten oder irgendetwas. Das ist einfach aus dem Zusammenhang gerissen, das ist so nicht wahr, unsere Forderung ist Gleichbehandlung. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)\*): Frau Präsidentin, ich bitte um Entschuldigung, dass ich gerufen habe! Wir haben hier nach einer Rede die Möglichkeit einer Kurzintervention, die wollte ich nutzen, und ich hatte keine andere Möglichkeit gesehen.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter, erstens wird die Äußerung der Präsidentin nicht kritisiert,

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Beilken [DIE LIN-KE]: Das habe ich ja nicht!)

und zweitens hat eine Kurzintervention nicht Vorrang vor einer korrekten Wortmeldung. Sie wären dann schon an die Reihe gekommen.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE): Interessant! Ich nehme das zur Kenntnis, vielen Dank! Nun zur Sache! Sehr geehrter Herr Staatsrat, ich habe, denke ich, sehr deutlich gemacht, was wir beim Bildungsurlaub positiv wollen, was wir nicht wollen, welche Entwicklung wir fördern wollen, wie sie auch gefördert werden kann. Sollte es trotzdem tatsächlich nicht deutlich geworden sein, bin ich sehr gern bereit, Ihnen das in einem persönlichen Gespräch zu erläutern.

(Zuruf des Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen])

Vielleicht noch eines zu Ihrem Gesamtverständnis: Die Bildungseinrichtung der Gewerkschaft und der Volkshochschule heißt "Arbeit und Leben" und nicht "Arbeit und Arbeit". – Vielen Dank!

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Tosender Beifall bei der LINKEN!)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/948 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Möhle [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 17/828 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommen Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

> (Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Möhle [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

## Kinder und Jugendliche als Opfer im Internet

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2009 (Drucksache 17/817)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2009

(Drucksache 17/866)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Buse.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ich gehe davon aus, Frau Staatsrätin Buse, dass Sie die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU nicht mündlich wiederholen möchten, sodass wir hier gleich in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

Abg. Hinners (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kinder und Jugendliche werden immer häufiger Opfer von Belästigungen, Beleidigungen und sexuellen Übergriffen im Internet. Der Senat hat auf die Große Anfrage der CDU zu diesem Thema bestätigt, dass nach Einschätzung von Fachleuten die Fallzahlen ansteigen und darüber hinaus mit einem entsprechenden Dunkelfeld für diesen Bereich zu rechnen ist. Weiterhin teilt der Senat mit, dass die Strafverfolgungsbehörden dieses Phänomen sehr ernst nehmen und Bildungs- und Jugendbehörden umfangreiche Präventionsprojekte auf den Weg gebracht haben.

Meine Damen und Herren, das hört sich zunächst ganz positiv an, aber wie sieht die Wirklichkeit tatsächlich aus? Der Senat teilt in der Anfrage zu Frage 1 mit, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen in Bremen im Internet weder von der Polizei noch von der Staatsanwaltschaft separat erfasst wird. Weiter teilt der Senat mit, dass bei der Polizei Bremen keine anlassunabhängigen Kontrollen des Internets zu diesen Kriminalitätsphänomenen durchgeführt werden. Der Senat hat also überhaupt keine verlässlichen Daten, ich hätte auch sagen können Ahnung, darüber, was in diesem Bereich in Bremen tatsächlich geschieht. Sieht so eine ernst zu nehmende Bekämpfung dieser Kriminalität aus? Für den Senat offensichtlich ja!

Der Senat geht in der Beantwortung der Großen Anfrage davon aus, dass die Betroffenen die Risiken kennen würden und sich dagegen wehren könnten. Dagegen spricht nicht nur allein die tägliche Praxis, sondern dagegen sprechen auch die Ergebnisse des Forschungsprojektes "Chatgewalt" Köln, wonach von rund 1 700 Schülerinnen und Schülern circa 69 Prozent regelmäßig Kontakte im Internet gepflegt haben. Von diesen sind immerhin circa 38 Prozent im Internet mindestens schon einmal sexuell belästigt worden, und circa 24 Prozent bekamen sogar ungewollt sexuelle Bilder oder Bilder sexueller Praktiken zugeschickt.

Im Rahmen eines Seminars des Instituts Psychologie und Sicherheit in Frankfurt am Main wurde deutlich, dass die in der Regel erwachsenen männlichen Täter unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach einem ganz typischen Muster Opferauswahl treffen und Kontaktaufnahme mit in der Regel minderjährigen Mädchen suchen. Dazu werden beispielsweise Modelkarrieren in Aussicht gestellt und die Opfer auf

diesem Weg dazu gebracht, sich vor der Kamera zu entkleiden und die Bilder ins Internet zu stellen.

Offensichtlich sind dem Senat diese Gefahren für Kinder und Jugendliche nicht bekannt, denn in der Antwort zu Frage 5 teilt der Senat mit, dass eine anonyme Kontaktaufnahme mit Unbekannten in diesen verschiedenen Chats gegen den Willen der Beteiligten nicht stattfindet und auch nicht üblich ist und dass sich die Schülerinnen und Schüler der Gefahren und Risiken durchaus bewusst sind. Darüber hinaus teilt der Senat mit, dass Kinder sich mit ihren Eltern über die Kontakte im Internet unterhalten und damit die Gefahren eine untergeordnete Rolle spielen würden. Diese Behauptungen sind an Naivität kaum zu überbieten.

## (Beifall bei der CDU)

Glaubt der Senat wirklich, dass pubertierende Kinder regelmäßig ihren Eltern berichten, was sie im Internet machen, noch dazu, wenn die Eltern sich, wie es bei verantwortungsbewussten Eltern gelegentlich einmal vorkommen soll, kritisch zur Internetnutzung der Kinder äußern? Der Senat widmet sich dann in den Antworten auf die Fragen 5 und 6 umfangreich zu Präventionskonzepten in Schulen und Jugendbehörden. Diese Konzepte lesen sich auch in der Theorie wieder gut, aber wie sieht die konkrete Umsetzung in Bremen aus?

Am 12. August 2009 berichtete der "Weser-Kurier", dass der Weg ins digitale Klassenzimmer in vielen Bremer Schulen noch weit ist. Ausstattung gut, Nutzung vielfach mangelhaft, heißt es dort weiter, und Frau Moebus vom Zentralelternbeirat wird zitiert mit dem Hinweis: "Es gibt einige Leuchttürme, aber auch sehr viele weiße und blinde Flecken."

Für die CDU-Fraktion ergibt sich aus der Antwort des Senats eindeutig, dass der Senat die konkreten Gefahren für Kinder und Jugendliche im Internet offensichtlich nicht kennt und völlig unterschätzt.

## (Beifall bei der CDU)

Er verlässt sich darauf, dass die Eltern es schon richten werden und die vorhandenen Präventionskonzepte auf dem Papier geduldig vor sich hin dümpeln.

Die CDU-Fraktion fordert deshalb den Senat auf, deutlich stärker als bisher die Gefahren für Kinder und Jugendliche im Internet zu erforschen sowie in sinnvoller Weise zu bekämpfen und Aufklärung zu betreiben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Öztürk.

(D)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(D)

(A) Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Hinners, ich finde es sehr bedauerlich, weil die Große Anfrage, die Sie gestellt haben, auch wenn sie nur auf die Pädokriminalität reduziert war, hier nicht den Anklang gefunden hat, wie man sich mit dem Thema hätte auseinandersetzen können oder müssen. Sie haben in keiner Weise gewürdigt, was der Senat bisher getan hat. Sie haben dem Senat Naivität im Umgang mit dem Thema vorgeworfen. Sie behaupten, der Senat tue hier gar nichts, und zitieren hier Akteure aus dem Bereich. Sie haben den Zentralen Elternbeirat zitiert, der durchaus in Kooperation mit der Landesjugendbehörde, mit dem Jugendamt, mit der Landesmedienanstalt und mit dem Servicebüro für junge Menschen Angebote an Schulen macht mit einer umfangreichen Handreichung, um hier auf Prävention zu setzen. Wenn Sie für die CDU schildern, dass dem Senat keine verlässlichen Daten vorliegen, dann hätten Sie auch nennen können, wer verlässliche Daten hat. Das sind Sie uns eben gerade schuldig geblieben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Tat sieht die Realität sehr schwierig aus. Das verheimlicht der Senat auch nicht in der Antwort auf die Große Anfrage. Es gibt nicht genügend Informationen in diesem Bereich. Das Dunkelfeld ist in der Tat sehr groß. Die Erfassung findet in der sogenannten polizeilichen Kriminalitätsstatistik nicht statt, dennoch gibt es laut Strafgesetzbuch Rechtsvorschriften, die zum Schutz der Sexualität von Kindern und Jugendlichen vorhanden sind. Eine große Palette von Präventionsmaßnahmen ist in der Antwort auf Ihre Große Anfrage aufgelistet. Es gibt Fortbildungsveranstaltungen zum Thema Lernen mit und über Medien. Es gab zahlreiche Workshops, die auch dieses Jahr weiter angeboten werden, und, glauben Sie mir, die werden auch im nächsten Jahr weiter angeboten.

(B)

Es gab auf Bundesebene – daran sind Sie im Bund ja maßgeblich beteiligt, Herr Hinners - die Jugendfamilienministerkonferenz, dort gab es in Zusammenarbeit mit den Kultusministern der Länder, aber auch im Bund Beschlüsse, in denen festgelegt wurde, wie diese Handreichung unter dem Arbeitstitel "Kriminalprävention im Netz der neuen Medien" zum Beispiel an den Bremer Schulen stattzufinden hat. Das haben Sie aber auch nicht erwähnt. Ich habe von dem Servicebüro Jugendinformation gesprochen, das in Bremen und Bremerhaven in Kooperation mit den örtlichen Jugendämtern, dem Landesjugendamt sowie der Bremischen Landesmedienanstalt und der Bremischen Kinder- und Jugendstiftung hinreichend ernsthafte Arbeit leistet, aber auch bei den Eltern aufklärt, bei Schülerinnen und Schülern aufklärt, Projekte und Programme hat, in denen Schülerinnen und Schüler als Multiplikatoren fungieren, um dann später im Klassenzimmer hinreichend über dieses Thema zu informieren, zu warnen und auf die Risiken hinzuweisen.

Das sogenannte Web 2.0, das Internet, ist ja nicht nur unter dem Aspekt der Pädokriminalität zu betrachten. Da reichen die Aspekte ganz weit, das fängt bei Abzockerfallen im Internet an, wo junge Menschen sich im Internet auf Homepages begeben, und dann hinterher abgezockt werden, die sprechen durchaus mit ihren Eltern über diese Probleme. Ich hätte mir gewünscht, dass diese Debatte auch aufgrund der zahlreichen Antworten des Senats in eine Richtung geht und wir hier differenziert sprechen. Ich fand es nicht korrekt, wie hier Ihrerseits kritisiert wurde.

Wenn man sich einmal die unzähligen Inhalte im Internet anschaut, die kann man ja kaum erfassen, das sind ja Abermilliarden von Homepages, die tagtäglich verändert werden, neugestaltet werden, anders verlinkt werden, wo junge Menschen sich aufhalten. Gerade in den sozialen Netzwerken ist die Gefahr durchaus vorhanden, aber Sie haben behauptet, selbst die Bremer Behörden tun hier zu wenig. Wie stellen Sie sich das vor? Dass bremische Polizeibeamtinnen und -beamte sich vor einen Rechner setzen, sich anonym einloggen, im Grunde genommen genau das tun, was die Pädophilen auch tun, sich mit anderen Identitäten ins Netz einloggen und versuchen, irgendwelche Menschen aufzuspüren, die dort junge Menschen belästigen? Ich denke, gerade im Hinblick auf Prävention wird das doch durchaus getan, aber jetzt ernsthaft zu fordern, dass es vehement betrieben wird, halte ich für falsch.

Natürlich wird der Senat hier auch in Zukunft weiter voranschreiten müssen, um eben die Prävention voranzutreiben.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter Öztürk, Herr Hinners möchte eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Gern!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Hinners!

Abg. **Hinners** (CDU): Herr Abgeordneter, können Sie sich etwas unter anlassunabhängigen Ermittlungen der Polizei im Internet vorstellen?

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Ja!

Abg. Hinners (CDU): Was zum Beispiel?

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sie sind ja ehemaliger Polizeibeamter, korrigieren Sie mich, wenn ich das jetzt gerade falsch wiedergebe, dass Polizeibeamte sich anlassunabhängig vor einen Rechner setzen, sich bei StudiVZ einloggen, sich eine andere Identität geben, eventuell die eines zwölfjähri-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) gen M\u00e4dchens, um den ganzen Tag vor diesem Rechner zu verweilen in der Hoffnung, dass irgendjemand sie anspricht und pers\u00f6nliche Daten von ihnen verlangt. Meinten Sie das?

Abg. **Hinners** (CDU): Das könnte ein Grund sein. Weitere fallen Ihnen nicht ein?

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Die Palette ist lang, aber meine Redezeit ist begrenzt, Herr Kollege!

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Hinners, nach jeder gestellten Frage muss ich erst wieder die Erlaubnis des befragten Abgeordneten einholen, und das tue ich jetzt. Herr Abgeordneter Öztürk, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Hinners?

(Abg. Günthner [SPD]: Das üben wir jetzt einmal!)

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Nein! Eines ist doch klar, gerade auch für uns in der grünen Fraktion: Die mediale Entwicklung insbesondere im Bereich des Internets stellt doch die regulative Absicht des Jugendschutzes mehr und mehr infrage. Das möchte ich jetzt auch noch einmal als These formulieren, weil man das unter diesen Gesichtspunkten doch debattieren muss: Durch die Veröffentlichung intimer Bilder, Daten, persönlicher Informationen, gerade in sozialen Netzwerken kommen immer neue Probleme hinzu, die mit den klassischen Instrumenten nicht mehr zu bewältigen sind.

Gleichzeitig wächst aber bei den Erziehenden und bei den Heranwachsenden das Bedürfnis nach Orientierung für ihr Medienhandeln. Dazu fallen mir doch mindestens zwei Fragen ein, die man an dieser Stelle auch hätte stellen können und meiner Meinung nach hätte stellen müssen: Welche Funktion kann der Jugendschutz in Zukunft erfüllen, um dieses Problem bewältigen zu können? Was bedeutet diese Herausforderung für die in diesem Bereich tätigen Institutionen der Erziehenden und betroffene minderjährige Kinder und Jugendliche?

Einige Fragestellungen, die sich natürlich hoffentlich auch in der zweiten Runde ergeben, können wir hier gern vertiefen, aber hier zu sagen, der Senat hätte hier nichts getan! Diese Liste ist lang. Ich möchte noch einmal kurz zwei sinnvolle Projekte nennen, weil Sie den Zentralen Elternbeirat genannt haben, und zwar gibt es in Bremen und Bremerhaven die Fachstelle zum Thema Jugendschutz im Internet. Jugendliche, Eltern mit Multiplikatoren machen Beratung und bieten Infodienste an. Es gibt den Aktionsplan Medienkompetenz, mit dem die Netcard schon vor Jahren eingeführt wurde, wo junge Menschen, die Jugendeinrichtungen mit einem Internetzugang besuchen, über diese Netcard die Möglichkeit haben, im Inter-

net zu surfen, wo sie von den Sozialarbeitern in diesen Jugendeinrichtungen gebrieft werden, wo über die Gefahren im Internet aufgeklärt wird. Sozialarbeiter werden nach wie vor geschult. Sie werden auch nächstes Jahr geschult, Herr Hinners, was die Gefahren im Internet anbelangt.

Das sind ernste Vorhaben, die wir als rot-grüne Regierung unterstützt haben, weiterhin unterstützen und auch immer wieder fordern werden. – Ich bedanke mich erst einmal bei allen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Troedel.

Abg. Frau **Troedel** (DIE LINKE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Enttäuschung habe ich die vorliegende Mitteilung des Senats gelesen. Dass in einem so wichtigen Bereich keine separaten Zahlen vorliegen, ist unserer Meinung nach unzureichend und befremdlich. Die Mitteilung des Senats auf die Anfrage der CDU wirft eher neue Fragen auf, statt Antworten zu geben. Ich frage mich, warum hier nicht bei Notrufen, Einrichtungen und an Schulen nachgefragt wird. Es hat ja schon Umfragen an Schulen zu Erfahrungen und Aktivitäten im Internet seitens der Bildungssenatorin gegeben. Warum werden die dort gewonnenen Erkenntnisse nicht in anonymisierter Form genutzt und veröffentlicht?

Das Internet ist zwar kein rechtsfreier Raum, wie der Senat richtig anmerkt, doch es wird verstärkt von Menschen benutzt, die unlautere Absichten haben; auch sogenannte Instant Messenger, also geschlossene Chat-Programme, bieten keinen absoluten Schutz. In Online-Communities wie SchülerVZ kommt es durchaus vor, dass Unbekannte Kontakt zu Jugendlichen aufnehmen. Der Senat stellt die Situation in diesem Bereich sicherer dar, als sie eigentlich ist. Zudem gibt es ja trotzdem noch Kinder und Jugendliche, die sich in offenen Chaträumen bewegen, darauf wird gar nicht eingegangen.

Eine weitere Frage ist, warum das bremische Landeskriminalamt nicht über eine spezielle Rechercheeinheit für Internetkriminalität verfügt. Sechs andere Bundesländer haben ihre Kriminalämter mit einer solchen Einheit ausgestattet, auch für Bremen wäre es sehr sinnvoll. Recherchen des Bundeskriminalamtes könnten so durch ortsspezifische Kenntnisse ergänzt werden. Die personelle Verstärkung des Landeskriminalamtes für gezielte Recherchen nach strafbaren Inhalten des Internets ist ein notwendiger Schritt, Licht in das vom Senat beschriebene Dunkel zu bringen. Anstelle von Zensur und Internetsperren sollte Internetkriminalität effektiv verfolgt werden. Eine spezielle Rechercheeinheit des Landeskriminalamtes könnte dies am besten gewährleisten.

(D)

(A) Die meisten Jugendlichen bewegen sich im Internet wie Fische im Wasser, die nötige Medienkompetenz und Sensibilität für kriminelle Inhalte müssen ihnen jedoch durch präventive Ansätze nähergebracht werden. In diesem Bereich hat der Senat sicherlich eine Reihe von sinnvollen Projekten aufgelistet, ein eigenständiges Konzept lässt sich daraus aber noch nicht erkennen. Dieses Defizit ist dem Senat wohl auch bewusst, denn er gibt ganz zum Schluss zu, dass noch Koordinierungsbedarf besteht.

Das von der CDU angesprochene Problem muss ernst genommen werden, nicht weil Jugendliche inkompetent mit dem Internet umgehen, sondern weil dieses Medium teilweise für rechtswidrige Inhalte und Aktivitäten genutzt wird. Wenn Kinder und Jugendliche nicht von zu Hause die nötige Sensibilität vermittelt bekommen, dann müssen die Bildungs- und Freizeiteinrichtungen präventiv tätig werden. Prävention im Jugendbereich sollte deshalb an oberster Stelle stehen und einem zentralen Konzept folgen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat die Abgeordnete Frau Schmidtke.

Abg. Frau **Schmidtke** (SPD)\*): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich ausdrücklich bei der CDU für diese Große Anfrage, sie trifft ein immer größer werdendes aktuelles Problem der Kinder und Jugendlichen und deren Familien. Im Gegensatz zur CDU allerdings werde ich in meinen Beitrag nicht den Schwerpunkt auf Fragen der Strafverfolgung legen, sondern ich habe die Erfahrung gemacht, dass noch wichtiger als die Strafverfolgung der Schutz durch Aufklärung ist.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Daher konzentriere ich mich zunächst auf die interessante Frage der Prävention und damit den unmittelbaren Schutz der Kinder und Jugendlichen vor den Fallen des Internets, natürlich nicht außer Acht lassend, dass die Täterverfolgung zu betreiben ist, und zwar intensiv und gründlich, selbstverständlich!

Das Internet ist aus dem beruflichen und privaten Leben der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken, und, wie ich mir vorstellen kann, aus Ihrer aller Leben ganz genauso wenig, auch Sie sind abhängig und haben sich sehr ans Internet gewöhnt, ebenso wie ich auch. Das Internet ist nämlich für uns alle ein wichtiges Kommunikations- und Informationsmittel, auf das wir uns eingerichtet haben und auf das wir nicht mehr verzichten können.

Ebenso geht es unseren Kindern und Jugendlichen: Kinder und Jugendliche sind neugierig, experimentierfreudig, risikobereit und fühlen sich unverletzbar. Das ist gut so, denn woher kämen Entdeckungen, Erforschungen und revolutionäre Erneuerungen, wenn schon die jungen Menschen eben solche Bedenkenträger wären wie wir Erwachsenen, die wir aufgrund unserer Lebenserfahrung oft genug blockiert sind, wenn es um Neues geht!

Dies alles wäre völlig unaufregend, harmlos und sogar begrüßenswert, wenn es nicht Menschen gäbe, die genau auf diese Mentalität der jungen Menschen ihre kriminellen Machenschaften aufbauen würden. Pädophile Menschen leben ihre Neigungen nicht nur aus, sondern verbreiten ihre Untaten im Internet. Die Fallzahlen sind, so sagen die Fachleute, steigend. In Chatrooms werden anonymisiert unter Fantasiepseudonymen Kontakte aufgenommen, die Kinder und Jugendliche schon häufig in gefährliche Situationen gebracht haben, zum Teil mit schwersten Folgen für die jungen Menschen.

Junge Menschen unterliegen in besonderem Maße den Verlockungen der Kaufangebote und Vertragsangebote im Internet. Ein Mausklick genügt, und das begehrte Objekt ist Eigentum. Es wird nicht geprüft, ob der Kunde volljährig oder minderjährig ist. Es ist den jungen Menschen oft noch nicht einmal bewusst, dass und zu welchen Bedingungen sie einen Vertrag abgeschlossen haben. Auch hier sind die Folgen mindestens aufregend, zeit- und nervenintensiv bis hin zu auflaufenden Summen in beträchtlicher Höhe.

Auch und besonders Jugendliche stellen in ihrer Unbekümmertheit eigene Daten und Fotos ins Internet, auf Seiten, die scheinbar nur Jugendlichen vorbehalten sind, die ausgiebige Einblicke in die persönlichsten Belange des Teenies geben. Diese jungen Menschen sind sich nicht der Unvergesslichkeit des Internets bewusst, und noch weniger reflektieren sie, dass ein jeder auf diese scheinbar anonyme Maschine WWW Zugriff hat und mit diesen Daten nach seinem eigenen Belieben arbeitet. So ist eigentlich hinlänglich bekannt, dass Firmen häufig vor einem Einstellungsgespräch das Internet nach dem Bewerber, der Bewerberin durchforsten. Viele Bewerbungsgespräche erledigen sich auf diese Weise von ganz allein, denn schräge Fotos und leichtfertige Äu-Berungen im Chat dienen einem Personalchef nicht dazu, sich ein positives Bild seines möglichen Azubis machen zu können.

Über all diese von Erwachsenen aufgestellten Fallen im Internet bedienen sich leider auch Jugendliche des Internets, um Klassen- und Schulkameraden zu zermürben, indem sie Schnappschüsse oder diskriminierende Äußerungen und Bewertungen ins Netz stellen. Diese Art von Mobbing, Cybermobbing, oft sogar nur als Spaß oder Joke gemeint, stürzt die als Opfer betroffenen Jugendlichen und deren Familien in größte Verzweiflung und Hilflosigkeit, und das, liebe Jugendliche, ist nicht nur uncool, sondern unterste Schublade!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Kinder und Jugendliche müssen vor diesen Risiken geschützt werden. Eigentlich kann keine Schülerin und kein Schüler sagen, man wisse um diese Gefahren nicht, denn Schule und Freizeiteinrichtungen bereiten Jugendliche im Rahmen von Einführungskursen zum Umgang mit dem Medium Internet intensiv vor. Grundsätzlich werden Schüler und Schülerinnen im Medienraum nicht alleingelassen, so ist meine Erkenntnis, sondern der Fachlehrer hat ein waches Auge auf das Chatten. Nebenbei wird in Gesprächen gebetsmühlenartig auf die Risiken und Gefahren im Chat hingewiesen.

Für Lehrer und Lehrerinnen gibt es zahlreiche Handreichungen und Fortbildungen zum Thema Persönlichkeitsschutz im Internet, "Google weiß alles und vergisst nie", "Sexuelle Anmache im Chat" und andere. Daneben gibt es etliche Einrichtungen und Institutionen, die hilfreiche und informative Hinweise geben, zum Beispiel das Servicebüro Jugendinformation, dessen Referenten übrigens bundesweit angefordert werden. Auch das ist eine Aussage über deren anerkannte Kompetenz. In Bremerhaven gibt es die Fachstelle Jugendschutz im Internet, offene Sprechstunden für Eltern werden dort angeboten. Auch diese Beratungsstellen informieren im Rahmen von Lehrerfortbildungen oder auch auf Elternversammlungen. Der Zentralelternbeirat Bremen hat gemeinsam mit dem Landesinstitut für Schule und dem Servicebüro sehr erfolgreich Workshops für Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer zum Thema Cyberbullying durchgeführt. Die Verbraucherzentrale Bremen bietet ebenfalls wichtige Hinweise und Beratung für Ratsuchende.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können unschwer erkennen, dass das Problem in Bremen erkannt ist, dass wir uns unserer Verantwortung, Kinder und Jugendliche zu schützen, stellen, auch wenn unser Ziel, Jugendliche vor den Gefahren des Internets zu bewahren, noch längst nicht erreicht wurde. Die SPD-Fraktion ist froh, dass viele verantwortungsbewusste Eltern ein waches Auge auf ihre internetnutzenden Kinder haben und diese sich nicht alleingelassen fühlen müssen. Auch Eltern haben einen hohen Stellenwert, wenn es um den Schutz der Kinder und Jugendlichen geht. Wir dürfen davon ausgehen, dass durch die vielfältigen Aufklärungen alle Kinder und Jugendlichen theoretisch um die Risiken und Gefahren wissen, aber sie wären nicht Kinder und Jugendliche, wenn sie nicht doch der Aufmerksamkeit der Eltern, Lehrer und Erzieher bedürften, um besser vor ihrer Unbesorgtheit und Risikobereitschaft geschützt zu werden.

Noch eines, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bei allem Wissen um die Gefahren, die auf unsere Kinder und Jugendlichen im Internet lauern, so lassen Sie uns den jungen Menschen nicht das Internet durch unsere Ängste und Sorgen vermiesen, sondern lieber dem Interesse der Täter, das Internet zu missbrauchen und Kinder und Jugendliche zu Opfern zu ma-

chen, eine konsequente Anwendung unserer bestehenden Gesetze entgegensetzen! Hier sind wir dann mit der CDU tatsächlich wieder beieinander. (C)

(D)

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Das Internet ist aus unserer Zeit nicht mehr wegzudenken und bietet allen Nutzern viele Annehmlichkeiten, die wir selbst doch auch schätzen und nicht mehr missen möchten. Habe ich Sie jetzt aufgeregt, dass wir da irgendwie ein bisschen Nähe haben?

(Abg. Woltemath [CDU]: Nein, nein!)

Das beruhigt mich, sonst hätte ich gerade einen Arzt gefragt!

Unsere jungen Menschen müssen fit gemacht werden für das Leben und damit auch für den kompetenten Umgang mit dem Internet, denn das gehört heute mit zum ganz normalen Leben. Für meine SPD-Fraktion kann ich zusagen, dass wir nicht nachlassen in unseren Bemühungen, unsere Kinder und Jugendlichen vor dem Missbrauch krimineller Täter im Internet zu schützen, und wir bitten Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um Ihre Unterstützung und Zusammenarbeit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Woltemath.

Abg. Woltemath (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich erstens für die Große Anfrage und zweitens für die Antworten durchaus bedanken, obwohl sie in einigen Bereichen etwas dürftig ausfallen. Ich möchte an meine Vorrednerin anknüpfen: Natürlich ist es in unser aller Interesse, Kinder und Jugendliche vor den Gefahren des Internets auf der einen Seite zu schützen, auf der anderen Seite dürfen wir aber natürlich auch keine Schutzzäune aufbauen, denn das Internet gehört auch zum Leben, damit muss man umgehen können, und da muss man wissen, wo die Gefahren sind. Dazu sollten wir die Prävention nutzen und Schutz und Aufklärung schaffen

Wir haben aber – und das ist ja gestern in einer Debatte auch schon angeklungen, und darauf werde ich jetzt noch einmal eingehen – natürlich auch die Pflicht, die Täterverfolgung nicht aus dem Auge zu lassen. Da denke ich schon, dass man das deutlich aufzeigen muss, dass sich die Bundesländer hier – und dazu gehört Bremen auch – nicht aus der Verantwortung bewegen und es dem Bundeskriminalamt überlassen, wie es hier in der Antwort des Senats deutlich wird, sondern hier muss das Land auch

(B)

(A) selbst Kompetenzen aufbauen. Das Problem ist natürlich, dass wir da teilweise zu wenig Personal haben, aber darüber muss man ja auch ganz offen und ehrlich diskutieren und das auch sehr offen ansprechen.

> Ich glaube, dass es mit der Debatte allein, wir müssen aufklären und Kompetenz schaffen, nicht getan ist. Ich will dazu etwas weiter ausholen: Es gibt seit vielen Jahrzehnten immer wieder das Problem, dass ältere Leute darauf hereinfallen, Rheumadecken zu kaufen und Rheumabetten und Heizdecken und alles das, was dazugehört, und auch Haustürgeschäfte abschließen, obwohl immer wieder davor gewarnt wird. Deshalb wird die Kompetenz und die Information allein eben letztendlich nicht ausreichen, sondern wir müssen auch mehr in die Kriminalitätsbekämpfung investieren. Da muss ich sagen, da ist mir diese Antwort des Senats einfach nicht ausreichend genug. Der Senat kommt ja auch selbst zu der Einschätzung, und da zitiere ich mit der Genehmigung der Präsidentin, "dass es trotz der vielfältigen Aktivitäten der verschiedenen Träger und Behörden in der Präventionsarbeit im Bereich neuer Medien nach wie vor viele Notwendigkeiten gibt weiterzuarbeiten".

Ich hätte mir gewünscht, dass hier deutlicher aufgezeigt wird, was denn damit gemeint ist und in welche Richtung man da gehen möchte. Da erwarte ich vom Senat mehr Aufklärung darüber, in welche Richtung er marschieren will, ob er die Polizei beispielsweise besser ausstatten will, ob er mehr in andere unabhängige Überprüfungen investiert, ob er beispielsweise eine größere Kampagne starten möchte. Da möchte ich mehr hören, denn das hier reicht mir ganz einfach nicht aus. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Hinners.

Abg. Hinners (CDU)\*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich auf den Kollegen Öztürk antworten! Wir wollen hier kein kriminalistisches Seminar durchführen, Herr Kollege, aber anlassunabhängige Kontrollen dienen zunächst einmal dazu, überhaupt erst einmal in Erfahrung zu bringen, was im Internet zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen stattfindet. Sie gehen da gleich von Strafverfolgung und solchen Dingen aus.

Im Gegensatz zu Ihnen muss ich der Kollegin Frau Schmidtke einmal ein Lob aussprechen. Sie hat die Gefahren eigentlich völlig richtig dargestellt, wobei, Frau Schmidtke, Sie haben gesagt, wir würden hauptsächlich die Zielrichtung der Strafverfolgung haben. Das ist nicht so! Wenn Sie sich meine Antwort dazu noch einmal durchlesen sollten im Protokoll, dann werden Sie lesen, dass wir sehr wohl die Forderung nach

Aufklärung und Prävention erhoben haben, nur – und da komme ich noch einmal zum Kernpunkt meiner Aussage – wenn der Senat überhaupt nicht weiß, was da stattfindet, weil er beispielsweise keine anlassunabhängigen Kontrollen durchführt, dann kann er auch nicht aufklären und Präventionskonzepte auf den Wegbringen. Darum geht es doch!

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen verweise ich noch einmal darauf, was ich auch in meiner Rede schon gesagt habe, nämlich auf den Artikel im "Weser-Kurier" vom 12. August 2009, das ist also gar nicht so ganz lange her, wo er aus meiner Sicht völlig zu Recht darstellt, dass die Ausstattung in den Schulen im Internetbereich relativ gut, aber die Nutzung vielfach mangelhaft ist. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort gebe, möchte ich darauf hinweisen, dass wir jetzt kurz vor der Mittagspause sind. Ich hoffe auf Ihr Verständnis, ich halte es für sinnvoll, dass wir diese Debatte zu Ende führen – wir haben zurzeit noch zwei Wortmeldungen, das sind der Kollege Öztürk und die Staatsrätin – und dann entsprechend die Mittagspause verlängern. Ist das so in Ordnung?

(Zurufe: Ja!)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Öztürk.

Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Danke, dass Sie so verständnisvoll sind! Herr Hinners, die Vorstellung, man könne über Gesetze verhindern, dass Kinder und Jugendliche mit einem Inhalt konfrontiert werden, der nicht für sie geeignet ist, bleibt in irgendeiner Form illusorisch.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Warum gibt es dann ein Gesetz zum Schutz der Jugendlichen in der Öffentlichkeit?)

Dazu komme ich jetzt, Herr Röwekamp!

(Abg. Woltemath [FDP]: Dasind wir einmal gespannt!)

Im Grunde haben wir doch rein theoretisch im Internet ähnlich strenge Regeln wie für das Fernsehen. Die Bestimmungen von unzulässigen Inhalten nach Paragraf 4 Jugendmedienschutz-Staatsvertrag gelten

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) sowohl für das Fernsehen als auch für die Telemedien, die über das Internet verbreitet werden. Das ist der eine Aspekt. Dann gibt es die weiteren Aspekte im Internet, die sozialen Netzwerke, Chatrooms, die man schlecht überwachen kann, weil andere Verlinkungen vorhanden sind, und junge Menschen, die sich vielleicht abends vor den Rechner setzen und über eine Webcam mit wildfremden Menschen oder mit Leuten kommunizieren, mit denen sie vielleicht über das Internet seit Monaten oder Jahren befreundet sind. Natürlich machen das auch erwachsene Menschen - über die haben wir nämlich hier gar nicht gesprochen -, die machen das genauso und kommunizieren untereinander, ohne dass es im Internet irgendwelche Grenzen gibt.

> Jetzt mit diesem Gedanken zu spielen, als müsste man so eine Art digitale chinesische Mauer im Internet aufbauen, um das komplett zu kontrollieren, gewisse Sachen zu unterbinden, würde ich an dieser Stelle für falsch halten.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: An welcher Stelle ist es denn richtig?)

Was ich aber für richtig halte, wäre natürlich, solche Menschen, die solche Straftaten begehen --. Für mich sind das Straftaten, wenn die im Internet stattfinden, weil sich kein Mensch im realen Leben ja ein Pseudonym geben und Briefe schreiben würde, aber in der digitalen Welt ist das durchaus gang und gäbe. Hier muss der Jugendschutz nämlich die Würdigung finden, die ihm rechtlich zusteht. Da sind die Betreiber von solchen Webpages, seien es Private oder Unternehmen, wie bei den sozialen Netzwerken, gezwungen, dort auch den Medienschutz und den Jugendmedienschutz umzusetzen. Darauf muss man eigentlich politisch hinarbeiten, dass diese Unternehmen das nicht nur auf der Basis der freiwilligen Selbstkontrolle tun, sondern diese Gesetze genauso ernst nehmen wie die Gesetze in anderen Bereichen, die unter das Strafgesetzbuch fallen, Herr Hinners. Das wurde nicht erwähnt.

Eine Forderung aus grüner Sicht: Kinder muss man doch möglichst fit, also nicht nur möglichst fit für den Straßenverkehr, sondern auch für den Datenverkehr machen. Das Gleiche gilt aber auch für die Eltern in diesem Falle. Nicht alle Eltern, die Kinder haben, kennen diese einzelnen Gefahren im Internet, aber man muss es auch nicht dämonisieren, ständig den Kindern zu erzählen, wie gefährlich das World Wide Web an sich ist oder die Web 2.0-Generation, die eben gerade in den sozialen Netzwerken verkehrt.

Wir haben hier eine Generation von jungen Menschen, die das auch in Zukunft vermehrt anders nutzen wird als zum Beispiel meine Generation, weil man erst später in diesen Bereich hineingekommen ist. Hier müssen wir doch Geltungsbereiche schaffen, wie man jungen Menschen durch Prävention Medienkompetenzen vermittelt. Um diese richtig zu vermitteln, ist

ein Ort das Elternhaus, und der andere Ort fängt für mich an in den Kitas, geht über die Bildungseinrichtungen und hört aber nicht irgendwie in der Universität auf, sondern ist eben eine Debatte, der man sich auch gesellschaftlich stellen muss. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! (C)

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat Frau Staatsrätin Buse.

Staatsrätin Buse: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz knapp einige zusammenfassende Worte zu dem, was wir heute hier in dieser Debatte gehört haben! Zunächst möchte ich ganz kurz auf einen Punkt eingehen, der sich damit befasst, dass keine bremischen Aktivitäten im World Wide Web von Polizeiseite zu verzeichnen sind. Ich halte das nicht für ein solches Problem, wie es hier angeklungen ist. Die Innenministerkonferenz hat damals beschlossen, das zentral beim Bundeskriminalamt machen zu lassen,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Und das ist auch gut so!)

und das halte ich auch für vernünftig,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

weil es gerade in dem Bereich nun einmal glücklicherweise keine Bremer Diskomeile und keine bremischen Besonderheiten gibt, sondern wir können uns darauf verlassen, dass die ausgebildeten Kollegen in einer großen Einheit im BKA das machen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das müsste auch Herr Hinners wissen!)

Das weiß Herr Hinners sicherlich auch. Ich glaube, das kann man von daher wirklich vertreten, dass wir uns hier auf die Zuarbeit der Polizeikollegen des Bundeskriminalamts verlassen.

Der zweite Punkt, den ich, glaube ich, hier als große Gemeinsamkeit aller feststellen kann, die hier debattiert haben, ist, dass Prävention die zentrale Antwort auf das ist, was sich an Gefahren für die Kinder und Jugendlichen im Internet darstellt, und da hat der Senat, meine ich, mit einer Vielzahl von Aktivitäten antworten können. Er hat ja dargestellt, in welcher Breite hier präventiv vorgegangen wird, um eben Kinder, Eltern und Lehrer in die Lage zu versetzen, sich gegen die Dinge zu wappnen, die da möglicherweise auf unsere Kinder zukommen können.

Was ich in der Anfrage vermisst habe, ist die Frage nach Präventionskonzepten der Polizei. Herr Hin-

(D)

(A) ners, das war überraschend, da hätte ich nämlich eine Antwort gehabt. Darum verzeihen Sie mir, dass ich ungefragt dazu Stellung nehme! Die Polizei hat ein Präventionskonzept für die Gefahren des Internets und für den sicheren Zugang des Internets für Jugendliche, und sie wird im Rahmen der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle auch mit Personal hinterlegt und in diesen Tagen und Wochen eine Stelle schaffen, die sich genau mit diesem Thema befasst.

> (Abg. Hinners [CDU]: Dann hat sich unsere Große Anfrage ja gelohnt!)

Sie wird in Zusammenarbeit mit den anderen Gruppierungen, von denen heute schon die Rede war, die sich schon sehr erfolgreich um diese Information von Schülern, Eltern und Lehrern kümmern, dies alles auch noch einmal aufnehmen. Sie werden natürlich, so ist nun einmal die Arbeit der Polizei, dann auch noch ein Auge darauf werfen, dass wir vielleicht auch den einen oder anderen, der sich in einer solchen Weise unseren Kindern nähert, vielleicht auch bekommen, indem nämlich zum Beispiel Kindern und Jugendlichen vermittelt wird, wie man beweissichere Materialien schaffen kann, indem man zum Beispiel einfach eine Hardcopy oder einen Screenshot macht und sich vielleicht eine Adresse notiert, sodass die Kinder dann auch das Gefühl haben, da passiert dann auch etwas.

(B) Klar, in erster Linie wird darauf gesetzt, dass wir informieren, keine offenen Chatrooms zu benutzen, sondern in diesen geregelten Communities wie dem SchülerVZ oder dem StudiVZ sich zu bewegen, aber dann eben auch für den Fall, dass da etwas passiert, was nicht in Ordnung ist, zu wissen, dass das etwas ist, was gesetzwidrig ist, das man anzeigen darf und soll und wo es dann auch jemanden gibt, der sich darum kümmert. Ich glaube, in diesem Sinne sind wir doch alle auf einem sehr guten Weg und können davon ausgehen, dass wir hier in Bremen sehr viel tun, um unseren Kindern einen sicheren Zugang zum und Umgang im Internet zu ermöglichen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Hinners, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil wir es ja mit einem Thema zu tun haben, wo einerseits Jugendschutz und Fragen der Innenpolitik, die Sie angesprochen haben, aber natürlich auch unsere haushaltspolitischen Möglichkeiten andererseits eine ganz gewichtige Rolle

spielen. All die Dinge müssen wir doch zusammenbringen, und ich bin sehr dankbar, dass die Staatsrätin es noch einmal angesprochen hat.

Wenn die Innenministerkonferenz unter Beteiligung des damaligen CDU-Innensenators beschlossen hat, dass das Bundeskriminalamt – und diese Seiten existieren ja nicht in Bremen, das ist nicht das Internet, sondern die existieren ja bundesweit, möglicherweise weltweit - eine zentrale Zuständigkeit bekommt und eine Zentralstelle geschaffen wird, um die Erhebungen im Internet zu machen, wo es diese Gefahren und möglicherweise auch Straftaten gibt, dann macht es überhaupt gar keinen Sinn, und zwar weder aus innenpolitischer, aus haushaltspolitischer noch aus jugendpolitischer Sicht, in Bremen Kapazitäten zu fordern – zusätzlich zu dem, was beim BKA und an dieser zentralen Stelle gemacht wird - noch mit den begrenzten Mitteln, die wir in Bremen haben, Kapazitäten aufzubauen. Ich habe nicht verstanden, warum Sie als ehemaliger Polizeibeamter, der die Beschränktheit unserer Haushaltsmöglichkeiten im Bereich der Polizei kennt, eine solche zusätzliche Kapazität in Bremen einfordern, die – das Internet ist nicht lokal, nicht regional, sondern überregional – auch gar keinen Sinn macht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Hinners [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Ich möchte den Satz gern zu Ende sagen, und dann kommen Sie mit der Frage! Es ist nämlich so, dass wenn, und das kennen Sie wahrscheinlich viel besser als ich, in den bundesweiten Ermittlungen und in diesen proaktiven Recherchen Straftaten festgestellt werden und wenn die regional zugeordnet werden können, also wenn Menschen dann in der Tat im Lande Bremen sitzen, kommen die Aufgaben auf die Polizei in Bremen und Bremerhaven zu und auch auf die Staatsanwaltschaft, die die entsprechende Strafverfolgungen und die entsprechenden Ermittlungen einzuleiten haben, weil wir es dann mit Tätern zu tun haben, die in unsere landespolitische Zuständigkeit fallen. So ist das Zusammenspiel.

Die Innenministerkonferenz hat es meines Erachtens zu Recht so entschieden, und ich verstehe nicht ganz, wie in dieser Debatte der Eindruck erweckt werden konnte, als ob der Senat sich ein Versäumnis zurechnen lassen müsste, dass nicht hier in Bremen zusätzlich noch Kapazitäten in diesem Bereich aufgebaut werden.

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Sie gestatten jetzt die Zwischenfrage des Abgeordneten Hinners?

Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Ja!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Bitte, Herr Hinners!

Abg.  $\operatorname{Hinners}$  (CDU): Ich begrüße absolut, dass das BKA diese Kontrollen zentral durchführt. Da geht es

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) aber in der Regel um repressives Verhalten oder Reaktionen, also um Straftatenaufklärung. Das, was offensichtlich auch einige Bundesländer machen, Frau Troedel hat es ja angedeutet, dass es insgesamt mittlerweile sechs Landeskriminalämter gibt, die solche anlassunabhängigen Kontrollen durchführen, um im Vorfeld der Straftaten Informationen zu gewinnen, die durchaus in Präventionskonzepte, in Aufklärungsarbeit, umgemünzt werden können, das ist das, was ich gefordert habe. Ich habe nicht gefordert, dass das BKA diese zentrale Straftatenverfolgung aufgeben soll und dass jetzt jedes Landeskriminalamt machen soll. Ich bin da absolut der Meinung, dass das, was die Innenministerkonferenz beschlossen hat, auch nach wie vor gut und richtig ist.

> Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen): Ich weiß nicht, ob das jetzt eine Frage war, aber Sie liegen an einem Punkt falsch. Was meinen Sie, warum diese Stelle, die dann von den Innenministern eingerichtet worden ist, Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen heißt? Da geht es also nicht um Strafverfolgung, wie Sie sagen, sondern das ist die Zentralstelle für anlassunabhängige Recherchen in Datennetzen, genau das, was Sie für Bremen jetzt noch einmal zusätzlich fordern. Ich gebe Ihnen recht, sechs Bundesländer tun das, aber es scheint Ihnen entgangen zu sein, dass Bremen als Haushaltsnotlageland möglicherweise daran gehindert ist, zu diesen Ländern zu gehören, und dass wir durch diese Zentralstelle, was die Informationen und deren Recherchen angeht, ausgesprochen gut versorgt werden. Insofern gibt es meines Erachtens auch gerade aus Polizeisicht, die Sie ja eigentlich hier glauben, so habe ich zumindest den Eindruck, vertreten zu wollen, gar keinen Anlass, zusätzliche Personalkapazitäten in diesem Bereich in Bremen zu schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Herr Abgeordneter Hinners, möchten Sie eine weitere Zwischenfrage stellen oder eine weitere Zwischenbemerkung machen?

(Abg. Hinners [CDU]: Nein, die Gereiztheit von Herrn Dr. Güldner reicht mir!)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich kann Ihnen auch sagen, warum mich das gereizt macht! Ich gestehe, gereizt zu sein, und zwar aus einem einfachen Grund: Ihr Fraktionsvorsitzender kommt in sämtlichen Haushaltsberatungen hier nach vorn und sagt, das ist eine Ausgabenkoalition, das ist eine Koalition, die nur Geld ausgeben kann, zusätzliche Dinge schaffen, die kann sich nicht beschränken. Dann kommen Sie und fordern in einer Fachdebatte, noch dazu, wo es fachlich – ich meine, sechs Bundesländer heißt ja auch, dass zehn Bundeslän-

der keine eigenen Recherchen anstellen – gar nicht geboten ist, und fordern zusätzliche Aktivitäten der Polizei Bremen in diesem Bereich! Ich glaube, dass Sie sich mit diesem Widerspruch, der ein politisches Problem der CDU-Fraktion in diesem Lande ist, auch jetzt in den Haushaltsberatungen für die nächsten Haushalte selbst konfrontieren müssen.

Die Polizei Bremen hat schon genug damit zu tun, wenn sie von dieser Zentralstelle des Bundes die entsprechenden Informationen bekommt, und darauf würden wir – ich glaube, da sind wir dann wieder beieinander – großen Wert legen, dann die entsprechenden Ermittlungen und Strafverfolgungen im Lande Bremen einzuleiten, wenn wir Hinweise auf Täter im Lande Bremen haben.

Insofern möchte ich noch einmal ausdrücklich begrüßen, was die Staatsrätin sagte, Prävention ist mit Sicherheit Landessache. Hier hat sie dargestellt, dass es die entsprechenden Konzepte gibt. Strafverfolgung und Polizeiarbeit ist auch Landessache, hier werden wir das weiterhin tun. Jetzt noch Dinge zu fordern, die zusätzlich kommen sollen und andere schon für uns mit tun, ist unvernünftig.

Von daher ist die Antwort des Senats auf die Große Anfrage, die die CDU gestellt hat, einerseits ehrlich, das haben Sie kritisiert. Ich würde das immer positiv finden, weil sie sagt, dass wir auch in der Tat noch Probleme haben, dass wir bestimmte Bereiche, wo Jugendliche und Kinder gefährdet sind, dort noch nicht total im Griff haben. Das hat man aber in anderen Bundesländern auch nicht. Das ist eine ehrliche Antwort. Aber die Antwort des Senats hat auch beschrieben, dass wir das, was das Bundesland Bremen tun kann, hier tun. Dass das auch in der Kontinuität zu vorhergehenden Regierungen ist, daran hat sich gar nichts geändert, und von daher ist es auch kein Grund, an dieser Stelle, wo wir eigentlich zusammenarbeiten sollten, so ein großes Fass aufzumachen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. Woltemath (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Dr. Güldner, das mit dem Fass, das muss ich wirklich sagen, hat mich verwundert, dass Sie das aufgemacht haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe gedacht, wir sind in dieser Debatte eigentlich in vielen Punkten relativ nah beieinander, und ich habe das auch genauso wie der Kollege Hinners verstanden, dass das BKA das macht, das stellt doch gar keiner in Abrede. Das ist auch gut so. Was wir

(D)

(A) hier als FDP bemängelt haben, ist die wirklich sehr schwammige und sehr schwache Antwort des Senats. Dann kommt hier – und das wird einer Ernsthaftigkeit einer Parlamentsdebatte wirklich nicht gerecht – bei diesem ernsten Thema die Staatsrätin und sagt: Ich habe mich aber gewundert, dass Sie die Frage gar nicht gestellt haben. Wenn ich mich gewundert habe, hätte ich sie aber trotzdem beantworten können, weil es ein ernsthaftes Thema ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dann wie Zieten aus dem Busch zu kommen und zu sagen, wir machen da aber ja schon einiges, das kann ich auch in die Antwort des Senats durchaus hineinschreiben, das ist ein ernsthaftes Thema und überhaupt kein Thema für politische Spielereien, wo Sie hier jetzt auch gerade versucht haben, da noch einmal die Haushaltsdebatte aufzumachen. Ich finde, das ist diesem Thema überhaupt nicht angemessen. Natürlich kann man Geldfragen debattieren, aber doch nicht diesen Redeschwall produzieren und sagen, wir haben hier irgendeinen Widerspruch. Natürlich kostet das Geld, aber man kann das auch hier hineinschreiben und sagen, dass wir davon profitieren, was das BKA macht.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Steht da!)

Darin steht doch überhaupt nichts! Das ist doch unpräzise! Wir setzen das um, und wir profitieren davon,

(B)

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

und wir würden uns wünschen, dass wir noch mehr machen könnten. Das kann man in so einer Antwort schreiben. Diese ganze Antwort ist ein sehr großes Wischiwaschi, und die Debatte, wie wir sie heute geführt haben, führt an der Ernsthaftigkeit des Themas völlig vorbei, vor allen Dingen von der Regierungskoalition aus zu sagen, wir machen das alles. Natürlich machen wir das, weil wir dazu verpflichtet sind und weil wir unseren Kindern und den Eltern verpflichtet sind, aber dann so eine Debatte hier zu führen, das verstehe ich nicht. Ich glaube, wer diese Debatte mit anhört, wie in vielen anderen Bereichen auch, die wir hier heute Morgen auch hatten, der muss an einigen Punkten an der Ernsthaftigkeit der Auseinandersetzung zweifeln. Das wollte ich hier noch einmal zu Protokoll geben.

Natürlich sind wir ein Haushaltsnotlageland,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Deswegen keine Doppelarbeit!)

darüber gibt es doch überhaupt keine Debatte. Deshalb können wir doch hier aber einmal deutlich sagen, wie wir im Einzelnen mit dem BKA zusammen-

arbeiten und welcher Rückfluss an Informationen da kommt. Was der Kollege Hinners angesprochen hat - und das sehe ich genauso -, das ist doch zu sagen, wenn wir nur Informationen über Strafverfolgung bekommen und diese Details da laufen, dann gehen bestimmte Entwicklungen, die im Täterbereich vollzogen werden, an uns eventuell vorbei, weil der Senat nicht beantwortet hat, wie er das auswertet und wie er das weiterverfolgt. Das ist doch der Hintergrund. Wo sind neue Entwicklungen? Das müssen wir doch wissen, wir können doch keine Präventionsarbeit leisten, wenn wir gar nicht wissen, wo die neuen Entwicklungen im Internet sind, und die entwickeln sich in der Regel – das ist gerade das Traurige daran – natürlich an dieser Schnittstelle zwischen Legalität und Illegalität, weil da immer versucht wird, Profit zu machen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber da gibt es doch keinen Dissens!)

Natürlich gibt es da keinen Dissens, aber ich will das hier noch einmal klar unterstreichen. Dann so eine Debatte über diese große Nummer aufzumachen geht, finde ich, wirklich am Thema vorbei. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksachen-Nummer 17/866, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.14 Uhr)

\*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

**Vizepräsident Ravens:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

# Lebenslagen im Land Bremen Armuts- und Reichtumsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2009

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009 (Drucksache 17/851)

Wir verbinden hiermit:

#### (A) Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/938)

Dazu

# Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 30. September 2009

(Drucksache 17/949)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Herr Staatsrat Dr. Schuster.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erste erhält das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau Garling (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bezogen auf die Bundesrepublik wissen wir, wie Reichtum und Lebenschancen verteilt sind. Das reichste Zehntel der Bevölkerung besitzt fast zwei Drittel des gesamten Vermögens, dagegen verfügen mehr als zwei Drittel der Bevölkerung nur über einen Anteil am Gesamtvermögen von weniger als zehn Prozent. Knapp 30 Prozent besitzen gar nichts oder haben Schulden. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass diese Schere sich nicht weiter öffnet. Das zentrale Problem ist bekannt. Zwischen Armut und Reichtum scheiden sich die Lebenschancen der Menschen. Wo auf der einen Seite große Ressourcen zur Lebensgestaltung schon in der Herkunftsfamilie angelegt sind, haben wir auf der anderen Seite, der Armut, einen extremen Mangel an Ressourcen zur Lebensgestaltung. Ein Mehr an finanziellen Ressourcen bedeutet im Kern mehr Bildung, mehr soziale Sicherheit, größere soziale Netzwerke, soziale Teilhabe und bessere Gesundheit.

Heute debattieren wir den Bericht des Senats zu Armut und Reichtum in unserem Land Bremen. Endlich ist es gelungen, einen solchen Bericht für Bremen zu erstellen. Dieser Bericht ist über 400 Seiten stark und schildert dezidiert die realen Lebenslagen für die Menschen in unserem Land bezogen auf demografische Rahmenbedingungen, er bezieht sich auf Teilhabemöglichkeiten für die Bereiche Einkommen, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und Partizipation. Der Bericht beschreibt auf dieser Grundlage die sozialen Chancen und Teilhabemöglichkeiten für einzelne Personengruppen wie Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Frauen, Alleinerziehende, Obdachlose, Migranten und Menschen mit Behinderungen. Er macht auch überdeutlich, Armut bedroht die Menschen auf ganz existenzielle Art. Dort, wo in Bremen materielle Armut herrscht, wird deutlich kürzer gelebt. So unterscheiden sich beispielsweise die Lebenserwartungen im vergleichsweise wohlhabenden Schwachhausen zum weniger privilegierten Stadtteil Gröpelingen bei den Männern um fast acht Jahre und bei den Frauen um gut fünf Jahre. Diese Benachteiligung durch Armut lässt sich über alle Lebensbereiche verfolgen. Ungeschönt und faktenreich klärt der Bericht über die soziale Situation in unserem Land auf. Er beleuchtet die sozialräumliche Situation in den Stadtteilen, Ortsteilen und Wohngebieten. Letztlich bietet er für uns alle ein umfangreiches Strategie- und Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Armut und Armutsfolgen, welche sich in schon begonnene und perspektivisch zu entwickelnde Maßnahmen unterteilt.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle loben wir den Senat ausdrücklich und in aller Deutlichkeit, denn dieser Bericht beschreibt die Unterschiedlichkeit der sozialen Lebenslagen in unserem Bundesland in einer Klarheit, die für uns von der SPD als Auftrag zum weiteren Handeln verstanden wird.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Der Bericht benennt für alle von Armut bedrohten oder betroffenen Personengruppen die jeweils konkrete Lebenssituation und zeigt die Teilhabebarrieren genau auf. Er legt sozusagen den Finger in die Wunde und begnügt sich aber nicht damit, sondern weist auf schon vorhandene und bereits begonnene oder neu zu entwickelnde politische Handlungsfelder und Maßnahmen hin. Genau darum geht es! Wir sind jetzt gefordert, gemeinsam weiter daran zu arbeiten, den schon begonnenen Weg weiter zu gehen. Dieser Prozess kann nur erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, ressortübergreifend abgestimmte Strategien zu entwickeln.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich möchte an einem ausgewählten Beispiel des Kapitels im Bericht zu der Problemlage von Alleinerziehenden deutlich machen, dass sich der Unterstützungsbedarf über alle Ressorts zieht. Natürlich hat das Sozialressort dabei eine entscheidende Rolle. Für Alleinerziehende ist es eine zentrale Frage, wie die Versorgung von Kindern in der Kindertagesbetreuung oder die Lage in den Schulen ist, ob wir ausreichend Ganztagsschulen haben oder nicht.

Für das Bauressort zum Beispiel stellt sich die Frage, ob es für Einelternfamilien angemessenen bezahlbaren Wohnraum gibt. Wie ist das Wohnumfeld und das gesamte Quartier bezogen auf ihre Lebenslage? Warum werden die Grundrisse von Wohnungen nicht an den Bedürfnissen von Einelternfamilien ausgerichtet?

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Bildung: Gibt es für die Kinder eine gut erreichbare Ganztagsschule, damit die Mutter sich qualifizieren oder berufstätig sein kann?

(Abg. Günthner [SPD]: Oder der Vater!)

Wie können wir sicherstellen, dass junge Frauen trotz früher Schwangerschaft ihren Ausbildungsweg entwickeln können?

Kultur: Gibt es im Wohnumfeld kulturelle Angebote für Einelternfamilien, die bezahlbar sind? Gesundheit: Wie können wir sicherstellen, dass Alleinerziehende aufgrund zeitlicher fehlender Ressourcen ihre gesundheitlichen und psychischen Belastungen für sich und ihre Kinder vermindern können? Sport: Gibt es im Stadtteil bezahlbare und kostenlose Angebote für die Mütter und Kinder?

Arbeit: Gibt es ausreichend Möglichkeiten für Alleinerziehende bezogen auf Ausbildung, Umschulung und Nachqualifizierungsmaßnahmen? Müssen wir gezielter fördern und Angebote entwickeln? Ist die Datenlage ausreichend, um passende Handlungsoptionen entwickeln zu können? Welche Strategien brauchen wir zusätzlich, um Armut trotz Arbeit zu verhindern?

Hinzu kommt die Zeitarmut, vieles, was in Paarfamilien unproblematisch ist, ist im Alltag Alleinerziehender mit hohem Organisationsaufwand verbunden.

(B)

Unter dem Strich kann man feststellen, dass Einelternfamilien besonders stark von Armut bedroht oder betroffen sind. Das Risiko, in Langzeitarmut zu geraten, ist doppelt so groß wie im Bevölkerungsschnitt. Jedes weitere Benachteiligungsmerkmal potenziert das Armutsrisiko. Für Bremen heißt das, dass 30 Prozent aller Familien Einelterfamilien sind. 88,5 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen, in mehr als jedem vierten Haushalt ist der Haushaltsvorstand eine alleinerziehende Mutter. Mehr als jede zweite Einelternfamilie im Land Bremen ist abhängig von Transferleistungen nach dem SGB II. Der Frauenanteil dabei liegt bei 95,2 Prozent. Bei der Analyse von Armut und gesellschaftlichen Ungleichheiten verweist das hohe Niveau der Kinderarmut im Land Bremen auf die prekären Lebenssituationen ihrer Mütter. Es gilt also, die Lebenssituation alleinerziehender Frauen zu optimieren, um wirksam etwas gegen Kinderarmut tun zu können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Insgesamt gehören Frauen überproportional der wachsenden Bevölkerungsgruppe an, die von dauerhafter Armut und sozialer Exklusion betroffen ist. Erzielen Frauen ein Erwerbseinkommen, so liegt dieses deutlich unter dem der Männer. Diese Differenz ist auch von der Anzahl der Kinder abhängig. Das

ist auch eine Konsequenz von geschlechtlicher Arbeitsteilung und Geschlechterrollen. Frauen sind häufiger in frauentypischen Berufen und Branchen mit schlechter Bezahlung tätig. An diesen Beispielen wird deutlich, wie wir den Lebenslagenbericht verstehen müssen. Er bietet uns eine genaue Beschreibung, Daten und Handlungsfelder, mit denen wir politisch umgehen, Ziele formulieren können und müssen.

Nun möchte ich zu unserem Dringlichkeitsantrag kommen, der mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden ist! Für uns war besonders wichtig, dass dieser Bericht nicht für vier Jahre in der Schublade verschwindet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Unser gemeinsamer Antrag "Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts" zielt darauf ab, den Lebenslagenbericht zur Grundlage für unser weiteres politisches Handeln zu machen. In vielen Bereichen haben wir uns schon auf den Weg gemacht, wie zum Beispiel bei der Schwerpunktsetzung beim Kita-Ausbau auf sozial benachteiligte Gebiete, das kostenlose Mittagessen, die Einführung eines Sozialtickets ab 2010, die Ausweitung der WiN-Gebiete in Bremen und Bremerhaven, den kontinuierlichen Ausbau von Ganztagsschulen, und wir sind auf dem Weg, die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten genauer zu analysieren und für eine bessere Integration zu sorgen sowie die Inklusion behinderter Kinder voranzutreiben. Wir werden weiterhin auf Bundesebene alle Möglichkeiten nutzen, unsere sozialpolitischen Initiativen einzubringen. Uns geht es sowohl um Initiativen auf Bundesebene als auch um eine zielgerichtete Politik für den Zusammenhalt im Land Bre-

Sozialer Zusammenhalt ist für eine hohe Lebensqualität in den Stadtgesellschaften unverzichtbar. Damit Bremen und Bremerhaven weiter lebenswert bleiben, muss der Senat weiterhin einen Schwerpunkt seiner Politik in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts setzen. Dies ist angesichts der Haushaltsnotlage eine besondere Herausforderung. Ressourcen und Kompetenzen zur Armutsbekämpfung müssen im Land Bremen zusammengeführt werden, um den vielschichtigen Prozessen der sozialen Ausgrenzung im Zusammenhang mit materieller Armut entgegenzutreten. Grundsätzlich kann der Vielfältigkeit der Ausgrenzungsprozesse nur mit ressortübergreifendem Handeln begegnet werden.

Unser gemeinsamer Antrag soll sicherstellen, dass ressortübergreifende Strategien und Maßnahmen gegen Segregation und Ausgrenzung entwickelt werden auf der Grundlage dieses Berichts. Wir Sozialdemokraten dokumentieren unseren Willen zur Kooperation und Bedeutung des Themas durch die Vielzahl der Sprecherinnen und Sprecher, die gemein-

(C)

(A) sam für diesen Antrag gearbeitet haben. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem Armutsund Reichtumsbericht des Senats wurde das ganze Spektrum unterschiedlicher Lebenslagen von Menschen in Bremen sichtbar gemacht. Für ein Fünftel bis ein Viertel der Menschen bedeutet das, dass für sie das Risiko besteht zu verarmen. Dabei erhielten bereits 110 000 Bremerinnen und Bremer Transferleistungen – das ist ein Sechstel der gesamten bremischen Bevölkerung -, und ein Viertel davon war dabei nebenher noch erwerbstätig. Mehr als 40 000 Männer und Frauen waren arbeitslos, davon gilt die Hälfte als langzeitarbeitslos, weil sie länger als ein Jahr arbeitslos sind. Dabei bedeutet Arbeitslosigkeit eben nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern auch den Schritt in die Armut und die Verringerung der Teilhabechancen. Behinderte Menschen oder Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben ein doppelt so hohes Arbeitsmarktrisiko wie nicht behinderte Menschen. Sie sind zugleich doppelt so lange arbeitslos und kommen überhaupt wesentlich schwerer in den Arbeitsmarkt hinein.

Dass die Einkommensschere zwischen Arm und Reich in den letzten Jahren deutlich auseinandergegangen ist, hat meine Kollegin Frau Garling eben schon betont. Das kann man in Bremen auch deutlich sehen. Während die Löhne und Gehälter in Bremen von 2000 bis 2006 stagniert haben oder leicht gesunken sind, stiegen die Vermögenseinkommen im gleichen Zeitraum um ein Viertel. Die Zahl derer, die zu ihrem Lohn noch ergänzende Grundsicherungsleistungen beantragen mussten, steigt ständig. Über 40 000 Bremerinnen und Bremer hatten nur eine geringfügige Beschäftigung, also mussten mit einem Bruttoverdienst von bis zu 400 Euro im Monat auskommen beziehungsweise konnten damit nicht auskommen, weil sie dann ergänzende Grundsicherungsleistungen beantragen mussten, davon waren zwei Drittel Frauen.

Die Zahl der Privatinsolvenzen ist in Bremen und Bremerhaven deutlich höher als in allen anderen Bundesländern. Bei den Schuldnerinnen- und Schuldnerquoten liegt Bremerhaven unter den Großstädten mit 20 Prozent ganz vorn. In Bremen, das hat Frau Garling auch schon gesagt, ist das von Gröpelingen bis Schwachhausen sichtbar: Schwachhausen nur 4,5 Prozent und Gröpelingen 25 Prozent. Der Zusammenhang von Bildung und sozialer Lage der Eltern ist signifikant. In den ärmeren Stadtteilen machen weniger als ein Fünftel das Abitur und in wohlhabenden mehr als die Hälfte. Zehn Prozent der Menschen wach-

sen in Verhältnissen auf, in denen sich Armut bereits verfestigt hat, und ich denke, das ist eine besondere Schwierigkeit, wenn Armut quasi sozial vererbt wird.

Auch die Lebenserwartung differiert sehr stark, das hat Frau Garling mit dem Unterschied der Lebenserwartung in Schwachhausen und Gröpelingen auch deutlich gemacht. Armut bedeutet eben nicht nur Einkommensarmut. Armut heißt immer auch Ausschluss von der Teilhabe an der Gesellschaft. Das bedeutet schlechtere Gesundheit, schlechtere Bildung, weniger Kultur, weniger Mobilität, weniger politische Partizipation, wie wir gerade aus der Wahlstatistik der Bundestagswahl ersehen konnten, und weniger soziale Beziehungen und Kontakte. Armut heißt daher immer auch weniger Lebensqualität. Wenn sie sich verfestigt und guasi über Generationen weitervererbt wird, schwindet der Bezug zur Gesellschaft. Das bedeutet, weniger gesellschaftliche Teilhabe heißt auch weniger gesellschaftliche Verantwortung.

Wenn ein Gemeinwesen diese Bindungskraft verliert, verschärfen sich die Verteilungskämpfe, wächst Kriminalität und Gewalt, blühende Stadtteile verfallen oder werden, wie ich es in St. Louis, Missouri, in den USA einmal erlebt habe, mit einer Mauer umgrenzt und dann von privaten Wachdiensten kontrolliert. Einkommensverteilung, Wachstum und Beschäftigungspolitik, Steuerbelastung und Sozialleistungen werden weitgehend durch die Bundesebene bestimmt, da können wir also relativ wenig machen. Konjunkturentwicklungen sind längst globalisiert. Regionale Politik, wie wir sie hier machen können, beschränkt sich häufig auf die Reparatur dessen, was die sogenannte große Politik angerichtet hat. "Reichtum für alle" zu versprechen oder "Leistung soll sich lohnen" zu propagieren bleibt denjenigen überlassen, die die Folgen ihrer flotten Sprüche nicht durch konkrete Politik verantworten müssen.

### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn wir den Reichtums- und Armutsbericht nicht als interessante Beschreibung der Probleme unseres Gemeinwesens in den Schrank stellen wollen, müssen wir überlegen, welche Chancen wir in unserem Bundesland haben, die Lebenslagen der Bremerinnen und Bremer hier zu verbessern. Wir können selbstständig hier in Bremen weder Steuern auf Vermögen erheben noch die Sozialleistungen anheben, wir können weder die Logistik- oder Automobilbranche vor Konjunktureinbrüchen bewahren noch große Beschäftigungsprogramme auflegen. Wir können nur bedingt die Steuerkraft erhöhen und sind, wie bei dem Einbruch der Gewerbesteuern von rund 40 Prozent, von weltweiten Konjunkturen abhängig. Dennoch können wir mit großer Anstrengung, und das haben wir hier gemacht, Armut in all ihren Folgen in unseren beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven bekämpfen. Das tun wir auch!

(D)

(A) Wir können zwar das Armutsrisiko nicht wirklich beseitigen, aber zumindest die Sozialleistungen fair bewilligen. Dabei geht es sowohl um die Einhaltung der durch die Gesetze und die Rechtsprechung gesetzten Normen und Verfahrensweisen, es geht aber auch darum, zum Beispiel die Leistung für die Unterkunft so zu gestalten, dass möglichst wenige umziehen müssen und in ihrem Stadtteil bleiben können, auch wenn dort das Mietniveau höher ist. Wir haben das gestern schon debattiert, und da geht es nicht darum, alles über einen Kamm zu scheren.

Wir können mit gezielten Fördermaßnahmen Nachteile von Arbeit Suchenden auf dem Arbeitsmarkt wegen eines Migrationshintergrunds oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung reduzieren. Wir können durch eine integrierte Bildungspolitik dafür sorgen, dass kein Kind zurückgelassen wird, benachteiligte Kinder die notwendige Förderung erhalten, behinderte Kinder nicht in Sonderschulen abgeschoben werden, soziales Lernen in gemeinsamen Kindergärten und Schulen ermöglicht wird und kein Kind hungrig den Unterricht besuchen muss. Wir können frühzeitig dafür sorgen, dass misshandelte und vernachlässigte Kinder aufgespürt und Gewalt oder Erziehungsdefizite durch gezielte Hilfen für die Familien kompensiert werden. Wir können durch Gesundheitsförderung und den Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen mit einer benachteiligten Bevölkerung Gesundheitsrisiken verringern und den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir können auch durch das Sozialticket vielen Familien ermöglichen, aus ihrem Stadtteil herauszukommen, und wir können den Zugang zu kulturellen Angeboten und Erwachsenenbildung erleichtern. Das alles machen wir schon!

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B)

Was wir zusätzlich machen können und überlegen sollten, haben wir beispielhaft in unserem gemeinsamen Antrag aufgeschrieben. Der Senat soll uns aus den vielfältigen Vorschlägen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht einen Vorschlag machen, welche Maßnahmen vorrangig angegangen werden müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass im Bundesrat die Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitslose, Erwerbsunfähige, alte Menschen und Kinder richtig bemessen und schneller angepasst werden.

# (Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Sie hätten unserem Antrag ja letztes Mal zustimmen können!)

Wir haben hier schon einen Antrag in der Richtung gestellt, der wesentlich weiter geht. Ich weiß nicht, ich kann mich jetzt an Ihren Antrag nicht erinnern. Ich weiß nur, dass wir schon verschiedene Vorstöße gemacht haben, aber hier geht es auch darum, dass zum Beispiel die Bemessung nicht mehr nach der

Einkommens- und Verbrauchstichprobe geht, sondern schneller geschieht, und nicht erst, wenn die Inflation im Grunde genommen schon den halben Regelsatz aufgebraucht hat.

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir müssen auch das zarte Pflänzchen hegen, mit dem die Finanzsenatorin bei den Reinigungskräften überprüft hat, ob das Outsourcing aus Kostengründen zwingend erforderlich ist und ob wir nicht auch im öffentlichen Dienst diese Beschäftigung organisieren und damit auskömmliche Löhne sicherstellen können. Wir müssen bei der Einstellung- und Beförderungspolitik verstärkt auf die Vielfalt der Bewerberinnen und Bewerber achten. Geschlecht, längere Erziehungszeiten, Migrationshintergrund, Behinderung oder sexuelle Orientierung dürfen keine Einstellungs- und Aufstiegshindernisse bleiben, sondern müssen als zu berücksichtigende Qualitäten angesehen werden. Diversity, wie es neuhochdeutsch immer so schön heißt, ist ein Qualitätsziel.

Schulen und Kindergärten müssen nicht nur Einrichtungen für die Kinder sein, sondern auch vielfältige Beratungs- und Bildungsangebote für die Eltern bereithalten. Sie sollen also so zu Quartiers- und Familienzentren umgebaut werden.

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Damit haben wir auch begonnen, aber das müssen wir weiterführen, und die Selbsthilfestrukturen dürfen nicht ausgetrocknet, sondern müssen weiterentwickelt werden. Der Bericht ist daher eine ausgezeichnete Grundlage dafür, unsere Politik gegen Armut und Ausgrenzung weiter zu orientieren und weiterzuentwickeln. Unser Antrag greift dieses Anliegen auf, und ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. Bartels (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist eine Geschäftsordnungsdebatte, und ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir zunächst einmal sehr ernsthaft an der Thematik verhaften und auch diesen rund 450 Seiten starken Armuts- und Reichtumsbericht hier noch einmal gegenüber dem Parlament darstellen. Mein Wunsch als Sozialpolitiker ist, dass dieser Armuts- und Reichtumsbericht nach dieser Debatte in der Tat nicht wie-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) der im Schrank verschwindet, sondern wir haben hier im Land Bremen daran zu arbeiten. Dies ist kein einfacher Bericht, ich nehme meinen Kollegen hier im Haus ab, dass sie sich wirklich auch mit der Thematik auseinandergesetzt haben, und ich empfinde es auch ein Stück weit als Pflicht, Ihnen die Inhalte hier noch einmal darzustellen, bevor wir dann vielleicht im zweiten Teil auch zu einer politische Debatte kommen.

Dieser Bericht stellt also die unterschiedlichen Lebenslagen dar. Er ist im Entwurf bereits Anfang des Jahres vorgelegt und dann von ganz unterschiedlichen Gruppierungen und Interessenverbänden diskutiert worden. Es sind uns auch Konsequenzen empfohlen worden, die wir bewerten mussten, und die sollten wir uns in Bezug auf die Umsetzbarkeit auch sehr genau vornehmen. Dieser ganze Bericht geht von einem erweiterten Armutsbegriff aus und spiegelt nicht nur die finanzielle Armut wider, die hier in unseren beiden Städten tatsächlich auch vorhanden ist, sondern es ist auch eine Armut an Zukunftschancen.

Dieser Bericht gliedert sich in unterschiedliche Kapitel. So werden zum Beispiel die Einkommens- und Schuldenentwicklung, die Quote von Transferleistungen und die Quote von Erwerbstätigkeit in dem einen Kapitel dargestellt, aber auch die Auswirkungen von Armut und Benachteiligung auf gesellschaftliche Gruppen wie Kinder, junge Menschen, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen, Migranten, aber auch Frauen. Armut und Reichtum wird nicht nur auf Stadtteilebene dargestellt, sondern auch in den Ortsteilen und ganz kleinteilig in den Quartieren, was wir durchaus auch für uns als Sozialpolitiker als Qualitätsverbesserung empfinden. Die Strategien und Maßnahmen zur Bekämpfung sind allerdings schwierig.

Ihren Antrag werde ich wahrscheinlich erst im zweiten Teil bewerten, denn aus erster Sicht – wir haben ihn sehr spät und kurzfristig bekommen – ist das nicht die Richtung, die die CDU-Fraktion mitgehen kann, aber lassen Sie mich dazu nachher etwas sagen!

Einige Schlaglichter aus der Statistik des Berichts darf ich Ihnen mit auf den Weg geben! Die Bevölkerung in unserem Land ist mittlerweile rückläufig, es gibt Veränderungen in ihrer Zusammensetzung aufgrund des demografischen Wandels, aber auch aufgrund von Abwanderung aus unseren beiden Städten. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten im gesamten Land Bremen liegt mittlerweile bei 26 Prozent, in der Stadt Bremerhaven bei 27 Prozent und in Bremen bei 20 Prozent. Bei den Kindern bis zu sechs Jahren ist die Gruppe derjenigen mit Migrationshintergrund mittlerweile höher als die Gruppe derjenigen ohne Migrationshintergrund.

Die erwerbsfähige Bevölkerung im Land wird in den nächsten Jahren abnehmen, das ist die Tendenz. Das heißt, es gibt einen sinkenden Bevölkerungsanteil, den Anteil derjenigen, die für die Einnahmen im sozialen Sicherungssystem sorgen müssen. Das bedeutet doch, dass sich die Politik daran auszurichten hat, steigende Beschäftigungsquoten anzustreben. Davon habe ich von meinen Vorrednern bisher nichts gehört. Migranten, ältere Arbeitnehmer, Alleinerziehende und Frauen müssen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

# (Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für das Land Bremen beträgt das Armutsrisiko, je nach Methode, zwischen 19,4 und 27 Prozent. Das heißt, es besteht ein relatives Armutsrisiko für circa 130 000 bis 180 000 Bremerinnen und Bremer, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Die Anzahl der mittleren Einkommen nimmt gleichzeitig im Land ab. Der Anteil der von Überschuldung bedrohten oder bereits überschuldeten Privatpersonen und Privathaushalte liegt in unseren beiden Städten bei 60 000 Personen in rund 30 000 Haushalten. Ende 2007 erhielten 111 200 Bremerinnen und Bremer Transferleistungen, die SGB-II-Quote im Land lag bei 18,5 Prozent. Rund ein Viertel, 23 Prozent, dieser Arbeitslosengeld-II-Bezieher sind erwerbstätig und bekommen aufstockende Leistungen.

Die Arbeitslosigkeit und Langzeitarbeitslosigkeit ist die Hauptursache von relativer Armut in unserem Land. 41 100 Männer und Frauen sind im Jahr 2007 arbeitslos, darauf fußt dieser Armuts- und Reichtumsbericht, 18 500 sind sogar in der Langzeitarbeitslosigkeit. Was bedeutet das für die Familie? Die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sinkt seit dem Jahr 2000, das ist Realität. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten dagegen stieg um fast ein Viertel, um 23 Prozent. Die Anzahl von Leiharbeitnehmern ist um 126 Prozent gestiegen. Das sind alles statistische Werte, die wir uns eigentlich auch selbst hätten beschaffen können, indem wir einfach im Statistischen Landesamt nachgefragt hätten. Dieser Bericht fasst dies nun zusammen und stellt die ganze Lage dar, wie sie ist. Das ist durchaus für uns auch von Vorteil. Wir begrüßen das, aber im Grunde genommen hätte es auch genügt, wenn wir uns tatsächlich auch einfach die statistischen Werte ansehen und uns immer wieder vergegenwärtigen, wie die Tendenzen sind.

Das Land Bremen ist das Land mit dem höchsten Anteil, nämlich 5,8 Prozent, von Personen ohne einen allgemeinbildenden Schulabschluss. Was soll aus den Menschen werden? 27,3 Prozent der Bevölkerung sind ohne jegliche Berufsausbildung. Auch dort ist zu fragen: Was soll aus den Menschen werden? Wie sollen sie ihr Einkommen sicherstellen? Das heißt, wir haben eine extreme Herausforderung und müssen hier handeln. Im Bildungssystem gibt es hier im Haus einen Konsens, zumindest ist er verabredet. Ich hoffe, dass das für die betroffenen Bevölkerungsgruppen auch in den nächsten Jahren trägt und dass es etwas bringt,

(D)

(A) denn dieses Problem des Armuts- und Reichtumsbericht, der sich in weiten Teilen auf die Problematik von relativer Armut nur bezieht, ist mir bei der Lektüre des Berichts noch einmal sehr deutlich geworden. Es ist in weiten Teilen nur ein sachlicher Bericht, das muss ich anerkennen und zugeben, dass er mich in den Bann gezogen hat, meine Damen und Herren.

Der Anteil von einkommensarmen Haushalten mit Kindern liegt bei 19,6 Prozent, und Kinder sind eine ganz besonders betroffene Gruppe, ebenso wie die Frauen. Die Lohnunterschiede von Frauen sind ebenso gut in diesem Bericht dargestellt.

Das liegt unter anderem daran, dass Frauen durch längere Erziehungszeiten wieder zurück in Jobs gehen, auch einem ständigen Jobwechsel unterliegen und schlechter bezahlt werden. Das sind alles Herausforderungen, die wir hier lösen müssen.

Das Armutsrisiko ist in der Tat auch für Ältere hoch. Das liegt daran – auch in Zukunft wird das steigen –, weil sie heutzutage schon relativ geringe Einkommen haben und wenig in die Rentenkasse einzahlen. Ich will diese Debatte extra so führen, dass dieser Bericht uns mahnt und eine Herausforderung ist. Ich werde gleich im nächsten Schritt zur Beurteilung des Antrags kommen. Sie werden es wahrscheinlich verstehen, dass man als Opposition auch mit diesem Antrag von Rot-Grün so nicht leben kann, aber das bewerte ich gleich. – Vielen Dank!

(B) (Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau Nitz (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich beginne mit einem Zitat: "Meine Partei hat eine Idee, das ist die Idee von einem Gemeinwesen, in dem das Menschenmögliche an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht wird." Der Bericht, über den wir aber heute reden, ist ein ausführlicher, aber auch sehr erschüttender Bericht über den Zustand unseres Gemeinwesens. Der Bericht zeigt nämlich auch, dass unser heutiges Gemeinwesen von sozialer Ungerechtigkeit bestimmt ist. Dies ist das Ergebnis einer falschen, einer schwachen und von einseitigen Interessen bestimmten Politik auf Bundesebene, und ich könnte auch sagen, von 12 Jahren Politik unter Führung und Mitwirkung der SPD. Es ist aber auch das Ergebnis einer Landespolitik, die genau diese Entwicklung mitgetragen hat. Ich könnte auch sagen, unter Rot-Grün nimmt die Armut nicht ab, sondern zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Bericht spricht von 120 000 bis 180 000 armen Menschen in Bremen, aber ich denke, dass genau diese Zahlen nicht das ganze Ausmaß darstellen. Das Erschütternste an diesem Bericht ist, dass der Anteil vor allem der Kinderarmut offenbar weit höher ist, als wir ursprünglich gedacht hatten.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Berlin, du ach so blühendes Gemeinwesen!)

30 Prozent aller Kinder im Land Bremen erhalten Sozialgeld, und in Bremerhaven sind es sogar 40 Prozent. Dabei sind beispielsweise noch nicht einmal all jene erfasst, die in armen Familien, in Familien mit geringen Erwerbseinkommen leben. Wir erfahren auch, nicht jede Arbeit ist gute Arbeit. Die Produktivität ist gestiegen, die Einkommen der Arbeitnehmerschaft sind gesunken, und mehr Menschen sind erwerbslos. Sogar Erwerbstätige müssen Arbeitslosengeld II in Anspruch nehmen, weil ihr Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Dann kommen vor allem hier von der rechten Seite eher die Sprüche, die lauten: Arbeit muss sich lohnen! Natürlich muss sich Arbeit lohnen, aber genau deshalb brauchen wir jetzt den gesetzlichen Mindestlohn!

#### (Beifall bei der LINKEN)

Die Annahme, dass es allen gut ginge, wenn die Wirtschaft floriert, wird in diesem Bericht eindrucksvoll widerlegt, denn die Konsequenzen von unternehmerischen Fehlentscheidungen werden immer auf dem Rücken der Kolleginnen und Kollegen ausgetragen. Nehmen Sie als aktuelles Beispiel nur die Firma Schlecker! Schlecker hat es versäumt, dem veränderten Konsumverhalten Rechnung zu tragen, und das soll jetzt mit der Etablierung der Schlecker XXL-Märkte auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen revidiert werden. Der Ausbau von Minijobs und Zeitarbeit hat Vollzeitarbeitsplätze vernichtet. Für diese prekär beschäftigten Männer und Frauen ist die Altersarmut vorprogrammiert, das hat selbst Herr Bartels schon erkannt, und die Politik hat diese Beschäftigungsverhältnisse erst möglich gemacht. Dieser Bericht zeigt also in aller Deutlichkeit die Konsequenzen einer Wirtschaft auf, die nicht an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientiert ist.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Der Bericht weist darauf hin, dass die demografischen Veränderungen dahin gehen, dass die Stadt überaltert, doch solange Kinder ein erhöhtes Armutsrisiko bedeuten, wird sich daran auch nichts ändern. Das Familiengeld muss völlig neu überdacht werden. Der Ausbau von Krippenplätzen, von Kinderhorten – vom letzteren Aspekt ist im Bericht nicht einmal mehr etwas zu lesen – muss erste Priorität haben.

Etwa 18 Prozent aller Haushalte in Bremen haben ein Haushaltseinkommen von unter 900 Euro. In ar-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) men Haushalten ist damit vorprogrammiert, dass fast die Hälfte des gesamten Einkommens für das Wohnen ausgegeben wird. Hier wirkt sich fatal aus, dass große Wohnungsbestände an internationale "Heuschrecken" veräußert werden. Wir kennen alle zur Genüge in Bremen Wohnblöcke, die verfallen, ohne dass deren Eigentümer überhaupt zu erreichen sind. All dies trägt zu einer zunehmenden sozialen Spaltung auch zwischen den Stadtteilen bei. Zukünftig sollte also hier auch im Haus die Devise lauten: Stadtvillen sind überflüssig und bezahlbarer Wohnraum muss her!

#### (Beifall bei der LINKEN)

Ich will auf einige Ursachen eingehen, die zu dieser katastrophalen Armutslage und zu den extremen sozialen Ungleichheiten beigetragen haben! Seit 1997 wird in Deutschland die Vermögenssteuer nicht mehr erhoben. Damit hat Deutschland ein trauriges Alleinstellungsmerkmal errungen, und weder die rot-grüne Regierung unter Herrn Schröder noch die Große Koalition haben überhaupt den Versuch unternommen, die Vermögenssteuer wieder einzuführen.

Ein zweiter Aspekt: 2002 wurde mit den Hartz-Gesetzen die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe beschlossen, und zwar auf einem Leistungsniveau unterhalb der Armutsgrenze, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dies hat den Weg von der Beschäftigung über die Arbeitslosigkeit in die Armut extrem beschleunigt.

Ein dritter Punkt: 2005 wurde das Haushaltsloch des Bundes nicht etwa durch die Besteuerung höherer Einkommen geschlossen, sondern durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent; eine Steuer, deren Wirkung überproportional die Armen trifft.

Ursächlich für die weitere Armutsentwicklung waren ferner die Stagnation der Löhne in den letzten zehn Jahren und die Zulassung aller möglichen Formen von prekärer, das heißt ungesicherter und schlecht bezahlter Beschäftigung. Hier steht ja insbesondere auch die FDP in den Startlöchern, vor allem auch noch einmal Vorstöße zu wagen, den Kündigungsschutz weiter zu lockern und noch einen daraufzulegen. Der Bericht weist zu Recht darauf hin, dass Massenarbeitslosigkeit eine der wesentlichen Ursachen von Armut ist, dass armutsfeste Lohneinkommen das wichtigste Instrument der Armutsbekämpfung sind. Hier ist es vor allem für die Linksfraktion umso unverständlicher, dass der Bremer Senat es nicht für notwendig erachtet, die Ausgaben der Arbeitsmarktpolitik deutlich zu erhöhen.

Der gesamte Haushalt "Arbeit" sinkt ab 2010 auf 40 Millionen Euro, gegenüber fast 60 Millionen Euro in den Jahren 2005 bis 2007. Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm fällt von 36 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 19 Millionen Euro ab 2010. Bremen gibt ganze 2,5 Millionen Euro an Landesmitteln für Beschäftigungspolitik aus, da geben wir für die Po-

larforschung fast dreimal so viel aus wie für die Beschäftigung. Was hier notwendig ist, ist ein Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung, wo wir tarifliche und armutsfeste Löhne zahlen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht ganz kurz noch zu dem Antrag, der hier von der Koalition eingereicht wurde! Ich habe mit Erstaunen den Dringlichkeitsantrag zum sozialen Zusammenhalt zur Kenntnis genommen. Darin wird der Ausbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in der Beschäftigungspolitik gefordert. Ich höre in Gesprächen auf Stadtteilebene in letzter Zeit genau das Gegenteil aus den Reihen der Regierungskoalition: Ausbau der Ein-Euro-Jobs wird da genannt, also mit weniger Mitteln mehr Leute aus der Statistik herausholen. Ich bin sehr gespannt, was jetzt stimmt, aber ich kann mir allerdings nicht vorstellen, wie man mit einem Drittel weniger Geld mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze schaffen will!

#### (Beifall bei der LINKEN)

Eines wird in diesem Bericht auf jeden Fall ganz deutlich: Die Armen in unserem Bundesland werden immer ärmer, die Reichen immer reicher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind weit davon entfernt, das Menschenmögliche an sozialer Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wie der Armutsbericht zeigt, geht die Entwicklung genau in die andere Richtung. Die Wahrheit wird sich demnächst bei den Haushaltsberatungen zeigen, und zwischen Herbert Wehner von 1966, von dem das eingangs genannte Zitat stammt, und Jens Böhrnsen im Jahre 2009 liegen eben nicht nur 43 Jahre, sondern auch ein kompletter Kurswechsel der sozialdemokratischen Politik. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

# (Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will gar nicht bestreiten, dass die Koalition hier in Bremen das eine oder andere richtig macht, das haben wir hier auch durch entsprechende Positionierung deutlich gemacht, doch dafür bedarf es meiner Meinung nach dieses Berichts nicht. Die Fakten sind bekannt, Herr Bartels hat darauf hingewiesen. Nach Ansicht der FDP-Fraktion kann der Bericht nicht anders bezeichnet werden als ein ideologisches Pamphlet.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, hören Sie doch einmal zu, und hören Sie auf mit Ihren Posaunen, das überrascht Sie doch gar nicht! (D)

(A) Sie haben im Sommer doch die Debatte mit mir verfolgt. Ich habe das vorher gesagt, und Sie haben mich dafür angegriffen. Ich bleibe dabei, Sie pflegen Ihre Vorurteile gegenüber der FDP, wie sie auch DIE LINKE pflegt. Ich habe Urteile! Bremer Sozialdemokraten machen und machten Klientelpolitik und keine Sozialpolitik.

#### (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, 60 Jahre sind Sie nun hier verantwortlich und an der Regierung beteiligt. Sozialleistungen: Ein Drittel der Kinder, wir haben es gehört, sind von Sozialleistungen abhängig, hängen am Tropf des Staates. Bildung: Bildungschancen sind extrem ungerecht verteilt, extremer als woanders. Da wird jetzt Abhilfe geschaffen, und das ist auch gut so, zugleich ist auch Fakt, was bisher Fakt ist. Gesundheit: Es ist darauf hingewiesen worden, die Lebenserwartung liegt unverkennbar unter dem Bundesdurchschnitt. Gleichberechtigung: die niedrigste Erwerbsbeteiligung von Frauen deutschlandweit! Das sind alles Dinge, die die Sozialdemokraten bekämpfen wollen.

### (Beifall bei der FDP)

Doch warum haben Sie es so weit kommen lassen? Hoffentlich nicht, um jetzt etwas tun zu können! Ich kann für die FDP feststellen, Sie als Sozialdemokraten haben hier in Bremen versagt.

#### (Beifall bei der FDP)

(B)

Jetzt soll dieser neue Bericht Strategien formulieren, so war es angekündigt. Dazu kommt es indes in keinem Punkt. Vielmehr, und das muss hier auch einmal gesagt werden, holt der Senat die alten Klamotten aus der sozialdemokratischen Mottenkiste, etwa den Mindestlohn als Allheilmittel gegen Aufstocker, also Menschen, die sich engagieren und neben ihrem Arbeitslohn zusätzlich Hartz IV bekommen und ja, Sie werden dieses Phänomen damit eindämmen. Mit Ihrem Mindestlohn haben die Menschen vielfach einfach gar keine Arbeit mehr und leben nur noch von Transferzahlungen. Herzlichen Glückwunsch!

#### (Beifall bei der FDP)

Unser Vorschlag, Anhebung von Zuverdienstmöglichkeiten, wurde hingegen abgelehnt, wie auch unser Entwurf für ein Grundeinkommen, das Bürgergeld. Ganz besonders hat mich hier die Aussage zur Schule für alle interessiert, die empfehle ich übrigens der Union zur Lektüre, als gäbe es keine Vereinbarung in der Malawi-Koalition zwischen Schwarz, Rot und Grün

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Schulkonsens sagen Sie doch hoffentlich nichts!) Doch, das tue ich gerade, Frau Stahmann! Hören Sie bitte einmal zu!

# (Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Das ist ja bekannt, aber jetzt hören Sie bitte einmal zu, was ich zu dem sage, was hier als Treppenwitz drinsteht und ich der Union ins Stammbuch schreiben will, damit sie es durchliest. Damit sie auch begreift, warum man das nicht mittragen konnte und kann!

#### (Beifall bei der FDP)

Als gäbe es keine Vereinbarung zwischen Schwarz, Rot und Grün, wird in diesem Bericht, der hier vom Senat vorliegt, weiter munter die Abschaffung des Gymnasiums propagiert. Die FDP hat also sehr richtig gehandelt, als sie entschied, die Vereinbarung nicht zu unterschreiben.

Es fehlt eben der konsensuale Geist, auch wenn die Bildungssenatorin heute bei der Feier zu 150 Jahre Kippenberg deutlich gemacht hat, dass sie das Gymnasium erhalten will, der Senat will es anscheinend nicht! Ich habe das zur Kenntnis genommen. Die Linke des Hauses hat hier komplett gefehlt, anscheinend ist ihr das Gymnasium nicht wichtig.

# (Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie das einmal zitieren, die Stelle, an der steht, dass das Gymnasium abgeschafft werden soll!)

Meine Damen und Herren, das sind nur zwei kleine Beispiele für Ihre ideologischen Positionen, die dem Ernst der Probleme wahrlich nicht angemessen sind. Doch nicht nur Ihre eigenen Forderungen überhöhen Sie ins Übermenschliche, auch die politischen Vorstellungen anderer Parteien werden in diesem offiziellen Papier des Senats verhöhnt. Der Senat ist sich dafür nicht zu schade, unqualifizierte Aussagen zu einem einfachen und gerechten FDP-Bürgergeldmodell zu treffen. So etwas erwarte ich in einem SPD-Programmpapier, nicht in einem Bericht des Senats!

# (Beifall bei der FDP)

Der Senat ist nämlich kein Parteiorgan, auch wenn das manche zu vergessen scheinen. Werter Senat, nun einmal zu den Zahlen!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Eine Büttenrede ist das hier, fehlt nur noch: Tata, Tata, Tata!)

Nein, nein, nein!

Ich möchte noch einmal zu den Zahlen kommen. Ein Zitat aus dem Bericht: "Von Interesse ist vor allem, wie viele von Armut betroffene Menschen es gibt

(A) und ab welchem monatlichen Einkommen eine Person oder ein Haushalt als arm gilt. "Ja, das ist in der Tat interessant, der Senat sollte wissen, welche Probleme er lösen will! Leider bekommen wir darauf keine konkrete Antwort. Der Senat legt sich da nicht fest: Geschätzte 130 000 bis 180 000 Bremer und Bremerinnen sind von Armut bedroht. Ja, wie viele denn nun? Welche Definition von Armut macht sich der Senat zu eigen? Sind es 20 Prozent der Menschen in unserem Land oder doch eher 30 Prozent? Wem und wie vielen muss geholfen werden? Wie groß ist das Problem? Ich habe darauf hingewiesen: Es gibt unterschiedliche Definitionen, doch der Senat muss hier einmal Klartext reden und sich positionieren! Es wird dabei auf verschiedene wissenschaftliche Ansätze verwiesen, nach denen einmal 880 Euro und ein anderes Mal 780 Euro monatliches Einkommen ein Armutsrisiko darstellen. Wieso kann der Senat sich da nicht positionieren? Was heißt für den Senat Armut, was meint er mit Armutsrisiko? Wie viele Menschen sind arm, wie viele sind reich? Es fehlt dem Bericht schlicht die Aussage, für die er gemacht ist.

Meine Damen und Herren, diese definitorischen Mängel setzen sich fort. Stadtteile werden demnach für arm gehalten, wenn dort das steuerpflichtige Durchschnittseinkommen eines Haushalts unter 25 000 Euro liegt. Das wären über 2 000 Euro im Monat. Mit welcher Begründung ist ein Mensch mit 2 000 Euro Einkommen im Monat arm? Ein solcher Durchschnitt sagt nichts!

(Abg. Frau Busch [SPD]: Es geht um Haushalte, da leben manchmal mehr Leute!)

Lassen Sie mich zu Ende reden! Wie groß ist der Haushalt? Darauf kommt es an, und das hätte hier mit betrachtet werden müssen, das fehlt hier in dem Papier.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau Busch [SPD]: Sie verdrehen hier Fakten und Tatsachen, und das ist unfair!)

Hinterfragen möchten wir zudem das Vorgehen, arme und reiche Stadtteile als solche zu benennen. Sicherlich ist es spannend nachzuschauen, wie viele Kinder, Arbeitslose oder Ausländer in einem Stadtteil sind und letztlich, wie viel die Nachbarn so verdienen. Mir fehlt aber die kritische Betrachtung! Das Über-einen-Kamm-scheren hilft nicht, es verstellt den Blick für die konkreten Probleme, die persönlichen Schicksale der einzelnen Menschen.

(Beifall bei der FDP)

Hier stigmatisiert der Senat, um zu begründen, warum Geld in bestimmte Stadtteile gelenkt wird. Das ist nicht immer durch Ihr soziales Gewissen begrün-

det, sondern auch durch Bedienung Ihres sozialdemokratischen Klientels.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich müssen wir wissen, wie es vor Ort aussieht. Das muss offen auf den Tisch! Dabei müssen wir aufpassen, dass wir nicht die armen Menschen in sogenannten "reichen Stadtteilen" vergessen. Es gibt auch Hartz-IV-Empfänger in Oberneuland und Schwachhausen, die dürfen wir nicht vergessen, und auch deren Kinder sind in den dortigen Schulen und Kindergärten, das darf auch nicht übersehen werden. Wer sich die Baustandards einiger Schulen anschaut, weiß, dass Sozialdemokraten in Oberneuland und St. Magnus ganz schön versagt haben!

Bei all der deutlichen Kritik, gebe ich zu, gibt es lichte Stellen in dem Werk, zum Beispiel in dem Abschnitt, den der Senat anfangs schlicht ausgespart hatte: die Alleinerziehenden! Dort findet sich ein mir besonders wichtiges Thema. Es wird angemahnt, ausreichende Betreuungsangebote vor allen Dingen durch flexiblere Angebote für Kinder zu schaffen. Dazu sage ich ja, aber Sie müssen dann auch sehen, wie diese planwirtschaftliche Steuerung da funktioniert und ob wir genügend Angebote haben. Die Koalition stellt sich auch noch hin und gaukelt den Leuten vor, sie schaffe genug neue Betreuungsplätze, um 2013 den Bedarf zu decken. Frau Garling behauptet dann in der sozialdemokratischen Fraktionszeitung, dass Experten einen Bedarf von 35 Prozent prognostiziert haben. Liebe Frau Garling, der wirkliche Bedarf ist deutlich höher! Dazu passt, dass die Sozialdemokraten in der Sozialdeputation die aktuelle Bedarfserhebung für Bremen abgelehnt haben. Wir wissen aber aus vorherigen Erhebungen, dass Bedarf weit über 40 Prozent da ist, und deswegen brauchen wir endlich Siebenmeilenschritte statt der Trippelschritte, die hier bisher gegangen worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Hier muss es schneller vorangehen! Damit habe ich, glaube ich, deutlich gemacht, was wir von diesem Bericht halten. Es muss weitergehen, und ich werde mich noch zu Ihrem Antrag äußern. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Kollegin Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Bartels, ist doch überhaupt nicht die Frage, dass wir die Beschäftigung erhöhen müssen, das ist doch

(D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) selbstverständlich. Darüber brauchen wir nicht zu reden.

(Beifall bei der SPD)

Dass dieser Bericht mit Statistiken gespickt ist, das ist völlig richtig. Darüber hinaus aber – da hätten Sie vielleicht ein bisschen genauer lesen müssen – zeigt er ganz genau Teilhabebarrieren auf und macht Vorschläge. Er macht Vorschläge, wie man diese minimieren kann, über alle Bereiche, und im Übrigen ist eine Statistik nicht einfach nur eine Statistik, sondern sie beinhaltet auch eine Bewertung und sagt uns genau, welche politische Strategie wir entwickeln müssen.

(Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

Herr Dr. Buhlert, also ich muss Ihnen ehrlich einmal sagen, das war jetzt echt schwach! Ehrlich! Also, wenn Sie sagen, es würde darin stehen, wir wollen alle Gymnasien abschaffen, so ist das Unsinn und absolut lächerlich.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Im Gegenteil! Das Gegenteil ist der Fall! Wir haben unsere acht Gymnasien, und nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass man an jeder Oberschule in diesem Land das Abitur erwerben kann!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Strohmann [CDU]: Und wer hat's gemacht?)

Dass wir die Bedarfserhebung für den Ausbau Kita abgelehnt haben, Sie wissen ganz genau, wie dies begründet worden ist. Wir haben nicht gesagt, dass wir grundsätzlich eine Bedarfserhebung ablehnen, wir haben nur gesagt, zum gegenwärtigen Zeitpunkt brauchen wir keine zu machen, weil wir wissen, dass die Bedarfe da sind. Wir brauchen das überhaupt nicht zu prüfen, weil die Bedarfe so groß sind, dass solch eine Erhebung zum jetzigen Zeitpunkt völlig überflüssig ist. Wir müssen sie irgendwann machen, Ende 2011, Anfang 2012 oder so müssen wir diese Bedarfserhebung machen, das haben wir auch genau so angekündigt. Erzählen Sie hier nicht so einen Unsinn,

(Zuruf des Abg. Dr. Buhlert [FDP])

dass wir die Bedarfserhebung abgelehnt hätten!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Frau Nitz, wenn ich von Ihnen am Beginn Ihrer Rede höre, Politik von Rot-Grün bedeutet Armut, dann komme ich langsam an den Punkt, an dem ich Sie wirklich nicht mehr ernst nehmen kann.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wie sieht es denn eigentlich in der rot-roten Regierung in Berlin aus? Gibt es da weniger Armut als hier? Haben die auch einen Lebenslagenbericht erstellt?

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Blühende Landschaften!)

Also, ich muss auch vor dem Hintergrund der Diskussion von gestern Abend ehrlich sagen, wenn Sie sich damit begnügen, in dieser Stadt nur noch von sozialer Verelendung und Sozialbetrug zu reden, dann kann ich Ihnen wirklich sagen: Ich kann Sie nicht mehr wirklich ernst nehmen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie haben in dieser Stadt wirklich das Problem, dass Sie – –. Eigentlich haben Sie eine Chance.

(Abg. Strohmann [CDU]: Die haben Sie sonst doch auch genutzt!)

Sie machen nämlich in einem Bundesland Politik, in dem die Regierung einen Schwerpunkt auf eine Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts gelegt hat.

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Dann lassen Sie sich daran messen!)

Hier könnten Sie wirklich konkrete gute Vorschläge machen und sich beteiligen, und wenn Sie das nicht tun, dann müssen Sie eben zusehen! – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ganz in Ordnung, dass bei diesem Thema die Wellen hochschlagen. Wir haben zu Anfang immerhin von dem Kollegen Frehe gehört, dass das Thema Vermögenssteuer wenigstens angesprochen worden ist, wobei wir schon bei Rot-Grün und den grundsätzlichen Weichenstellungen sind. Er hat es angesprochen, das ehrt ihn, und er hat gesagt, wir können es hier nicht än-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) dern. Ich erinnere aber daran, dass wir Sie im Rahmen eines Antrages gebeten haben zu überlegen, ob wir nicht einen gemeinsamen Antrag im Bundesrat stellen. Diese Überlegung steht weiterhin im Raum. Vielleicht kommen wir irgendwann im Sinne einer gemeinsamen ganzheitlichen Vorgehensweise dazu.

Ich komme zum Thema Bildung: Wir haben natürlich bei der Bildung keine Ressource, die Armut per se ändern kann. Wir haben nicht die Situation, dass Bildung dann dazu führt, dass man plötzlich ein anderes Lohnniveau in der Breite hat. Bildung kann aber die Chancen erhöhen, dass nicht immer dieselben in Fortsetzung über Generationen in der Armut verharren. Sie ist im Übrigen auch ein Mittel zur Hebung der Lebensqualität, wir Linken sagen auch gern: emanzipatorische Wirkung der Bildung.

Dass man sich wehren kann, gehört auch zur Bildung, auch wenn das hier im Haus nicht so oft vorkommt. Sie dient nicht nur der Qualifikation für den Arbeitsplatz. Deswegen ist das Recht auf Bildung und die Bekämpfung von Bildungsarmut eine ganz wesentliche Forderung, zu der ich hier spontan Zustimmung sehe.

# (Beifall bei der LINKEN)

Die Zahlen, die der Armutsbericht aufweist, sind für das Bundesland Bremen teilweise düster. Nirgends, in keinem anderen Bundesland, in kaum einem westeuropäischen Land, ist die Kopplung zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg enger als in Bremen. Ein großer Druck, hier etwas zu ändern, lastet deswegen in dieser Frage auf uns allen. In den wohlhabenden Stadtvierteln macht über die Hälfte des Jahrgangs Abitur, in den armen Stadtvierteln weniger als ein Fünftel. Diese Zahlen sind bekannt, die lassen sich noch weiter fortsetzen. Die Chancengleichheit ist hier nicht gegeben! Wenn Armut und Migrationshintergrund zusammenkommen, haben die Kinder eine schlechte, um nicht zu sagen, zum Teil keine Chance. Das erfordert natürlich Einsatz von Ressourcen, dazu komme ich noch.

Wir wissen, dass sich dies nicht nur in den Fächern auswirkt, die direkt sprachlich gebunden sind. Wir wissen, dass es sich auch auf Fächer wie zum Beispiel Mathematik und Naturwissenschaften auswirkt, das alles wird so vermittelt. In Richtung Ganztagsschulen muss etwas mehr getan werden. Es muss mehr getan werden in Richtung Gemeinschaftsschulen. All das ist hier gebremst. Die Gemeinschaftsschule ist abgelehnt worden. Dies wären alles Möglichkeiten, bei denen fachlicherseits bekannt ist, dass sie wirken. Die Gemeinschaftsschule aber ist zum Teil politisch nicht gewollt, oder aber es hapert an mangelnden Ressourcen.

Die Ganztagsschulen müssten natürlich für diesen Zweck stärker ausgebaut werden. Wir kommen in den Haushaltsberatungen natürlich auf dieses Thema zurück wie auch schon bei den letzten Beratungen, als Sie unsere diesbezüglichen Anträge abgelehnt haben. Wir müssten hier natürlich menschliche Ressourcen einsetzen, um wirklich eine Änderung zu erreichen. Wir bräuchten eine doppelte Besetzung in den Klassen eins bis sechs, solange die Schülerzahl etwa 25 beträgt. Das ist pädagogisch bekannt und von den Fachleuten unbestritten. Dies erfordert natürlich Ressourcen, und wir könnten in Bremen anfangen, wenn wir wenigstens die etwa 300 Klassen nehmen, die jetzt in den besonders belasteten Stadtvierteln anzusiedeln wären. Natürlich kostet das einen Mitteleinsatz. Wir bräuchten zusätzlich – auch das haben wir beantragt und werden es wieder beantragen – Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter und natürlich Schulpsychologen.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau Busch (SPD): Kostendeckungsvorschläge machen Sie auch?)

Wir haben einen hohen Anteil von Schulabbrechern, von frühen Schulabgängern. Es ist die Werkschule eingerichtet worden. Eine richtige Tendenz! Bloß, es muss zusätzlich auch eine Perspektive gegeben werden. Da komme ich auf das Thema Arbeit, was heute schon angesprochen wurde. Wenn nicht in der Beschäftigungspolitik etwas getan wird – –. Da haben wir die Verbindung, die Bildung allein kann es nicht richten. Wir brauchen natürlich die Motivation, die daher rührt, dass die jungen Menschen auch das Gefühl haben, sie haben eine Chance, später auch ihren Lebensunterhalt mit einer ordentlichen und ordentlich bezahlten Arbeit zu verdienen. Dies gehört zu einer erfolgreichen Bildungspolitik!

# (Beifall bei der LINKEN)

Der Bereich Bildung kommt im Dringlichkeitsantrag, der hier vorliegt, nicht explizit vor. Es ist etwa von Quartiersbildungszentren die Rede, das ist gut, Familienzentren, richtige Ansätze. Natürlich wissen alle Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker und die, die vor Ort unendlich viel leisten, dass dies alles unterfinanziert ist und nicht ausreicht und dass wir, wie wir schon oft gesagt haben, gegen eine Eigendynamik der sich selbst verstärkenden Armutsprozesse kämpfen, die so, wie es bis jetzt möglich ist, nicht aufgehalten werden können.

Wenn wir in die Zukunft der finanziellen Situation blicken, die hier auch im Zusammenhang mit der Bundesebene, von den meisten mitverantwortet werden muss, sieht es noch düsterer aus. Diese Ansätze müssen mit erster Priorität gefördert werden, ich sage einmal, koste es, was es wolle! Wir werden in den Haushaltsberatungen darauf zurückkommen. Dann werden wir sehen, wer Armut wirklich an die allererste Stelle setzt. Damit ist die unmittelbare Armutsbekämpfung gemeint! Gerade das Thema Quartiersbildungszentren setzt ja da an, wo, und das wurde

(D)

(A) auch schon gesagt, die Selbstheilungs- und Selbststärkungskräfte gefördert werden können. Das ist alles fachlich bekannt, es muss nur umgesetzt werden. Es braucht Menschen dazu, sowohl in den Schulen als auch zum Beispiel in diesen Familienzentren. Diese Menschen müssen Bildung von Mensch zu Mensch weitergeben, das muss bezahlt werden, und da komme ich noch einmal auf die Vermögenssteuer: Sie sind nicht mit einem Wort darauf eingegangen, ob wir diese gemeinsam im Bundesrat beantragen. Es ist gegen den Strom, gegen den Mainstream, aber dagegen sollten wir gemeinsam als Mehrheit dieses Hauses stehen

## (Beifall bei der LINKEN)

Der Antrag ist unzureichend, wir haben einen ergänzenden Antrag gestellt. Abschnitt 2 wird ergänzt um Folgendes bei Nummer 11: In der Schulentwicklung sind Maßnahmen zur individuellen Förderung, zur interkulturellen Öffnung und zur entsprechenden Personalausstattung zu entwickeln und umzusetzen, um bestehende generationenübergreifende Armutsprozesse aufzubrechen und die Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern. Dies steht in unserem Änderungsantrag als eine Anweisung, die vom Parlament erwartet wird. Schließen Sie sich dieser Anweisung an, dann haben wir eine verbindliche Richtung für das, was wir hier mehrheitlich im Hause wollen!

# (B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich sage ein Wort zum Bereich Kultur: Wir haben hier noch nicht die durchschlagenden Wirkungen, und das kann ich natürlich in den Stadtteilen anerkennen. Wir müssen aber befürchten, wenn wir das zum Beispiel bei der Volkshochschule sehen, dass hier eine Personalschrumpfung vorgenommen wird, deren Auswirkungen noch nicht feststehen. Bemühen Sie sich unter diesen schwierigen Bedingungen, umzusteuern! Geben Sie mit uns zusammen auf Bundesebene mehr Mut, mehr Opposition, um in dieser Frage der fortschreitenden Armut Widerstand zu leisten! – Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau Busch [SPD]: Aber wir sind hier noch im Landtag, nicht im Bundestag!)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe gerade überlegt, wie ich beginnen soll, und ich möchte einmal bei Ihnen beginnen, Herr Beilken.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist schon gleich eine Bewertung!)

Ja, das hat man noch am meisten im Gedächtnis! Zunächst zu dem Begriff Anweisung an eine Regierung: Ich habe gelernt, dass im demokratischen System Anweisungen an die Regierung durch das Parlament nicht möglich sind. Wir schaffen gesetzliche Rahmenbedingungen, wir wählen eine Regierung, aber wir weisen sie nicht an!

#### (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Daher müssen wir uns auch überlegen, was unsere Rolle ist, was wir machen können und was die Regierung machen muss. Wir können für die Regierung Rahmen setzen, wir können sagen, in diese Richtung möchten wir gehen, aber wir müssen auch akzeptieren, dass die Regierung Vorschläge macht, die wir dann zu bewerten und über die wir zu bestimmen haben. So, denke ich, wird etwas daraus.

Das Zweite, das ich Ihnen sagen möchte, ist, dass wir keinen Überbietungswettbewerb machen dürfen. Natürlich wird uns immer einfallen, wie man noch mehr machen kann, wenn man auf Finanzen keine Rücksicht nehmen muss. Wir sind dafür, dass wir Politik gestalten, die machbar und solide ist und die auch auf Dauer durchgehalten werden kann!

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich möchte dies an einem Punkt Ihres Änderungsantrags verdeutlichen, der in der Tat sehr kurzfristig kam,

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Ihr Antrag ja nicht! – Abg. Frau Troedel [DIE LIN-KE]: Quid proquo!)

aber ich muss eingestehen, unserer kam auch relativ spät, deswegen möchte ich daran keine Kritik üben, vielleicht können Sie aber akzeptieren, dass es sehr schwierig ist, sich kurzfristig damit auseinanderzusetzen.

Nun, zum Sozialticket, einer Debatte, die wir hier schon geführt haben! Sie fordern, dass das Sozialticket für den Preis des Anteils, der in den Regelsätzen steht, abgegeben wird.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Als wir diese Debatte geführt haben, habe ich Ihnen das Beispiel Dortmund dargestellt, wo dies so gemacht wird. Dortmund kann dieses Sozialticket im Grunde genommen auf Dauer nicht durchhalten. Wir wollen aber unser Sozialticket auf Dauer durchhalten, deswegen haben wir einen vernünftigen Kompromiss gemacht, das ist solide Politik!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Ein Letztes noch zu Ihnen, Herr Beilken, zur Vermögenssteuer: Wir haben darauf hingewiesen, dass wir vieles, das habe ich in meiner Rede noch einmal dargestellt, weil es Bundesrecht ist, hier nicht verändern können. Natürlich kann man auch hier einen Schauantrag stellen, wir wollen jetzt die Vermögenssteuer einführen. Sie kennen die neue Bundesregierung in Ihrer Zusammensetzung, und ich bin sicher, dass diese Bundesregierung und auch die Bundesratsmehrheit sofort aufspringen und diese Vermögenssteuervorschläge übernehmen wird. Ich finde es besser, wie wir es bei der Sozialhilfe gemacht haben, im Bundesrat zu versuchen, Koalitionen für reale Chancen zur Verbesserung der Sozialhilfegesetzgebung zu finden, und auf diesem Wege etwas weiterzuqualifizieren.

Ich möchte es noch an einem anderen Beispiel aus Ihrem Antrag deutlich machen. Sie fordern, die Hartz-IV-Gesetzgebung – schon diese Bezeichnung stört mich – oder die Hartz-Gesetze zu beseitigen. Wenn wir diese beseitigen, beseitigen wir die Grundsicherung für Erwerbslose und Arbeitssuchende, dann ist nämlich nichts mehr da. Genauso kann man sagen, man will die Rente mit 67 abschaffen, dann haben sie aber gar keine Rente mehr. Abschaffen macht keinen Sinn!

Es gibt einen zweiten Halbsatz von Ihnen, den, möchte ich gerechterweise sagen, armutsfeste Transferleistungen einzusetzen. Ich denke, wir sollten uns damit solide auseinandersetzen.

(Abg. Dr. Güldner[Bündnis 90/Die Grünen]: Viel zu kompliziert! Schöne Parolen sind viel einfacher!)

Da wäre zum Beispiel ein Konzept, das die Sozialrichterinnen und die Sozialrichter oder die Präsidenten der Landessozialgerichte an Vorschlagspapieren zur Änderung des Sozialgesetzbuches II gemacht haben, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Sich damit auseinanderzusetzen und zu schauen, wo haben wir denn gesetzliche Normen, die zum Beispiel zu wenig gewähren, die falsch formuliert sind, die rechtlich unsicher sind, und das dann weiterzugeben, wäre der richtige Weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Damit würde es auch langfristig gelingen, armutsfeste Sozialleistungen zu erzielen.

Dann in Ihrem dritten Punkt, eine Entprekarisierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente zu fordern. Na ja, Prekariat ist ein Modewort, das eingeführt worden ist, das aber zum Ansatzpunkt zu machen! Ich würde eher sagen, wir brauchen arbeitsmarktpolitische Instrumente, die effektiv und nicht

selektiv sind, die langfristig Menschen in Beschäftigung bringen, das ist das Ziel!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau Nitz [DIE LIN-KE]: Und sie dürfen ruhig armutsfest sein!)

Dann zum Kollegen Dr. Buhlert: Ein Armutsbericht, der eine Fülle von differenzierten Zahlen auflistet und der die Möglichkeit schafft, die Lebenslagen in Bremen genauer zu betrachten, als Pamphlet zu bezeichnen, finde ich ziemlich daneben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Frau Garling [SPD]: Das ist armselig!)

Sie widersprechen sich selbst. Sie sagen, Sie wollen nicht, dass nach Stadtteilen differenziert wird, sagen aber gleichzeitig, der Blick in die Stadtteile ist ganz sinnvoll. Ich weiß nicht, was soll es denn nun sein? Sollen wir Stadtteile miteinander vergleichen, oder sollen wir nicht schauen, was in den Stadtteilen los ist? Ich denke, man muss differenziert hinschauen, und man muss seine Maßnahmen auch ganz differenziert danach ausrichten.

Ein ziemlicher Hammer war, fand ich, Frau Nitz mit ihrer Aussage, unter Rot-Grün nimmt die Armut zu.

(Abg. Erlanson [DIE LINKE]: Hartz IV!)

Ich möchte einmal feststellen, Armutsprozesse sind nicht ohne Weiteres von Landesregierungen steuerbar. Wenn wir uns schon einmal darauf einigen können! Das Zweite ist – wenn wir uns darauf einigen können –, dass die rot-grüne Landesregierung seit 2007 regiert und Sie, glaube ich, keinerlei Zahlen haben, um nachzuweisen, dass hier in Bremen seit 2007 die Armut zugenommen hat. Das Einzige, was zugenommen hat, ist, dass wir mit dem Armuts- und Reichtumsbericht die Situation offenlegen, dass wir damit Instrumente schaffen, um diese Armut zu bekämpfen. Das ist die Veränderung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Bartels, Sie wollten sich ja noch einmal melden, ich habe bei Ihnen nicht so richtig verstanden, dass Sie beklagen, dass wir sinkende Beschäftigungsquoten haben. Sicherlich liegt das Hauptproblem zum einen darin, dass die Arbeitslosigkeit zugenommen hat und jetzt, vielleicht auch konjunkturbedingt, wieder zunimmt. Wenn Sie zurückgehen, hat die Arbeitslosigkeit in den letzten anderthalb Jahren abgenommen, und damit hat sich auch die Beschäftigungsquote erhöht. Zwischenzeitlich ist auch das faktische Rentenalter nach oben gegangen, damit ist auch die Beschäftigungsquote erhöht worden. Insofern ist die von

(D)

(A) Ihnen gemachte Aussage für die letzten zwei Jahre nicht richtig. Insgesamt besteht aber natürlich immer ein Problem, wenn die Arbeitslosigkeit steigt, aber dann müssen Sie auch sagen, wie man sie bekämpfen kann. Arbeitslosigkeit ist keine Sache, die man durch lokale Politik vollständig in den Griff bekommen kann. Wer das behauptet und suggeriert, ist in meinen Augen verantwortungslos.

Ein Letztes möchte ich noch sagen sowohl zu dem Bereich Bildungspolitik, das betrifft Herrn Beilken, als auch zu dem Antrag zu den Migrantinnen und Migranten. Es geht hier um einen Armutsbericht, nicht um einen Bildungsbericht, und es geht auch nicht um ein Konzept zur Verbesserung der Situation allein von Migrantinnen und Migranten, sondern ausschließlich unter dem Aspekt Armut. Wenn man die rechtliche Situation von Migrantinnen und Migranten verbessern will, braucht man dafür eigene Anträge, die sollte man dann als rechtspolitische Anträge ausgestalten und nicht im Rahmen einer Armutsdiskussion behandeln. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einen Satz: Wie Sie aus dem, was ich gesagt habe, entnehmen können, können wir Ihrem Antrag so nicht zustimmen, auch wenn es Elemente gibt, die vernünftig sind.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. Bartels (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte angekündigt, dass ich noch einmal zu dem Antrag der Koalition Stellung nehme, aber nun nehme ich auch Stellung zum Änderungsantrag der LINKEN. Frau Kollegin Garling, zunächst noch einmal zu Ihrem Einwurf: Ich finde, wir als Kollegen sollten uns nicht gegenseitig vorhalten, wir würden diese Berichte nicht richtig lesen. Ich glaube, ich habe in meinem doch sehr moderaten ersten Statement deutlich gemacht, dass mir dieser Bericht, wie er dargestellt wurde, durchaus nahegegangen ist. Ich finde es einfach nicht richtig, dieser Armutsund Reichtumsbericht ist doch in Wahrheit auch ein Armutsbericht für 60 Jahre Sozialpolitik hier im Lande!

(Beifall bei der CDU und bei der LINKEN)

Ich hätte mir gewünscht, dass gerade auch vonseiten der SPD mehr Demut in der Debatte gezeigt würde

Ich muss ganz ehrlich sagen, wer weiß, dass dieser Bericht seit längerem zur Debatte ansteht, und

erst gestern Abend einen solchen Dringlichkeitsantrag einbringt, der uns in Wahrheit nicht nach vorn bringt, muss sich darüber im Klaren sein, dass das parlamentarisch schwierig ist, wenn man sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinandersetzen will.

(Beifall bei der CDU und bei der LIN-KEN)

Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass man während der Debatte auch noch einen Änderungsantrag erhält, wenn man gleichzeitig den Kollegen lauschen muss. Ehrlich gesagt, ich habe ihn quergelesen! Der Antrag der LINKEN ist gespickt von gestrigen Parolen und Gerede. Ich finde, bei diesem ernsthaften Thema sollten wir uns hier nicht mit solchen Anträgen überschütten.

(Abg. Frau Nitz [DIE LINKE]: Armutsbekämpfung ist kein Gerede, Herr Bartels!)

Ich muss Ihnen sagen, ich habe echt Sorge um die SPD,

(Abg. Frau Busch [SPD]: Darf man lüqen, Herr Bartels?)

weil seit dem Sonntag nicht klar ist, was Sie machen. Denken Sie daran, Sie haben 35 Prozent bekommen, als Sie noch die Hartz-Gesetzgebung verteidigt haben, im Wahlkampf haben Sie weitestgehend davon Abstand genommen, jetzt sind es 23 Prozent!. Beim Mindestlohn ist das Ergebnis vom Sonntag deutlich: Die Menschen im Lande haben die Parteien gewählt, die nicht dem Mindestlohn hinterherhängen. Er ist kein Allheilmittel gegen die Armut in unserem Lande!

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion wird nicht nur den Antrag der Koalition ablehnen, sondern natürlich auch den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: In Bremen haben 60 Prozent der Bürger Leute gewählt, die für den Mindestlohn sind!)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin hier schon auf den Mangel an Ideen in dem Bericht eingegangen.

(Abg. Pohlmann [SPD]: Jetzt kommt unser großer Magnus!)

Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, Herr Kollege Pohlmann, den Armutsbericht und den rot-grü-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) nen Koalitionsvertrag gegenüberzustellen und die einzelnen Punkte vergleichen – ich habe das gemacht, ich sage Ihnen, das ist kein großer Spaß für einen Liberalen – dann werden Sie eines erkennen: Identität! Es ist genau das Gleiche. So löblich das Vorlegen eines Berichts zur sozialen Lage des Landes ist, mir persönlich wäre es lieber, der Senat würde handeln und nicht schreiben.

#### (Beifall bei der FDP)

Hier wurde weniger die Lage analysiert, als vielmehr der Koalitionsvertrag mit Daten aufgehübscht und unterlegt, statt selbstkritisch reflektiert zu werden und damit das Thema angemessen anzugehen. Das müssen Sie doch einmal zugeben. Mir gehen hier die Vorschläge nicht weit genug, und sie sind auch nicht kreativ genug.

Lassen wir einiges wie Alleinerziehende und Wohnungslose, die im Koalitionsvertrag, warum auch immer, vergessen wurden, einmal weg. Was übrig ist, sind rund zwei Drittel Vorschläge, die wort- und inhaltsgleich im Koalitionsvertrag auftauchen. Das ist nicht gerade kreativ, und dafür sind wir uns hier als Liberale zu schade. Die restlichen Vorschläge, beispielsweise die Förderung der Zahngesundheit von Kindern, was wichtig ist, oder die Erhöhung der Beschäftigungsquote, sind entweder speziell wie Ersteres oder inhaltslose Allgemeinplätze, die nicht unterfüttert sind wie Letzteres. So lässt sich keine zukunftsorientierte Politik machen! Entweder setzen Sie sich wirklich mit dem Problem und dem, was bisher falsch gelaufen ist, auseinander oder Sie ersparen uns solche Berichte, denn an den meisten Stellen ist nichts Neues darin.

#### (Beifall bei der FDP)

Ich möchte noch einmal auf die dargestellte Lage eingehen: Auch da ist einiges einseitig dargestellt, und das Licht am Ende des Tunnels, das wir zumindest 2008 und 2009 auch noch hatten, und da war die Krise schon da, wird häufig nicht gesehen. Der Bericht spricht von zunehmender Armut in Bremen und Bremerhaven und davon, dass sich die sozialen Gegensätze vertiefen. Das ist nicht an allen Stellen richtig! Sie geben beispielsweise im Bereich von Hartz IV in einer Tabelle eine zunehmende Tendenz an, hören aber bei den Zahlen im Dezember 2007 auf. Zieht man neuere Zahlen aus 2008 hinzu, dann erkennt man, danach wurde es besser.

Die Zahl der Ausbildungsplätze in 2008 lag um 20 Prozent höher als in 2004. Die Situation ist trotz der Krise an etlichen Stellen besser als früher. Das heißt wohlgemerkt nicht, dass der Senat an der Verbesserung der Lage irgendeinen Anteil hätte. All ihre Programme für Langzeitarbeitslose können nichts bringen, wenn es keine Jobs gibt. Die wurden in Zeiten des Wirtschaftswachstums von den Unternehmen geschaffen und eben nicht von Ihnen. Ihre Arbeitsmarkt-

politik zielt häufig auf Beschäftigungsprogramme und Ein-Euro-Jobs und nicht auf den ersten Arbeitsmarkt, wie Sie uns an vielen Stellen glauben machen wollen. Sie können ja einmal schauen, wofür die ESF-Mittel eingesetzt werden: Sie werden nicht für die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt eingesetzt! Da ist unsere Kritik angebracht und einer der Punkte, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen werden.

# (Beifall bei der FDP)

Unternehmen, Handwerker und Gewerbetreibende haben ihren Anteil und ihre Verantwortung daran, dass Arbeitsplätze hier geschaffen worden sind. Jetzt kommt die Finanz- und Wirtschaftskrise, und der Senat sieht weiter zu und macht weiter wie vorher. Dabei werden Sie sich vermutlich sogar heimlich über die Finanzkrise freuen, beklagt der Senat doch die Zunahme der Einkünfte aus Vermögen. Damit ist es ja jetzt wohl nichts mehr. Das ist aber die typische Neidhaltung, die ich bei Sozialdemokraten und Linken immer wieder entdecke. Das ist nicht die Sicht, die wir haben. Das verkennt, dass wir Vermögen und Kapital brauchen, um Arbeitsplätze zu schaffen. So etwas dürfen Sie nicht verkennen, wir brauchen Vermögen und auch Einkünfte aus Vermögen.

Ich freue mich, dass Bremer und Bremerhavener Kaufleute, Investoren und Unternehmer ihr Geld in den vergangenen Jahren gewinnbringend und beschäftigungsfördernd investiert haben. Das darf man nicht vergessen! Das ist auch ein großer Beitrag, den Private leisten, um Armut durch Beschäftigung zu bekämpfen. Dies ist nämlich die Grundlage für all das, was hier verteilt werden kann. Armutsbekämpfung passiert nicht durch Verteilen, sondern erst einmal durch Erwirtschaften, damit auch etwas zum Verteilen da ist.

# (Beifall bei der FDP – Abg. Dr. Sieling [SPD]: Zum Spekulieren oder was?)

Unsere Gesellschaft braucht die Investitionen und ihre Besitzer, die sich durch ihre unternehmerische Tätigkeit – und da meine ich unternehmerische Tätigkeit, damit das klar ist, Herr Sieling - oder beispielsweise ihr Mäzenatentum für unsere Städte engagieren. Das Thema Reichtum fehlt jedoch in dem Bericht vollkommen. Warum nennen Sie den Bericht dann Armuts- und Reichtumsbericht? Armutsbericht hätte hier genügt. Sie wollen umfangreich Armut bejammern, das tun Sie hier. Gleichzeitig wurde damit auch die Qualität des Berichts für mich deutlich. Ich habe das schon gesagt, 400 Seiten ohne kreative Ideen, ohne Neues, vieles aus dem Koalitionsvertrag nur unterfüttert, das ist nicht das, was wir uns vorstellen, und genauso ist es mit Ihrem Antrag. Die ESF-Mittel habe ich erwähnt! Wir haben einen anderen Ansatz in der Sozialpolitik und auch bei Transferzahlungen. Wir wollen keinen Mindestlohn, wir wollen ein

(D)

(A) Mindesteinkommen, das habe ich immer wieder deutlich gemacht.

Wir haben ein Bürgergeldkonzept, und das tragen wir hier weiter vor. Wenn wir sagen, bis das kommt, erhöht doch einmal bitte die Bedarfssätze für Kinder und berechnet sie neu, dann wird das mit großem Buhei von der vereinigten Linken abgelehnt. Das kann nicht richtig sein! Das sind die Ansätze, die wir hier vorgetragen haben, und das ist Bundespolitik, da erwarten wir etwas Entsprechendes vom Senat, und das haben wir nicht gesehen. Weil die ganze Richtung Ihres Antrags nicht stimmt – auch wenn das eine oder das andere darin richtig ist – werden wir ihn ablehnen und würden ihn noch mehr ablehnen, wenn die Änderungsanträge der LINKEN, die ja nicht durchkommen werden, durchkämen, denn dann hätte er noch einen ganz anderen Drall.

# (Beifall bei der FDP)

Uns geht es darum, Armut nicht zu verwalten, sondern zu bekämpfen. Das passiert durch bessere Bildung und durch Arbeitsplätze, die von Privaten und nicht vorrangig durch den Staat geschaffen werden sollten. Diese Beschäftigungspolitik, die hier in den Siebzigerjahren gemacht worden ist, war der falsche Weg, und wir können doch nicht wieder den Irrweg gehen und Bremen damit noch tiefer in die Krise reiten.

#### (Beifall bei der FDP)

(B)

Den LINKEN muss ich auch noch einmal etwas zu ihrem Antrag sagen: Die Bundestagswahl ist vorbei! Was ich da gelesen habe war die Zusammenfassung ihrer Wahlplakate, das kann es doch wirklich nicht sein, wenn es denn darum geht, hier seriöse Politik zu machen, und dazu sollten wir doch jetzt nach der Bundestagswahl zumindest eine Zeit lang zurückkommen. Ich will nicht noch unseren Antrag zu Hinzuverdienstmöglichkeiten von Jugendlichen erwähnen oder nochmal die Bedarfssätze für Kinder. All das sind Dinge, die wir hier vorgetragen haben. Wir brauchen da ein anderes Herangehen. Manches Gute tun Sie ja, aber insgesamt muss man sagen, dieser Bericht ist ein Armutsbericht über die Arbeit der Koalition. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war ein Armutsbericht für die FDP!)

**Vizepräsident Ravens:** Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. Rupp (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte damit beginnen, dass ich insbesondere

der CDU Respekt dafür ausspreche, dass Sie vor diesen Zahlen Respekt haben und dass Sie akzeptieren, dass es in Bremen Armut und Armutsentwicklungen gibt und dass Sie deutlich gemacht haben, dass Ihnen diese Form von Armut nicht egal ist, sondern dass Sie sie bekämpfen wollen. Im Unterschied dazu finde ich die Haltung der FDP, das wäre nur ein ideologisches Pamphlet, zynisch. Das wird den konkreten Bedingungen hier in Bremen nicht gerecht. Wer diese Zahlen als ideologisches Pamphlet diskreditiert, hat mit der Realität in diesem Land nichts zu tun und macht deutlich, dass er Armut nicht bekämpfen will, sondern dass Armut ein notwendiger Teil seiner Ideologie ist.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Dann pflegen Sie weiter Ihre Vorurteile!)

Sie sagen interessanterweise, ich pflege meine Vorurteile. Ich begreife diesen Armuts- und Lebenslagenbericht nicht als Vorurteil. Ich akzeptiere diese Fakten. Die Zahlen, die darin stehen, sind so oder so ähnlich auch vorher schon erhoben worden, sie sind in Kontinuität zu den Arbeitnehmerkammerberichten und zum Stadtmonitoring. Wie viele Fakten und Zahlen brauchen Sie eigentlich, bis Sie akzeptieren, dass hier in Bremen eine sehr große Anzahl von Menschen arm ist oder von Armut bedroht ist? Reichen da Zahlen nicht aus? Müssen Sie dort einmal leben, um zu erfahren, wie das ist? Ich verstehe nicht, dass man das als ideologisches Pamphlet hinstellt. Das ist wirklich das Letzte, was ich hier in diesem Haus gehört habe.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Im Übrigen ist es bei uns kein Zufall, dass wir das, was wir auf Wahlplakate schreiben, auch in politische Anträge ummünzen. Ich verstehe gar nicht, wo das Problem ist.

# (Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen, zum Verteilen muss etwas da sein. Der Teil des Reichtumsberichts sagt, auch in Bremen ist mittlerweile an vielen Stellen mehr Geld vorhanden als vorher, und ich sage, zum Verteilen, auch um Armut zu bekämpfen, ist in Bremen, aber auch im gesamten Bundesgebiet mittlerweile genug da. Man muss nur mit dem Verteilen anfangen.

# (Beifall bei der LINKEN)

Ich habe auch einen Zwischenruf von dem Kollegen Günthner aufgenommen, dass wir so täten, als

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) wären wir mittlerweile in Schwarzafrika. Nein, das tun wir nicht! Ich wollte Ihnen noch einmal versichern, dass wir schon unterscheiden zwischen Lebenssituationen in Schwarzafrika, die in der Tat noch dramatischer sind als hier. Wir schließen aber auch nicht die Augen vor der Dramatik in unserem Land, und vor allen Dingen verschließen wir nicht die Augen davor, dass es nicht besser wird, sondern schlimmer.

Was ich zur Kenntnis genommen habe, ist, dass unser Angebot, über die einzelnen Dinge noch einmal zu debattieren, aufgenommen worden ist. Jetzt habe ich damit natürlich ein Problem, wir haben diesen Antrag auch gestern erst bekommen. Wir waren leider gezwungen - wir konnten nicht zu etwas einen Änderungsantrag schreiben, was wir nicht kannten -, sehr kurzfristig zu reagieren. Meine Bitte ist, dass wir diese Debatte fortsetzen. Wir können gern irgendwann einmal auch in den Ausschüssen über diese einzelnen Maßnahmen reden, ich bitte, das auch als Debattenbeitrag zu verstehen. Ich würde mich freuen, wenn wir in der Tat mögliche Ansätze von Ihrer und unserer Seite so zusammenführen, dass möglicherweise etwas Besseres daraus wird. Möglicherweise wird es nicht gehen, weil wir andere Ansätze haben. Das Angebot habe ich aber angenommen.

Ich finde, das ist auch kein Überbietungswettbewerb, sondern wir finden, allein die Tatsache, dass man sagt, das ist möglicherweise zu wenig, ist noch kein Uberbietungswettbewerb. Der Lebenslagenbericht sagt, dass zwischen 120 000 und 180 000 Menschen arm sind. Es gibt Erhebungen, die möglicherweise nahelegen, dass es mehr sind. Bundesweite Erhebungen sagen, dass die Anzahl der Menschen, die von Transferleistungen leben und arm sind, und die Anzahl der Menschen, die nicht von Transferleistungen leben und arm sind, ungefähr gleich groß sind. Wenn das stimmt, wären es in Bremen wahrscheinlich 220 000 bis 230 000 Menschen. Das Problem ist natürlich, man kann es nicht genau sagen. Mir sind aber 120 000 zu viel, und dass es möglicherweise 180 000 oder 220 000 sind, macht mich nicht sonderlich froh.

Klar ist auch, Armut entsteht nicht aus Lebenslagen, zumindest nicht zunächst. Armut entsteht im Wesentlichen durch eine Umverteilung von oben nach unten, und das sagt auch der Reichtumsbericht. Er macht klar, dass auch in Bremen die Zahl der Menschen, die mehr Geld verdienen, größer geworden ist und die Zahl der Menschen, die Transferleistungen bekommen, größer geworden ist, und dazwischen wird es dünner. Das ist ja nicht ausgedacht, das ist ja wahr. Also haben wir das Problem, dass offensichtlich zwischen denjenigen Menschen, die reicher werden, und denjenigen, die ärmer werden, ein Vermögenstransfer stattfindet. Wenn dann noch Vermögen einfach aufgrund der Tatsache entsteht, dass man Vermögen hat, das man anlegen kann, ohne noch einmal dafür zu arbeiten, wird klar, dass das, was ich oft gesagt habe, dass Reichtum ein ökonomisches Problem auch in unserem Land ist, noch einmal bestätigt wird.

(Abg. I m h o f f [CDU]: Jetzt haben wir es ja endlich! – Abg. S t r o h m a n n [CDU]:

Aber das ist ja auch weg!)

Ja, wir haben es jetzt! Bei vielen mag das Vermögen ein bisschen geringer geworden sein, aber bei relativ vielen ist es eben nicht geringer, und es ist immer noch genug da, um mit einer vernünftigen Vermögenssteuer etwas für die Finanzierung von Armutsbekämpfung zu tun.

# (Beifall bei der LINKEN)

Wenn man Armut bekämpfen will, muss man Umverteilung bekämpfen. Das kann man nicht auf Landesebene. Das kann man vor allen Dingen deswegen nicht, weil diese Form von Armut mittlerweile fester Bestandteil der gesamtbetriebswirtschaftlichen Rechnung dieser Gesellschaft, dieses Kapitalismus, ist. Er hat sich dahin entwickelt, dass er vergleichsweise viele Leute braucht, die nicht arbeiten, vergleichsweise viele Leute, die prekär arbeiten, vergleichsweise viele Leute, die zu Niedriglöhnen arbeiten. All das ist mittlerweile notwendig, um die sogenannte Wettbewerbsfähigkeit bei den Gewinnen in unserem Land zu realisieren. Deswegen ist es ein Prinzip, ein System, in dem wir leben. Ich denke, wir müssen da heran. Wenn wir diese Systematik der immer höheren Gewinne auf Kosten von immer schlechteren Arbeitsbedingungen, immer niedrigeren Löhnen nicht durchbrechen, dann haben wir keine Chance, Armut zu bekämpfen, auch nicht auf Landesebene.

# (Beifall bei der LINKEN)

Wir haben hier die Situation, in der es droht, dass jeder, der nicht unmittelbar und in Vollzeit und mit all seiner Kraft, sogar noch mit mehr, als er leisten kann, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, droht, arm zu werden. Das sind junge Menschen, alleinerziehende Frauen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Langzeitarbeitslose. Wenn man die herausnimmt, die noch Zielgruppe einer sehr intensiven Form von Beschäftigung sind – ich sage einmal, die Menschen zwischen 20 und 40 Jahren – und den Rest betrachtet, wird man feststellen, dass ungefähr 75 Prozent der Menschen in diesem Land möglicherweise von Armut gefährdet sind, wenn sie in ganz bestimmte Lebensrisiken kommen.

Dass es anders gegangen wäre, ist vergleichsweise auch klar. Wenn wir zu einem bestimmten Zeitpunkt angefangen hätten, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Lohnerhöhung dem Produktivitätszuwachs anzupassen, hätten wir heute wahrscheinlich eine Situa-

(D)

(A) tion, in der fast alle Menschen 30 Stunden und bei vollem Lohnausgleich arbeiten würden.

(Beifall bei der LINKEN – Widerspruch bei der CDU)

Ja, Sie verstehen das nicht, und das wird auch nicht mehr! Wir wissen also, dass Armut auf Bundesebene bekämpft werden muss. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir auf Landesebene einfach zuschauen müssen.

Ich komme noch einmal zurück zu dem Bericht. Der Bericht weist auch die Prozesshaftigkeit der Armutsentwicklung auf. Das will ich betonen, weil es immer noch so ist, als hätte man Zeit, und meiner Meinung nach läuft einem die Zeit ein Stück weit davon. Es sind eben Armutsprozesse. In Stadtteilen, in denen früher überwiegend Wohlhabende und Reiche gewohnt haben, werden es mehr Wohlhabende und Reiche. In Stadtteilen, wo früher überwiegend nicht so wohlhabende Menschen gewohnt haben, werden es mehr Menschen, die Schwierigkeiten haben, ihre Existenz zu bestreiten.

(Abg. Strohmann [CDU]: Wann ist man denn reich?)

Wenn man ungefähr 100 000 Euro im Jahr verdient und, ich sage einmal, ein Vermögen von einer Million Euro hat, das würde ich schon als reich begreifen.

(B)

(Abg. Strohmann [CDU]: Aber wer 100 000 Euro im Jahr verdient, hat noch keine Million!)

Ich habe gesagt, beides! Schauen Sie in den Reichtumsbericht, darin steht es doch! Es gibt Menschen, die haben vergleichsweise viel Geld, und sie werden mehr, und der Mittelteil verschwindet. Das können Sie doch nicht einfach ignorieren.

Wir müssen also auf Landesebene Armut bekämpfen. Fakt ist auch, dass dieser Bericht deutlich macht, bisher hat das, was wir an Armutsbekämpfung leisten können, noch nicht gereicht, damit sich die Verhältnisse ändern und damit sich diese Prozesse verändern.

Es ist wahr, dass auch unter Rot-Grün die Armut zugenommen hat. Das ist in meinen Augen zunächst kein Vorwurf und auch nicht als solcher zu begreifen, sondern zunächst muss man feststellen, dass es so ist, und dann muss man sich die Frage stellen, auch unter rot-grüner Landesregierung: Haben wir eigentlich das, was wir machen konnten in den letzten zwei Jahren, angefangen oder nicht? Da, sage ich auch ganz deutlich, sind Chancen verpasst worden.

Vor einem Jahr haben wir hier einen Antrag gestellt, mit dem wir gesagt haben, wir brauchen einen Masterplan Armutsbekämpfung. Da haben Sie ge-

sagt, wir warten noch einmal ein Jahr, bis der Lebenslagenbericht fertig ist. Jetzt ist der Lebenslagenbericht fertig, und jetzt ist es immer noch nicht so weit, dass Sie sagen, wir brauchen so etwas wie einen Masterplan Armutsbekämpfung. Ich sage, da hätten wir mehr machen können, und das ist die Kritik, die ich an dieser rot-grünen Regierung habe. Armutsbekämpfung ist bisher in keiner Form ausreichend durchgeführt worden, und es ist nicht gelungen, Armutsbekämpfung so durchzuführen, dass sie wirksam ist.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Ich komme zum Schluss! Zwei Sätze zum Haushalt: Wir wissen alle, in welcher Haushaltssituation wir uns bewegen. Ich fordere diese Landesregierung auf, in den Verhandlungen deutlich zu machen, dass wir so etwas wie konjunkturbedingte Armut im Land Bremen haben

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn es das nur wäre!)

und dass wir möglicherweise in der Lage sein müssen, mehr als bisher für Armutsbekämpfung auszugeben und dafür möglicherweise Schulden in Kauf nehmen müssen.

Letzter Satz: Ich verweise auf unseren Antrag, und ich möchte gern, dass nicht nur die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel eruiert werden, sondern, wenn man die Maßnahmen zusammen nimmt, auch die notwendigen finanziellen Mittel! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich sagen, auch wenn diese Debatte ein bisschen hitzig ist, ich freue mich darüber, dass diese Debatte so ausführlich geführt wird, weil ich glaube, dass uns das zukünftig in allen Bereichen von Politik weiterhin begleiten wird.

Ich kann sehr gut verstehen, wenn dieser Bericht nicht von allen in Gänze gelesen worden ist. Auch ich habe dafür relativ lange gebraucht, ihn komplett zu lesen, aber es ist in meiner Rolle natürlich auch meine Aufgabe, dies zu tun. Herr Dr. Buhlert, bei Ihnen habe ich aber den Eindruck, Sie haben ihn gar nicht gelesen!

(Beifall bei der SPD)

Das ist eigentlich ein bisschen schade.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) Zu Herrn Bartels möchte ich einfach noch einmal sagen: Sie haben gesagt, dass Ihnen das stellenweise sehr nahe gegangen ist. Das ging mir im Übrigen ähnlich, weil die Beschreibungen der Lebenslagen – völlig egal, ob es sich um Migranten handelt oder um ältere Menschen, Frauen, Kinder, Jugendliche oder was auch immer – in diesem Bericht so deutlich und lebensnah geschildert sind, dass es mir an der Stelle ganz genauso gegangen ist. Trotzdem glaube ich, dass man diesen Bericht auch unterschiedlich interpretieren kann, dass Sie andere Sachen daraus lesen als Herr Dr. Buhlert, wenn er ihn lesen würde, oder DIE LINKE oder auch wir.

(Abg. Imhoff [CDU]: Gott sei Dank!)

Was die Agenda 2010 betrifft: Dass wir davon grundsätzlich Abschied genommen haben, ist natürlich völliger Unsinn! Es ist nur so, dass wir erkannt haben, dass es Korrekturbedarf gibt, und darüber darf man doch reden. Wo ist denn da das Problem?

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen sich um die Sozialdemokraten in diesem Land wirklich keine Sorgen zu machen. Im Übrigen sind Bundestagswahlen Gott sei Dank auch immer noch etwas anderes als Landtagswahlen.

Den Antrag der LINKEN lehnen wir ab, Herr Frehe hat es schon gesagt, zum einen, weil er sich zum Teil von jeglicher Haushaltsrationalität verabschiedet, und zum anderen werden da auch Punkte benannt, die wir sowieso schon umsetzen. Ich nenne dabei einmal das Kulturticket, was wir mittelfristig auch noch mit dem Sozialticket verbinden wollen. Teilweise werden auch sozialdemokratische Selbstverständlichkeiten gefordert wie der Einsatz gegen die Aufweichung des Kündigungsschützes. So etwas brauchen Sie Sozialdemokraten nicht zu erklären!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das schaffen wir schon allein. Wir müssen uns, wie Herr Frehe schon sagte, an realistischen politischen Zielen orientieren, und ein "Höher, Schneller, Weiter" bringt uns an dieser Stelle wirklich nicht nach vorn. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort der Kollege Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wie Sie gesehen haben, nimmt die Debatte nun doch einen etwas ruhigeren Verlauf, und ich denke, das ist auch gut so.

Wir beschäftigen uns hier mit einem sehr schwerwiegenden Thema, dem wir uns als Koalition auch in besonderer Weise zugewendet haben, wie von Herrn Dr. Buhlert freundlicherweise aus dem Koalitionsvertrag zitiert wurde.

Ich möchte zunächst zu Herrn Rupp sagen, es ist in der Tat so, dass wir über viele Dinge reden können und überlegen können, dass es auch vernünftig ist – Herr Rupp, vielleicht hören Sie kurz einmal zu –, dass wir die verschiedenen Vorschläge sehr wohl zusammenführen können. Sie können es sich ja dann von Ihren Fraktionskollegen erklären lassen, was ich gesagt habe. Ich finde es richtig, dass man das diskutieren und zusammenführen kann, wenngleich natürlich Unterschiede bleiben werden.

Wir werden dabei bleiben, eine Politik zu betreiben, die realisierbar ist. Wir werden versuchen, diese sich in der Tat selbst verstärkenden Armutsprozesse konzeptionell zu durchbrechen. Ein wesentliches Element ist, relativ klare infrastrukturelle Strukturen zu schaffen, die egalitär sind, die also alle in gleicher Weise in Anspruch nehmen können und die niemanden zurücklassen. Das haben wir insbesondere bei dem Schwerpunkt gemacht, den wir hier auf die Kinder- und Jugendhilfe gelegt haben, und das werden wir auch noch weiter ausbauen, um hier eben solche sich selbst verstärkenden und auch verfestigenden Armutsprozesse zu durchbrechen.

In einem Punkt möchte ich Herrn Dr. Buhlert Recht geben. Der Teil des Reichtumsberichtes ist in der Tat sehr dürftig ausgefallen, der hätte noch etwas weiter ausgeführt werden können. Das ist aber nicht ein Problem der Autoren, sondern der Datenlage. Unsere Reichtumsberichterstattung basiert im Wesentlichen auf den Daten der Finanzämter, und die sind sehr spärlich. Insbesondere über das, was Sie angeführt haben, nämlich dass Reichtum in gewisser Weise auch nötig ist, um es in Realkapital zu investieren und damit ökonomische Prozesse anzukurbeln, gibt die Reichtumsberichterstattung kaum Auskunft. Das Problem ist aber, dass das in den letzten Jahren, das können wir an anderen Daten ersehen, nicht in Realkapital investiert worden ist, sondern in Finanzkapital.

Ich weiß nicht, ob Sie sich einmal mit John Maynard Keynes auseinandergesetzt haben, aber da ist es so, dass wir darin eine Konkurrenz sehen. Wenn die Zinsen hoch sind oder die attraktiven Geldanlagen sehr viele Profite abwerfen, dann fehlt dieses Geld für Realkapital, und dies ist genau ein Problem in den letzten Jahren gewesen, das dann auch zu weniger Arbeitsplätzen geführt hat. Diesen Prozess sollten Sie sich einmal anschauen! Reichtum, wie er hier vorkommt, ist eigentlich mehr ein Reichtum, der in unproduktives Kapital fließt und dann auch nur eine kleine Bevölkerungsschicht reicher macht und die anderen aber ärmer, so wie das in dem Bericht auch dargestellt ist.

Noch einmal zu Ihrem Bürgergeld! Ich weiß nicht, ob Sie die Diskussion des Bürgergeldes kennen. So-

(D)

(A) weit mir bekannt ist, beginnt sie mit Milton Friedman, einem amerikanischen Ökonomen, dem es im Wesentlichen darum ging, Sozialleistungen so zusammenzufassen, dass man sie reduzieren und auf ein Mindestmaß begrenzen kann. Bei allen Diskussionen um Bürgergeld fehlt mir, dass eine bedarfsgerechte Differenzierung erfolgt, denn selbst wenn ich von 1 000 oder 2 000 Euro Bürgergeld ausgehen würde, und mit an die gesamten Krankenversicherungsleistungen denke, dann, denke ich, ist Armut in der Tat vorprogrammiert. Bürgergeld führt zu kollektiver Ar-

> (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Dr. Buhlert, wenn Sie beklagen, dass der Koalitionsvertrag nicht so furchtbar von den Befunden abweicht, die jetzt im Armuts- und Reichtumsbericht gemacht worden sind, dann kann ich nur sagen, ja, wir haben, als wir den Koalitionsvertrag formuliert haben, sehr genau überlegt – wir sind ja mitten in der Gesellschaft –, welche Lebenslagen wir hier zugrunde legen müssen. Wenn diese jetzt noch statistisch und empirisch bestätigt werden, dann heißt es einfach, die haben vorausgedacht und die richtigen Schwerpunkte gesetzt, und dieser Koalitionsvertrag ist, wenn man so will, ein Juwel an Regierungspolitik.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Noch einmal zu Herrn Bartels: Sie habe ich in einem Punkt nicht richtig verstanden. Ich habe verstanden, dass Sie es beklagen, dass zum Beispiel ein so hoher Anteil aufstockende Leistungen in Anspruch nehmen muss und nicht von der Arbeit leben kann, also das, was man in der Wissenschaft als "Working Poor" bezeichnet, und dass der Anteil in Bremen so hoch ist, und gleichzeitig engagieren Sie sich gegen Mindestlohn. Eine dieser wesentlichen Elemente, dieses "Working Poor" zu vermeiden, ist der Mindestlohn, und ich kann überhaupt nicht verstehen, wie Sie die beiden Dinge miteinander verknüpfen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Beilken [DIE LIN-KE]: Und zwar von 10 Euro!)

Sicher kann man 10 Euro fordern, wunderbar, warum nicht 15 Euro? Wir können da irgendeine Zahl greifen, die uns angemessen scheint. Ich finde es wichtig, dass erst einmal der erste Schritt gemacht worden ist, dass wir schauen, wie es im europäischen Vergleich ist, und der erste Schritt wären 7,50 Euro in Deutschland. Im europäischen Vergleich ist er, soweit ich weiß, in den meisten europäischen Staaten, die Mindestlohngesetzgebung haben, bei etwas über acht Euro. Lassen Sie uns damit vorsichtig anfangen,

um auch dem Argument vorzubeugen, das von anderer Seite kommt, dass damit Arbeitslosigkeit induziert wird! Ich glaube das nicht, denn in den anderen europäischen Ländern haben wir andere Erfahrungen. Lassen Sie uns damit beginnen, dann können wir das weiterentwickeln, und ich denke, das wäre auch ein richtiger Ansatz, wo wir uns durchaus treffen können!

Bei den übrigen Vorschlägen, die Sie in ihrem Ergänzungs- oder Änderungsantrag gemacht haben, sind Punkte enthalten, die meines Erachtens im Bezug auf den Haushalt nicht geprüft worden sind. Meine Kollegin hat es gesagt, manches ist diskussionswürdig, manches eher nicht. Dieser Diskussion stellen wir uns. Spätestens wenn – wie in unserem Antrag vorgesehen – die Vorschläge des Senats vorliegen, haben wir wieder Gelegenheit, hier zu diskutieren, aber wir stellen uns dieser Diskussion natürlich auch außerhalb, weil uns diese Überlegungen, wie Armut hier in Bremen aufgebrochen werden kann und welche Instrumente wir realistisch gesehen mit unserer Haushaltspolitik haben, permanent beschäftigen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Vizepräsident Ravens:** Als nächster Redner hat das Wort Herr Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil vielleicht doch einige Dinge zurechtgerückt werden sollten. Herr Rupp, das war für einen Ingenieur intellektuell schon ziemlich fragwürdig, was Sie da gemacht haben mit Ihrer Aussage, dass ich Armut geleugnet hätte. Ich habe nicht die Armut geleugnet, ich habe deutlich gemacht, dass sie Folge sozialdemokratischer Politik in 60 Jahren hier ist, und ich habe deutlich gemacht, dass es 120 000 bis 180 000 arme Menschen gibt, und mich darüber aufgeregt, dass die Definition vom Senat nicht sinnvoll getroffen worden ist, sodass der Senat nicht sagt, wie und mit welchen Maßnahmen er sie bekämpfen will.

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Damit habe ich nicht die Fakten als ideologisches Pamphlet gekennzeichnet, sondern die Maßnahmen, die darin stehen, die Fakten stehen auch woanders, die leugne ich nicht. Mir geht es darum, dass Maßnahmen vorgeschlagen worden sind mit einer ganz bestimmten Brille, mit einer ganz bestimmten Politik. Das ist ja auch nicht verwerflich, wir sind in unterschiedlichen Parteien, wollen unterschiedliche Politik machen, das ist in Ordnung, aber wir leugnen nicht Armut, wir sehen sie, wir wollen sie bekämpfen, wir

(A) unterscheiden uns in den Maßnahmen und da drastisch!

(Beifall bei der FDP)

Der nächste Punkt ist der: Wenn Sie, Herr Frehe, so deutlich loben, wie weitsichtig der Senat mit dem Koalitionsvertrag und hier mit dem Bericht ist, möchte ich das mit einem Fall falsifizieren. Alleinerziehende haben Sie sowohl im Koalitionsvertrag, wenn ich es richtig weiß, als auch im Berichtsentwurf übersehen. Ich weiß, dass Sie dort tätig sind, aber es ist so, dass hier deutlich gemacht werden muss,

(Abg. Frau Garling [SPD]: Ich sage doch, er hat das nicht gelesen!)

man muss doch die richtigen Maßnahmen ergreifen! Ich habe schon für den schnelleren Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen geworben, ich habe für unser Bürgergeld geworben, das ist eben das Richtige. Ich kann es noch ergänzen durch die liberalen Ideen zur Steuerpolitik,

(Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

die die größten Freibeträge eben nicht nur für obere Einkommen vorsehen, sondern auch Ideen für untere Einkommensbezieher haben, weil es uns nämlich gerade als Bremer Liberale wichtig ist. Wir haben damals auf dem Bundesparteitag dafür gesorgt, dass das so deutlich herausgearbeitet worden ist mit einem von mir gestellten Änderungsantrag. So etwas hier einfach schlankweg zu behaupten, ist für mich auch ein Übersehen dessen, was wir konkret fordern, und ein klarer Beweis dafür, dass Sie uns gern als Feindbild nutzen, um sich damit selbst zu profilieren, und sich nicht mit den Vorschlägen auseinandersetzen wollen.

Wir haben es bei der Frage Hinzuverdienstmöglichkeiten und bei der Frage, wie Umverteilung gesehen wird, gesehen. Wir als Liberale in Bremen sagen, wir können uns nicht das Umverteilen mit städtischen Mitteln und Landesmitteln leisten. Bremen ist zu hoch verschuldet. Wir wollen, dass die Transferzahlungen festgelegt werden, dass einmal umverteilt wird durch das Steuersystem, durch Bürgergeld, und dann richtig, sodass nicht jedes Mal mit Kindergartenbeiträgen, mit Kulturtickets, mit Sozialtickets immer wieder Umverteilung gemacht werden muss, die am Ende dazu führt, dass diese Stadt arm ist, arm im Sinne von hoch verschuldet, und damit auch die Chancen zukünftiger Generationen stark eingeschränkt sind. Wir sehen es doch im Bildungssystem, wo alle gern mehr ausgeben wollten und auch mehr ausgegeben werden muss an der einen oder anderen Stelle. Ich hoffe wenigstens, dass Effektivitätssteigerungen möglich sind, denn dort ist doch einer der Schwerpunkte, wir brauchen einen weit stärkeren Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

(Abg. Frehe [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Kollege Dr. Buhlert, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Frehe?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Nein, Herr Frehe oder andere haben die Gelegenheit zu zitieren, wenn Sie mir zeigen wollen, dass ich mich mit den Alleinerziehenden irre, dafür brauche ich jetzt keine Zwischenfrage.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das bestätigen wir Ihnen so! – Abg. F r e h e [Bündnis 90/ Die Grünen]: Seite 289 des Berichts!)

Wir bleiben dabei, wenn wir schauen, wie es geht und wo Geld ausgegeben werden muss, ist Bildung einer der Punkte, wir kommen gleich noch zur Lehrerbildung. Da ist uns noch die Frage ganz wichtig, wie viele Ganztagsschulen wir denn am Ende des Tages geschaffen haben. Dann muss man schauen, ob es nicht schneller geht durch Zusammenlegung von Horten und Grundschulen. Wir müssen schauen, wie es denn um Ihr Verhalten da bestellt ist. Wir haben gestern in der Stadtbürgerschaft als Liberale zur Kenntnis genommen, dass Sie die Fahrtkosten eben nicht zu jeder Schule bezahlen wollen, sondern nur zur nächsten, und damit Bildungschancen weiter nach Stadtteilen verteilen wollen, weil Sie die Kinder im Stadtteil halten wollen. Für die Kinder, die jetzt da sind, ist es zu spät, bis die Bildungsreformen, die wir zum Teil unterstützen, greifen. Das muss man eben auch sehen, und deswegen haben wir hier die Änderung der Fahrtkosten gewollt. Auch solche Maßnahmen haben Sie abgelehnt, deswegen werden Sie von uns keine Zustimmung erhalten. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau Garling [SPD]: 30 Seiten über Alleinerziehende!)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete! Bremen ist ein starkes, ein leistungsfähiges und produktives Bundesland. Wir liegen in der Wirtschaftskraft an der zweiten Stelle der deutschen Länder. Wir glänzen mit exzellenter Wissenschaft, mit einer exzellenten Verknüpfung von Wissenschaft und Wirtschaft. Wir sind stark im Bereich der Umwelttechnologie und bei den erneuerbaren Energien. Wir holen auf im Bereich Tourismus. Wir sind stolz auf die Bürgerinnen und Bürger, die sich ehrenamtlich engagieren, die als Mäzene und als Stifter in unseren beiden Städten Gutes tun. Das sind Stärken, und das ist sicherlich auch Reichtum.

(D)

(A) Das muss gleichzeitig auch Ansporn sein für die Bremer Bürgerinnen und Bürger, für die Menschen in Bremen und Bremerhaven, diese beiden Städte, unser Land, stärker zu machen, denn Fakt ist auch, dass eben nicht alles gut ist.

Es geht darum zu sagen, was auch Sache ist und was die andere Seite der Medaille ist. Genau deshalb hat der Senat diesen Armuts- und Reichtumsbericht vorgelegt. Ich bin dankbar und sage Dank auch all denen, die als Expertinnen und Experten aus den Sozialverbänden, aus Kirchen, aus vielen Initiativen und aus der Verwaltung aus Bremen und Bremerhaven an diesem Bericht mitgearbeitet haben, unter dem Blickwinkel Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven genau hinzuschauen.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Neben Wohlstand und gesicherten Verhältnissen sehen wir viel zu viele überschuldete Haushalte. Wir sehen zu viele Schulabbrecher und zu viele Kinder, die von Sozialtransfers leben müssen und in tatsächlicher oder relativer Armut leben. Wir sehen Kinder, die in Armut leben, diese Armut aber nicht etwas Angeborenes ist, sondern immer auch mit Arbeitslosigkeit der Eltern zu tun hat, mit Arbeitslosigkeit von alleinerziehenden Müttern in ganz überwiegendem Maße zu tun hat. Zur Vollständigkeit gehört sicherlich, an dieser Stelle auch zu sagen, dies ist kein Erscheinungsbild nur hier im Lande Bremen und kein bremisches Phänomen, wenn man so sagen möchte, sondern es ist ein bundesweites Problem, und genau deswegen müssen wir auch auf allen Ebenen daran arbeiten und handeln. Bund, Länder und Gemeinden und engagierte Bürgerinnen und Bürger sind gleichermaßen gefragt.

(B)

Deswegen müssen wir über den sozialen Zusammenhalt in unserem Bundesland reden. Was heißt das, sozialer Zusammenhalt? Sozialer Zusammenhalt heißt für uns, heißt für mich, dass wir möglichst jeden mitnehmen und niemanden und schon gar keine Kinder am Wegesrand stehen lassen. Das heißt, gesellschaftliche Solidarität zu leben, füreinander einzustehen und denjenigen zu helfen, die diese Hilfe am dringendsten benötigen. Sozialer Zusammenhalt heißt Chancengerechtigkeit, heißt Möglichkeit der Teilhabe, heißt natürlich auch, präventive Angebote zu machen, dass alle daran teilhaben können.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deswegen ist sozialer Zusammenhalt auch nicht etwas Abstraktes, etwas, was man als Wort, als Thema in den Raum stellt, sondern sozialer Zusammenhalt ist etwas ganz Konkretes, das gelebt werden kann, gelebt werden muss, und das jeden Tag wieder neu und von uns allen. Sozialer Zusammenhalt sind gute

Kindergärten, in denen die Jüngsten, in denen die Mädchen und Jungen von Anfang an optimal gefördert werden und auch die Eltern in diese Arbeit einbezogen werden, wo wir uns entwickeln von einer Kindertagesstätte zu Familienzentren, wo mitgenommen wird, wo insbesondere da etwas getan wird, wo Familien eine Unterstützung brauchen, wo sie in dieser neuen Situation, Kinder zu haben, neue und andere Fragen haben, die wir versuchen müssen zu beantworten

Sie auf den Weg mitzunehmen, dies gilt insbesondere - und das sehe ich immer wieder bei meinen Besuchen – für Menschen mit Migrationshintergrund, ihnen auch die nötigsten Hilfestellungen zu geben. Sozialer Zusammenhalt steht auch für kostenloses Mittagessen in den Kitas. Sozialer Zusammenhalt entsteht mit engagierten Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen, die die Potenziale eines jeden Kindes individuell fördern. Sozialer Zusammenhalt heißt auch, die Menschen mit Migrationshintergrund in die Mitte unserer Gesellschaft zu holen, und dieses Miteinander, Sich-Begegnen, Miteinander-Diskutieren, wie wir es gerade unlängst beim Integrationsgipfel getan haben, und daraus auch einen ganzen Strauß von gemeinsamen Verabredungen getroffen haben, das ist ein Teil des sozialen Zusammenhalts.

Sozialer Zusammenhalt bedeutet, dass starke Schultern in unserer Gesellschaft mehr tragen können und auch mehr tragen müssen, als es schwache tun können. Das heißt auch, dass wir in den Quartieren, in den Stadtteilen, wie zum Beispiel Gröpelingen, in der Tat mehr und andere Unterstützung geben, als wir es möglicherweise in Oberneuland oder Schwachhausen tun müssen. Für den sozialen Zusammenhalt stehen natürlich auch unsere Unternehmen, Betriebe und Firmen, die über die Notwendigkeit hinaus ausbilden, die bereit sind, jungen Menschen eine Chance zu geben, auf dem Weg von der Schule in den Beruf eine ordentliche Ausbildung zu bekommen und einen wichtigen Schritt in ihrem Leben voranzukommen.

Vor dem Hintergrund knapper Kassen müssen wir die begrenzten Mittel in die soziale Infrastruktur geben, wir müssen sie in die Stadtteile geben, dort, wo sie möglichst vielen Menschen zugute kommen. In den Stadtteilen müssen ganz sicherlich auch die vorhandenen Einrichtungen, die Vereine, die Initiativen noch enger als bisher zusammenwachsen. Kita, Schule, Nachbarschaftstreff, soziale Dienste, Häuser der Familien und Pflegeeinrichtungen werden von vielen Menschen gebraucht und nicht nur von denjenigen, die Sozialleistungen beziehen. Diese Einrichtungen wollen wir noch mehr gemeinsam mit denen, die eine engagierte und gute Arbeit dort vor Ort zu einem ganz großen Teil auch ehrenamtlich – leisten, weiter in den Stadtteil öffnen und sie als wichtige Begegnungsräume, so möchte ich es einmal sagen, und auch allgemeine und offene Bildungsangebote weiter stärken und unterstützen.

(A) Ich bin gerade heute Mittag an der Robinsbalje gewesen, in diesem Quartiersbildungszentrum, für das wir gemeinsam, die Kollegin Jürgens-Pieper, der Kollege Dr. Loske und ich, heute den Grundstein legen dürfen, passiert genau das, dass nämlich über die einzelnen Bereiche, über die einzelnen Felder hinweg eine gemeinsame Politik für die Menschen in den Stadtteilen gemacht wird, die eine Unterstützung brauchen. Es gilt natürlich immer noch: Wir brauchen, und das habe ich an dem Beispiel der Alleinerziehenden deutlich gemacht, mehr Arbeitsplätze in Bremen und Bremerhaven, denn gute Arbeit ist eigentlich der wirksamste Beitrag gegen Armut, gute Arbeit ist Sozialpolitik.

#### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich unterstütze deswegen als Sozial- und Arbeitssenatorin ganz ausdrücklich die Bemühungen des Kollegen Nagel, des Wirtschaftssenators, damit unser Bundesland für Unternehmen und auch für Jobs noch attraktiver wird. Ich unterstütze das, was in Bremen und Bremerhaven bestehende Arbeitsplätze sichert und neue Arbeitsplätze schafft. Sie wissen alle, dass wir hier insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, der Windenergie fast ein Alleinstellungsmerkmal in der Bundesrepublik haben. Das ist einer der Punkte, die weiterentwickelt werden müssen, aber wir müssen uns natürlich auch im Bereich der Dienstleistungsberufe weiterentwickeln, und wir müssen dort auch darüber sprechen, dass Dienstleistung, insbesondere Dienstleistung an und für Menschen, etwas kostet.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wir sind – und das sage ich an dieser Stelle auch als Sozialdemokratin – Anwalt für Menschen, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, und wir sind natürlich auch Anwalt für, das sage ich sehr deutlich, gute Arbeitsbedingungen auch im Bereich von Leiharbeit, wir müssen in dem Bereich dafür sorgen, dass hier entsprechende Kündigungsschutzmechanismen auch weiterhin Bestand haben.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Jeder von uns ist natürlich gefordert, dass nicht nur diese Jobmotoren wie Flughäfen, Häfen, Tourismus, Lebensmittel, Wirtschaft, Logistik in unserem Land in der Krise bestehen können. Dazu haben wir einiges getan, dass wir diese schwierige Zeit auch in der Wirtschaftskrise überstehen. Auch wenn das nicht Thema des Armuts- und Reichtumsberichts ist, so ist es doch etwas, was wir daraus entwickeln müssen und wo wir aktuell auch handeln müssen. Wir müssen natürlich auch dafür sorgen, und da sind wir ge-

fordert, dass dies nach der Krise auch entsprechend qut weiterläuft.

Das ist eine Aufgabe, die wir hier allerdings nicht im Bundesland Bremen und schon gar nicht allein schultern können, sondern die ganz wesentlich natürlich auch bundespolitische Maßnahmen braucht. Wir tragen mit klugen und vernetzten Programmen und zukunftsorientierten Qualifizierungen dazu bei, hier in dieser Phase wichtige Beiträge in und auch nach der Krise zu leisten. Da gilt mein Dank den Partnern, die in der Vereinbarung auch wichtige Anstrengungen unternehmen, das sind wichtige Signale für die Menschen in unseren beiden Städten.

Klar ist aber natürlich auch, und ich habe das eben angesprochen, dass wir nicht alles allein und vor Ort in Bremen lösen können. Es braucht hier nicht nur Signale, sondern auch Aktivitäten in Berlin. Wir kämpfen, und das tun wir auch weiterhin, für richtige und notwendige Weichenstellungen. Wir haben uns in den letzten Monaten sehr intensiv - und da, darf ich sagen, waren wir hier in Bremen mit die Ersten - auf den Weg gemacht, uns für veränderte Regelsätze von Kindern, einzusetzen und für ein Schulstartpaket. Das sind Punkte, für die wir uns zu einem Teil auch gemeinsam mit anderen Bundesländern, die sich ebenfalls dafür stark gemacht haben, eingesetzt haben. Das sind erste wichtige Signale, wir dürfen dort nicht stehen bleiben, sondern dort muss auch weiterhin daran gearbeitet werden.

Ein Themenblock, der hier auch bereits eine Rolle gespielt hat – und ich kann das nur noch einmal unterstreichen – ist natürlich das Thema Mindestlohn, für den wir uns von Anfang an sehr nachdrücklich eingesetzt haben, denn jeder Mensch, und das sage ich noch einmal ganz deutlich, der acht Stunden am Tag arbeitet, muss auch von seinem Lohn auskömmlich leben können, das bleibt und ist Fakt.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns in der Tat über eine Kindergrundsicherung unterhalten. Alles das müssen wir in den nächsten Monaten weiterhin tun, auch aus dem Bundesland Bremen in Richtung Berlin, denn das stärkt unser Land und bringt den Bürgerinnen und Bürgern, den kleinen wie den großen Menschen in Bremen und Bremerhaven Chancengerechtigkeit und die Möglichkeit der Teilhabe. Wir müssen dort insbesondere die im Blick haben, die in der Tat nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen

An dieser Stelle sei auch ganz deutlich, damit Sie noch einmal angesprochen werden, Sie haben ja einiges hier in der politischen Debatte gesagt, ich will zunächst mit dem Beitrag der FDP beginnen, Herr Dr. Buhlert! Sie haben uns ja hier in sehr kämpferischen Bildern einiges deutlich gemacht, und ich will nur noch einmal aufgreifen: Es ist ja sehr löblich, dass

(D)

(A) Sie die Koalitionsvereinbarung sozusagen neben unseren Lebenslagenbericht gelegt haben. Genau an der Stelle wird deutlich, dass wir von Anfang an mit dieser rot-grünen Regierung eine Politik gemacht und Schwerpunkte gesetzt haben, die eben diesen Zusammenhalt stärkt und die Lebenslagen von Menschen verbessern soll.

#### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Ich sehe überhaupt nicht, und ich will da auch noch einmal vielleicht in der Kiste zurückgreifen, an der Stelle, wenn Sie immer wieder vorantragen und sagen, wir müssen die Gewoba verkaufen, so ist das kein Beitrag zum sozialen Frieden und zur Unterstützung der Menschen in schwierigen Lebenslagen.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Sie zeigen an der Stelle ganz sicherlich auch noch einmal – und das ist, glaube ich, in dem zweiten Redebeitrag von Ihnen, Herr Dr. Buhlert, deutlich geworden –, welche Vorstellungen von sozialem Zusammenhalt Sie wirklich haben. Das ist hier in Ihrem Beitrag, glaube ich, sehr deutlich geworden.

Herr Bartels, ich glaube, es ist auch nicht die Aufgabe, dass wir hier über Prozentzahlen aus der Bundestagswahl sprechen, aber ich will einfach noch einmal erinnern: Es gibt eine Aufgabe, die richtig dringend ist, und das ist auf die Reihe zu bringen, nämlich nach der Weigerung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die Jobcenter ein sicheres Fundament werden müssen für die Aufgabe, die wir in den nächsten Monaten auch auf die Reihe bringen müssen.

(B)

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das ist ein wichtiger Punkt, da gibt es schon einen gewissen Zeitdruck, und ich hoffe sehr, dass dies hier jetzt auch sehr schnell auf den Haken genommen wird.

Kein Beitrag zum sozialen Frieden ist es ganz sicher auch, wenn die LINKE sehr stumpf und dabei die Haushaltslage außer Acht lassend Versprechen macht.

## (Zuruf von der LINKEN)

Das ist kein verantwortungsvoller Umgang, und das streut den Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen. Wir brauchen hier das, was wir auch in unserer Koalitionsvereinbarung gemacht haben, wir brauchen eine Schwerpunktsetzung, die deutlich macht, dass wir Geld investieren in diese Bereiche, in den sozialen Zusammenhalt und in die ganz konkreten Projekte Geld geben. Ich brauche hier keine Luftschlösser,

sondern ich brauche hier konkrete Maßnahmen für die Menschen vor Ort.

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Dieses Thema ist in der Tat viel zu ernst, als dass es in irgendeiner Weise geeignet wäre für irgendwelche Spielchen und für unseriöse Versprechungen.

#### (Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Ich setze vielmehr auf Ihre Unterstützung, ich setze auf die Unterstützung hier in Bremen und natürlich auch in Berlin, und natürlich – und das sage ich auch ganz deutlich –, darf dieser Lebenslagenbericht, dieser Armuts- und Reichtumsbericht nicht in der Schublade verschwinden, er muss in jedem Ressort eigentlich auf dem Tisch des Senators, der Senatorin liegen.

#### (Beifall bei der SPD)

Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, hieran zu arbeiten, und ich denke, der heutige Tag ist ein richtiger, wichtiger und guter Schritt gewesen, gemeinsam ein Familien-, Quartiers- und Bildungszentrum dort auf den Weg zu bringen. Das sind die richtigen Signale.

#### (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns, sicherlich auch mit Mut, aber auch mit Tatkraft und Weitblick die Stärken unseres Landes stärken und entschlossen die Schwächen unseres Landes abbauen! Meine ganz herzliche Bitte – und ich bin dankbar für den Antrag, der hier von der Regierungskoalition vorgelegt worden ist –, dies als ein Thema auch nicht nur in der Diskussion zu behalten, sondern dies als ein ständiges Thema auch in unseren einzelnen Aufgaben in den einzelnen Bereichen mit zu bearbeiten und zu verabreden, dies auch erneut auf die Tagesordnung hier in der Bürgerschaft zu setzen! – Ich danke Ihnen sehr herzlich!

# (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraf 51 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

(A) Wer dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer 17/949 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Abg. Möhle [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/938 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/938 eine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Abg. Möhle [parteilos])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen CDU, DIE LINKE und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksache 17/851, Kenntnis.

#### Lehrerausbildung

Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 3. Juni 2009 (Drucksache 17/816)

Dazu

#### Mitteilung des Senats vom 18. August 2009

(Drucksache 17/884)

Wir verbinden hiermit:

#### Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 18. Juni 2009 (Drucksache 17/848)

sowie

## Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen mit Lehrern

(C)

(D)

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Juni 2009 (Drucksache 17/818)

Dazu

# Mitteilung des Senats vom 22. September 2009

(Drucksache 17/932)

u n d

# Lehrerinnen und Lehrer für Bremen und Bremerhaven gewinnen!

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU vom 25. August 2009 (Neufassung der Drucksache 17/894 vom 19. August 2009) (Drucksache 17/907)

des Weiteren

#### Sicherstellung einer ausreichenden und qualitativ guten Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen vom 29. September 2009 (Drucksache 17/940)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antworten auf die Großen Anfragen in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, Frau Senatorin Jürgens-Pieper, dass Sie darauf verzichten wollen,

(Senatorin Jürgens-Pieper: Ja!)

sodass wir gleich in die Aussprache eintreten können.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den nächsten zehn Jahren werden wir in Bremen und Bremerhaven mehr als 2 600 Lehrer neu gewinnen müssen. Es ist nicht so, dass wir das als einziges Bundesland tun müssen und das überall anders kein Problem sei, sondern es geht allen Bundesländern mehr oder weniger so. Mecklenburg-Vorpommern bildet dabei eine der wenigen Ausnahmen. Wenn wir das im Auge behalten, bedeutet dies, wir stehen hier in einem Wettbewerb um die besten Lehrer, die die bestmögliche Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen hier im Lande überhaupt erst ermöglichen.

(A) Es war heute so schön eindrucksvoll bei der 150Jahre-Feier von Kippenberg. Dort wurde gesagt, wir
brauchen Lehrer, die für ihr Fach brennen und begeistern können. Und genau das ist es, wir brauchen
Lehrer, die fachlich qualifiziert sind, Spaß an dem
Beruf haben und das gern vermitteln und nicht etwa
als Job sehen, sondern als Berufung! Das ist für uns
wichtig.

(Beifall bei der FDP)

Neben diesem qualitativen Problem gibt es ein quantitatives Problem, nämlich die Frage: Gibt es nicht Menschen, die irgendwie im Laufe ihres Berufslebens feststellen, dass sie ganz gute Lehrer sein könnten, aber eben ihren Berufsweg anders gegangen sind? Wie sieht es denn bei Leuten aus, die ein Bachelor-Studium gemacht haben, das nicht einschlägig auf den Lehrerberuf vorbereitet? Warum gelingt es nicht, da Master-Aufbaustudiengänge anzubieten, die den Quereinstieg ins Studium, den Umstieg, so will ich es nennen, ermöglichen? Welche Möglichkeiten können wir dort schaffen? Diese Fragen wollen wir weiterhin geklärt wissen, dafür haben wir unseren Antrag und unsere Anfrage gestellt.

Uns geht es darum, kontinuierliche Verbesserungsprozesse zu implementieren. Deswegen finden wir es an dieser Stelle auch schade, dass die Verbesserung der Bachelor-Studien erst wirklich angegangen werden soll, wenn die ersten durch ihre Referendariatsausbildung gegangen sind, so verstehe ich die Antwort des Senats. Ich würde mir wünschen, dass es einfach kontinuierliche Verbesserungsprozesse gibt. Wenn man immer nur in Etappen arbeitet, kommt manche Verbesserung, die vielleicht vorher schon sinnvoll wäre, für diejenigen zu spät, die wir dort schon im Prozess haben.

(B)

Wir haben mit dem neuen Schulgesetz auch Dinge, die wir als FDP sehr gut finden, die Inklusion ist einer dieser Punkte, eine Sache, die unserer Meinung nach hätte schneller kommen können, das ist jetzt anders. Aber was auf jeden Fall wichtig ist, ist, ob und wann wir dafür entsprechend qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer haben, weil man das nicht machen kann ohne Personen, die dazu in der Lage sind. Auch das heißt etwas an Änderung für die universitäre Ausbildung auf der einen Seite, aber auch für die Fortund Weiterbildung auf der anderen Seite. Dort müssen wir uns in den weiteren Diskussionen, die wir hier zu diesem Thema auch noch haben werden und haben müssen, weiter Gedanken machen, wie da das Zusammenspiel von universitärer Ausbildung, universitärer Fort- und Weiterbildung und den Angeboten des Landesinstituts für Schule ist. Das ist ein Zusammenspiel, das wir dort genau sehen müssen und wo mir aus den Antworten und aus den bisherigen Debatten nicht ganz klar ist, welche Rolle wer hat und welche Aufgabe wer schultert und welche Aufgaben da in Zukunft geschultert werden sollen. Insofern ist auch das eine Frage, die noch weiter geklärt werden muss.

Ich möchte bei dem Antrag noch auf einen weiteren Punkt, der uns wichtig war, eingehen. Wir brauchen, wenn denn solche Dinge gemacht werden, wie sie in Bremerhaven auch erfolgreich gemacht werden, Lehrer aus dem Ausland zu gewinnen, um in Bremerhaven zu unterrichten, dafür verbindliche, qualitativ hochwertige Begleitprogramme, damit diese Lehrer mit dem, was hier gefordert ist, auch vertraut gemacht werden und entsprechend qualifiziert werden.

Wir müssen auch Ideen entwickeln für Leute, die ein Lehramtsstudium dort abgeschlossen haben, was bisher nicht anerkannt wird. Ich kenne solche Menschen, die haben hier, als sie nach Deutschland gekommen sind, ganz andere Berufe ergriffen. Die hätten sich aber durchaus vorstellen können, weiter als Lehrerin oder Lehrer zu arbeiten, konnten das aber nicht aufgrund der Nichtanerkennung. Dann ein ganzes Studium wieder zu absolvieren, haben sie dann nicht eingesehen, was ich auch verstehen kann, denn es ist falsch, dass die Ausbildung dort gänzlich nichts taugt. Es gibt Wissen, das man dann hätte durch Aufbaustudien oder Weiterqualifikation vermitteln können, sodass kurzfristig Lehrkräfte zur Verfügung gestanden hätten. Ich glaube, wir haben hier auch noch ein großes Reservoir von Akademikern, die dort im Ausland ausgebildet wurden und hier weitergebildet werden können, um im Lehrerberuf tätig zu werden. Auch in diesem Fall müssen wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um diese Möglichkeiten auszuschöpfen.

2 600 Menschen in den nächsten zehn Jahren ist nicht wenig, deswegen erwarten wir auch eine Antwort vom Senat auf die Frage, wie die Ausbildungskapazität am Landesinstitut für Schule in Zukunft sein soll. Dazu gibt es Debatten. Ich habe jetzt auch Stellungnahmen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft dazu gehört. Aber die Frage, die ich mir gestellt habe, ist, was wir denn brauchen. Eines ist klar, das ist meine Erfahrung, Leute, die hier ihr Referendariat gemacht haben und sich hier eine Wohnung gesucht haben, sind ein bisschen immobiler. Das hat den Vorteil, dass sie zum guten Teil hier bleiben. Das müssen wir uns zunutze machen, um hier dann unsere Bedarfe und insbesondere die in Bremerhaven zu decken. Dort sind ja Abwanderungstendenzen stärker als in Bremen, und es ist noch schwerer, Lehrer für die Seestadt zu gewinnen. Wir müssen dem entgegenwirken. All das ist notwenig, wie gesagt, um diese große Lücke, die sich dort auftut, qualifiziert zu schließen.

Insofern ist der Gedanke ja auch ein spannender, wie man es schaffen kann, dass die ganzen Lehrer, die fachfremd unterrichten, so qualifiziert werden, dass sie zukünftig durch entsprechende Fort- und Weiterbildung nicht mehr fachfremd unterrichten. Ich habe das letztens bei einer Veranstaltung der Sportjugend gehört, das kann man auch in anderen Fachveran-

(A) staltungen hören: Es ist ein Unterschied, ob Unterricht qualifiziert unterrichtet wird oder fachfremd. Es gehört eben doch etwas dazu. Man kann wirklich nur begeistern und Methodenvielfalt an den Tag legen, wenn man sich in dem Thema zu Hause fühlt, wenn man ausgebildet ist und spielerisch mit dem Wissen umgehen kann und deutlich machen kann, welchen Schatz dieses Wissen einem im Leben bieten kann.

Wir kennen doch alle die Situation, in der die Fragen im Mathematikunterricht gestellt werden: Wofür lerne ich das überhaupt? Dazu eine Methodenvielfalt den Lehrkräften beispielsweise an die Hand zu geben, um zu sagen, da kann man das gebrauchen, dafür taugt das, und so kann man damit zu begeistern. So begeisternde Menschen zu erleben wie beispielsweise Professor Dr. Peitgen in seinen Vorträgen, ist beeindruckend. Da muss man sagen: Leute, die so für ihre Fächer brennen, die brauchen wir viel mehr, und die brauchen wir vor allem an den Schulen, weil sie es sind, die das prägen, was die Kinder am Ende dann in ihrem Leben aus dem, was sie an Rüstzeug mitbekommen haben machen. Das gilt für Musik ebenso wie für die anderen Mangelfächer, die wir haben, für die Physik, die Biologie, die Chemie und für die anderen Naturwissenschaften will ich das auch noch einmal explizit sagen. Das fachfremd zu unterrichten ist schwierig, und es macht dann eben auch Probleme, das so zu vermitteln, was man schon in frühen Jahren vermitteln kann.

In diesem Sinne wollten wir mit unserer Großen Anfrage die Qualitätsverbesserung anschieben. Ich hoffe, das ist damit gelungen, und wir werden weiter darüber diskutieren. In der Bildungsdeputation wird dazu sicherlich noch an vielen Stellen die Gelegenheit sein. Wir wollten das quantitative Problem angehen, das durch die andere Anfrage auch deutlich geworden ist. Ich möchte einmal sagen, bei Berichten und Anfragen muss man nicht immer erst einen Tag vorher die Anträge dazu generieren, das kann man auch rechtzeitig und früher, so wie unseren Antrag, den wir dann jetzt gemeinsam mit der CDU nach kleinen Änderungen erneut eingebracht haben.

Wir haben eben gesehen, man muss dann auf einen Bericht entsprechend reagieren und Vorschläge machen, was getan werden kann, oder weitere Berichtsbitten in gezielte Richtungen äußern, damit klar wird, wie dieses Problem gelöst wird. Wenn wir das Problem nicht lösen, leidet die Zukunftsfähigkeit Bremens und Bremerhavens. Wir können nicht darauf bauen, dass wir gute Hochschulen haben, wir brauchen auch gute Schüler, die überhaupt diese Schulen erfolgreich besuchen können. Nur dann gelingt es, hier diesen Standort langfristig zu sichern. Außerdem brauchen wir diese guten Schüler auch, um in der dualen Ausbildung gute Ergebnisse zu erzielen. Denn es ist nicht so, dass nur Akademiker unseren Standort tragen, sondern wir brauchen dazu auch die breite Menge der Menschen im Handwerk und in anderen Betrieben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Spieß.

Abg. Frau **Dr. Spieß** (CDU)\*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich den Worten von Herrn Dr. Buhlert anschließen. Wir brauchen Lehrer, die die Schüler begeistern können. Wenn wir solche Lehrer haben wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass in der Ausbildung diese Begeisterung auch auf die Lehrer überspringt und wir ihnen damit auch die Chance geben, in den Fächern, in denen wir auch bei den Lehrern besonderen Mangel haben, nämlich in den MINT-Fächern, zu unterrichten, damit wir dort genügend Lehrer haben, die dann auch unsere Schüler dazu bringen können, nachher – wie schon angesprochen – auch in den Universitäten dafür zu sorgen, dass der Gesamtkreislauf, der dadurch produziert wird, auch genutzt werden kann.

Wir haben gesehen, die FDP hat ja durch diese Große Anfrage auch ein breites Feld in Bezug auf die Lehrerausbildung abgedeckt. Ich habe gesehen, dass der Senat darauf zwar geantwortet hat, aber ich finde, dass wir an einigen Stellen mehr machen können und auch mehr machen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Stellen möchte ich jetzt gern nennen! Es ist natürlich so, das wurde schon angesprochen, dass wir die Reakkreditierung dazu nutzen können, gerade in dem Master-Studiengang of Education Veränderungen anzustreben. Nur ist es einfach deutlich zu spät dazu. Wir müssen sehen, dass wir nicht nur Erfahrungen nutzen, die wir hier gerade vor Ort machen, sondern dass wir auch in der Kommunikation mit den anderen Bundesländern Erfahrungen, die dort gemacht werden, vielleicht auch einbringen können und auch nutzen können, sodass wir einen direkten Zugang zwischen Veränderung und Studium schaffen können.

Wir müssen die Phase des Bologna-Prozesses in den Modulen, die sich eignen, dazu nutzen, zum Beispiel Quereinsteigern Chancen zu geben, sie dazu befähigen, das Lehramtsstudium aufzunehmen. Es ist ja auch angesprochen worden, dass eine Entscheidung darüber, ob ich das Lehramtsstudium annehme oder nicht, in der ersten Phase der Bachelor-Ausbildung fällt, sodass man laut KMK auch schulpraktische Ausbildung haben muss, um überhaupt ein Lehramtsstudium aufnehmen zu können.

Aber wir haben zum Beispiel gerade in den MINT-Fächern, wenn wir die Ingenieurwissenschaften oder (D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) auch Mathematik in den Hochschulen nehmen, sehr hohe Abbrecherquoten in den Studien selbst. Warum versuchen wir nicht, gerade diese Möglichkeit auch zu nutzen, diesen Menschen ein Lehramtsstudium nahezubringen und ihnen durch einen Quereinstieg die Möglichkeit zu geben, so wie wir das hier in dem Antrag auch fordern, ein Lehramtsstudium durchzuführen? Dazu muss eben auch der Master-Studiengang verändert werden.

## (Beifall bei der CDU)

Wir haben gesehen, dass es natürlich schon Bestrebungen gibt, diese Quereinsteiger haben die Möglichkeit, im Bereich der Berufsschulen dies zu nutzen und da eben auch den Quereinstieg zu schaffen und dort zu unterrichten. Das soll mit Hilfe des LIS auch so gestaltet werden, dass man versucht, Studienanfänger oder Quereinsteiger für den Gesamtbereich auszubilden. Diese Intention gibt es schon länger, Frau Senatorin. Ich frage mich, warum Sie hier in Bremen immer noch nicht weitergekommen sind und warum sie noch nicht umgesetzt werden kann.

Des Weiteren ist ja auch der Ansatz, dass wir fordern, dass bestimmte Möglichkeiten geschaffen werden, das Studium mit der Modularisierung zu verändern, noch nicht umgesetzt worden. Das heißt also, wir haben einen Bachelor-Studiengang, wo dann die Bachelor-Absolventen auch noch nicht wissen, wenn sie keinen Master-Studiengang aufnehmen, welche Perspektiven sie haben, im schulischen Dienst überhaupt eine Anstellung zu finden, oder was sie für Möglichkeiten haben. Auch hier liegt seitens des Senats noch keine Aussage vor. Ich finde, wenn wir Studierende motivieren wollen, ein solches Studium abzuschließen, dann brauchen wir Perspektiven. Diese Perspektiven sind zurzeit eben nicht geschaffen.

(B)

## (Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass sich die Lehrerausbildung verändert, weil sich auch die Strukturen verändert haben. Wir können den Bologna-Prozess dazu nutzen, weil sich auch gerade im Zuge des Bologna-Prozesses die Strukturen für ein Studium geändert haben. Was ich mich aber frage, ist, wie die Kooperation dann zwischen Universität und LIS läuft. Eigentlich läuft sie gar nicht, und das bedauere ich sehr. Da muss deutlich mehr gemacht werden. Wir haben ein Zentrum für Lehrerbildung, das habe ich nicht ein einziges Mal in der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der FDP gesehen. Ich frage mich, wozu wir ein Zentrum für Lehrerbildung haben, wenn es nicht genutzt wird. Ich finde einfach, dass man ganz deutlich einmal aufzeigen muss, wir haben Möglichkeiten, diese zu nutzen, und wir nutzen sie nicht. Da muss einfach mehr geschehen. Wenn wir das tun würden, hätten wir auch mehr Perspektiven gerade auch für diesen Beruf.

(Beifall bei der CDU)

Zu den Anträgen, die gestellt worden sind: Der Antrag der SPD und der Grünen zur Weiterentwicklung der Lehrerausbildung hat noch immer gefordert, dass sich die Lehramtsausbildung dem neuen Bremer Schulsystem anpassen muss. Ich finde es gut, dass in dem neuen Dringlichkeitsantrag auch die Anpassung an die schulartenspezifische Ausbildung dargestellt worden ist, diese ist uns nämlich als CDU besonders wichtig. Hier muss eine schulartenspezifische Ausbildung stattfinden, nur das macht dann auch Sinn in der Lehrerausbildung.

## (Beifall bei der CDU)

Wir haben gesehen, dass der Dringlichkeitsantrag hier natürlich sehr viele Dinge abfordert. Das finde ich gut, denn das zeigt ja, dass die Koalition zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auch Handlungsbedarf sieht, dem die Senatorin noch nicht nachgekommen ist. Wir können auch nur noch einmal ausdrücklich fordern, dass wir hier schneller und auch gezielter zu Perspektiven und auch zu Ergebnissen kommen müssen. – Vielen Dank!

#### (Beifall bei der CDU)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die rot-grüne Koalition hat es geschafft, eine Schulstruktur zu entwickeln, die unserem Ziel der gemeinsamen Schule für alle einen großen Schritt näher gekommen ist;

# (Beifall bei der SPD – Abg. Röwekamp [CDU]: Ah, endlich!)

dies, meine Damen und Herren, ohne ideologische Grabenkämpfe, sondern weitgehend im Konsens mit allen Fraktionen. Der Bremer Konsens, es ist hier schon genannt worden, ist einmalig in der Republik. Während die Diskussionen um Strukturen in der Bildungsrepublik und natürlich auch in Bremen durchaus kontrovers geführt werden, gibt es aber eine große Einigkeit über alle Fraktionen hinweg und auch über alle an Bildung Beteiligten darüber, dass die grundlegende Voraussetzung für ein gutes Schulsystem die Versorgung der Schulen mit ausreichend vielen und ausreichend gut qualifizierten Lehrkräften ist.

Die rot-grüne Koalition hat deshalb festgelegt, dass das bestehende Gesamtvolumen an Vollzeitstellen trotz des perspektivisch zu erwartenden Schülerinnenrückgangs erhalten bleibt, um so eine gute Unterrichtsversorgung und auch die eingeleiteten pädagogischen Reformen abzusichern. Inzwischen ist allerdings eine Situation eingetreten, dass alle Bundesländer auf einen

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) teilweise dramatischen Lehrkräftemangel zusteuern.
Obwohl in Bremen anders als in Bremerhaven zum
Beispiel ein sehr attraktiver Ausbildungs-, aber auch
Arbeitsort besteht, gilt es auch hier, Vorsorge zu treffen
für die sich abzeichnende schwierige Besetzung von
Mangelfächern und vor allen Dingen auch der Besetzung der Stellen in Bremerhaven. Hierfür braucht
es eine vorausschauende Personalplanung, die erstens
in den Blick nimmt, wie das vorhandene Personal noch
möglichst lange richtig engagiert arbeiten kann und
zweitens die Maßnahmen entwickelt, um auch zukünftig ausreichend neues Personal zu gewinnen, das
den vielfältigen Anforderungen an qualitativ hochwertigen Unterricht genügt.

Bei der Nachwuchsgewinnung ist in jedem Unternehmen, aber auch im öffentlichen Dienst die Ausbildung eben dieses Nachwuchses die erste Maßnahme. Aus dem Gutachten von Prof. Klemm wurde deutlich, dass weder die Zahl der Studierenden noch die Zahl der Referendariatsplätze ausreicht, um den Bedarf bis zum Jahr 2015 zu decken. Hier erwarten wir ein Konzept, das auf Grundlage der Bedarfsberechnungen beschreibt, wie die zukünftige Lehrerinnenund Lehrerversorgung sichergestellt wird.

Ich finde, man muss sich auch einmal anschauen, wie sich die Aufgabe des Faches Sport tatsächlich ausgewirkt hat, ob der Verzicht auf die Kombination von Sport und Mathematik, in der früher ja durchaus häufig hier ausgebildet wurde, dazu geführt hat, dass zum Beispiel Mathematik weniger nachgefragt ist, weil es diese Kombination nicht mehr gibt. Das muss man sich ganz gelassen und ganz in Ruhe anschauen. Wichtig ist, dass wir prüfen, wie ein Ausbau der Kapazitäten im Vorbereitungsdienst finanzierbar ist, denn wir brauchen Sonderprogramme, darüber sind wir uns, glaube ich, alle einig. Sonderprogramme wären denkbar zum Beispiel für Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Ich bin froh, dass ich der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen konnte, dass der Senat beabsichtigt, im Oktober hier entsprechend etwas vorzustellen.

Sonderprogramme könnte es eventuell aber auch für Mangelfächer oder für die Bewältigung der Engpässe in Bremerhaven geben. Wir haben in unserem Antrag einen Prüfauftrag dahin gehend formuliert zu untersuchen, ob es Sinn macht, ein gesondertes Einstellungsverfahren in Bremerhaven durchzuführen. Ich bin da kritisch, ich habe da Zweifel, aber man sollte auf jeden Fall schauen, ob es die Situation für Bremerhaven erleichtern würde oder ob sich daraus vielleicht Nachteile ergäben, die wir dann vielleicht doch besser vermeiden.

Wir wissen alle, dass die rechnerische Vollbeschäftigung nicht sicherstellt, dass alle Fächer unterrichtet werden. Deshalb gibt es ja bereits jetzt durch den Senat organisiert auch Seiten- und Quereinsteigerprogramme. Während die Seiteneinsteiger nach dem Diplom oder zukünftig nach ihrem Master ins Referendariat gehen, um dann noch die entsprechende

Vorbereitung für den Schuldienst zu bekommen, gehen die Quereinsteiger ohne Referendariat, aber mit einer Unterstützung in den Schuldienst. Diese Quereinsteigenr beziehen sich überwiegend auf den Bereich der Berufsschulen, Orthopädie wurde hier genannt. Wir wissen aber auch, dass es mittlerweile in Bremerhaven zumindest Menschen gibt, Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen aus dem AWI, Menschen wie Museumspädagoginnen und -pädagogen, die ohne Vorbereitung in den Schuldienst der SEK I aufgenommen wurden, einfach aus Not, weil man niemand anderen hat.

Ich will gar nicht in Abrede stellen, dass das in den Einzelfällen vielleicht auch erfolgreich gewesen ist, aber mich haben durchaus kritische Informationen erreicht, dass es für diese Menschen, die sich eben nie damit beschäftigt haben, wie tatsächlich Wissen an Jugendliche vermittelt wird, eine auch zu große Herausforderung gewesen ist. Ich bin froh, dass es jetzt begleitende Maßnahmen gibt, die hier dafür sorgen, dass diese Menschen auch nicht alleingelassen werden mit dem, was sie in der Schule dann erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Ich fände es gut, wenn man so etwas auch als Landesprogramm auflegen könnte.

Darüber hinaus finde ich aber, man sollte auch schauen, ob es nicht vielleicht mehr Sinn macht, ein Weiterbildungsprogramm aufzulegen, denn es gibt durchaus Lehrkräfte, die bereit wären, im Rahmen einer Weiterbildung sich eine zusätzliche Sprache zumindest, sage ich einmal, anzueignen, um dort den Unterricht vorzunehmen, oder ein anderes naturwissenschaftliches Fach. Auch das gehört aus meiner Sicht auf den Prüfstand. Es ist hier bereits gesagt worden, wir haben ausgebildete Lehrkräfte natürlich auch unter den Migranten und Migrantinnen. Hier ist es dringend erforderlich – das können wir nicht allein machen, aber daran können wir vielleicht ein Stück weit mitwirken -, dass diese im Ausland erworbenen Qualifikationen auch bei uns anerkannt werden. Auch für diesen Personenkreis wäre vielleicht eine Weiterbildungsmaßnahme für ein zweites Fach oder eine Vertiefung der Kenntnisse, die vielleicht schon lange zurückliegen, eine gute Sache, um sie in den Schuldienst zu integrieren.

Für ein leistungsfähiges Schulwesen ist es unerlässlich, das ist hier schon gesagt worden, junge Menschen für den Beruf der Lehrerin oder des Lehrers zu begeistern, denn nur so sichern wir langfristig den qualifizierten Nachwuchs. Wir wissen, dass dieser Nachwuchs hervorragend ausgebildet und auf den Schulalltag vorbereitet werden muss, und im Laufe der letzten Jahre wurden hier auch von unserer Seite, vonseiten des Senats, zentrale Maßnahmen in der Neugestaltung der Lehrer- beziehungsweise Lehrerinnenausbildung umgesetzt. Da ist zum Beispiel die

(D)

(A) Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge, es hat eine Vertiefung und eine Verbindlichkeit der Kooperation zwischen LIS und Universität stattgefunden. Wenn Frau Dr. Spieß hier meint, da gäbe es gar nichts, dann habe ich dazu andere Informationen. Es ist das Zentrum für Lehrerbildung aufgebaut worden, und es gibt eine Orientierung der Ausbildungsanforderungen an den Kompetenzstandards. Insgesamt hat eine Stärkung der fachdidaktischen und schulpraktischen Ausbildungsanteile stattgefunden.

Mit großem Engagement werden zurzeit in Bremen und Bremerhaven Schulentwicklungsprozesse eingeleitet, die unser bildungspolitisches Ziel, ich sagte es eingangs schon, der einen Schule für alle umsetzen.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sie wiederholen sich, und es wird nicht besser!)

Dass dies auch für die Ausbildung der zukünftigen Lehrkräfte Konsequenzen haben muss, wird jedem einleuchten.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sagen Sie es, kommen Sie!)

Zukünftig haben die Grundsätze der Gleichwertigkeit und der gleichen zeitlichen Dauer für jede Lehrer- beziehungsweise Lehrerinnenausbildung zu gelten, wie dies ja bereits die Gutachterempfehlungen zur Reform der Lehrerausbildung formuliert haben und wie es bereits in anderen Bundesländern, NRW, Hessen oder Hamburg, beschlossen ist.

(B)

(Abg. Röwekamp [CDU]: Früher war alles besser!)

Lehrerinnen und Lehrer, die in der Grundschule oder der Oberschule unterrichten, brauchen aus unserer Sicht die gleiche wissenschaftlich fundierte Ausbildung wie Lehrkräfte, die dies an Gymnasien tun.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Grundschule und Oberschule, natürlich auch die Berufsschule sind Schulen der Vielfalt mit zahlreichen Formen der Differenzierung bezogen auf die individuelle schulische Leistungsfähigkeit. Kein Kind wird ausgegrenzt, alle werden gefördert. Dies geht aber nur, wenn Lehrkräfte gelernt haben, individualisiert, team- und projektorientiert zu arbeiten, und über fundierte Diagnosekenntnisse verfügen. Alle Lehrerinnen und Lehrer müssen deshalb in ihrer Ausbildung Kompetenzen für die Beachtung der schulischen und unterrichtlichen Rahmenbedingungen des Lernens erwerben, für die didaktischen Anforderungen heterogener Lerngruppen, für die Kooperation in fachübergreifend zusammengesetzten Teams, für die Ge-

staltung des Schullebens sowie für die Evaluationsverfahren zur Qualitätsentwicklung und Standardsicherung. Dass die Ausbildung und Vorbereitung auf diese anspruchsvolle Aufgabe mindestens genauso anspruchsvoll ist wie die auf das Unterrichten an Gymnasien, das sich den beschriebenen Ansprüchen selbstverständlich auch stellen muss, liegt doch auf der Hand,

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Sie haben schon wieder Schaum vor dem Mund!)

und dass nicht alle Studierenden diesen Anforderungen genügen oder genügen wollen, liegt auch auf der Hand.

Deshalb finde ich es gut, dass es Selbsttests für zukünftige Lehramtsstudierende gibt, in denen man Informationen über das Tätigkeitsprofil der Lehrer beziehungsweise Lehrerinnen erhält, den eigenen Umgang mit Kindern und Jugendlichen hinterfragt und am Ende eine Einschätzung erhält, ob die persönliche Voraussetzung für den Beruf überhaupt vorliegt.

Außerdem ist ein Studienaufbau so zu gestalten, dass Studierende vielfältige Gelegenheit erhalten, ihre individuellen Motive für die Aufnahme des Lehramtsstudiums zu hinterfragen und sich gegebenenfalls auch umzuentscheiden, zeigen doch verschiedene Studien, dass es eben sehr stark auf die Person der Lehrerin, des Lehrers ankommt, um zum einen gut motiviert zu unterrichten und zum anderen trotz der starken Anforderungen des Berufes die eigene Gesundheit zu erhalten.

An dieser Stelle lassen Sie mich noch kurz darauf eingehen, dass in unserem Antrag eingefordert wird, natürlich eine Berufsperspektive für diejenigen, die nach dem Bachelor die Hochschule verlassen, zu schaffen. Darüber müssen wir uns Gedanken machen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier ja viele Anträge miteinander verbunden. Das zeigt erst einmal, dass es allen Fraktionen ziemlich wichtig ist, über die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung nachzudenken, Vorschläge zu machen, dass sich auch ausreichend Lehrer und Lehrerinnen, die gut ausgebildet sind, an den Schulen wiederfinden. Ich glaube, das muss man hier erst einmal gemeinsam zur Kenntnis nehmen.

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) In der Debatte möchte ich mich auf die Hochschulausbildung konzentrieren. Die Kollegin Frau Stahmann wird dann den zweiten Teil übernehmen, der sich eher auf den Schulbereich konzentriert. Ich möchte mich auf den rot-grünen Antrag konzentrieren, in dem es um die Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenbildung geht, da fordern wir ein Konzept von der Senatorin. Das machen wir auch gerade vor dem Hintergrund, weil gerade vor den Ferien ein neues Schulgesetz beschlossen worden ist. Dieses Gesetz wird und muss natürlich auch Auswirkungen auf die Lehramtsausbildung haben, weil wir Lehrerinnen und Lehrer haben wollen, die dieses Gesetz auch mit Leben erfüllen.

In diesem Konzept sind uns verschiedene Punkte besonders wichtig. Diese möchte ich kurz erläutern, es ist teilweise auch von Frau Böschen schon darauf eingegangen worden. Wir wollen, dass die Grundschullehrerausbildung aufgewertet wird. Wir sagen immer, auf den Anfang kommt es an, und deswegen finden wir auch, dass Grundschullehrer und -lehrerinnen genauso gut ausgebildet sein müssen wie die anderen in der Sek I und in der Sek II.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deswegen wollen wir auch, dass der Beschluss der Kultusministerkonferenz an dieser Stelle umgesetzt wird.

Weiter ist uns wichtig, dass mehr interkulturelle Kompetenz vermittelt wird. In vielen Stadtteilen haben wir 70 bis 80 Prozent Schulkinder mit einem Migrationshintergrund, darauf muss sich die Lehramtsausbildung einstellen. In diesem Zusammenhang ist für uns auch die Kompetenz Deutsch als Zweitsprache besonders wichtig, von der wir auch glauben, dass sie aufgewertet werden muss.

Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen künftig gemeinsam beschult werden, auch darauf muss sich die Ausbildung einstellen. Andere Punkte sind: Wie sieht es mit der Weiterbildung aus, wie sieht es mit Umsteigern aus, und wie sieht es mit Abschlüssen aus dem Ausland aus? Das muss alles in solch ein Konzept mit hinein, daran ist uns gelegen, Frau Dr. Spieß – jetzt ist sie gerade nicht da,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Doch! Hier vorn!)

ach ja, hier vorn ist sie! –, es geht auch darum, wie künftig die Universität, das Zentrum für Lehrerbildung und das LIS an der Stelle zusammenarbeiten. Ein wichtiger Punkt, der auch bei uns im Antrag steht!

Ein anderer Punkt, der aber aus der Ausbildungssicht mindestens genauso wichtig ist wie das, was wir an Kompetenzen in der Schule brauchen, ist die Berufswegperspektive der Studierenden. Ich glaube, da

haben wir auch eine besondere Verantwortung, weil Lehrer und Lehrerinnen nach dem Abschluss ihres Studiums in der Regel ja nicht auf dem freien Markt so wie in anderen Studiengängen sind, sondern der Hauptabnehmer ist der Staat. Da sind uns drei Punkte in besonderer Weise wichtig. Wir sind der Auffassung, dass Studierende, die angefangen haben, Lehramt zu studieren und erfolgreich den Bachelor abgeschlossen haben, auch eine Zugangsgarantie für den Master haben müssen, denn es kann nicht sein, dass Studierende mittendrin quasi ihre Ausbildung abbrechen müssen. Dafür muss es aus unserer Sicht Garantien geben, und das muss aus unserer Sicht auch dringend geregelt werden. Ich glaube, das ist nicht nur gut im Sinne der Studierenden, sondern das ist auch für uns am Ende gut. Wer wird sich denn auf eine so unsichere Perspektive einlassen, wenn er ohne eigenes Zutun möglicherweise nicht mehr in die Master-Ausbildung hineinkommt?

Ein anderer Punkt ist für uns, dass diese sogenannte Polyvalenz im Bachelor-System sichergestellt werden muss, also das heißt, dass eine gewisse Breite im Studium sichergestellt werden muss, denn es kann ja sein, dass derjenige, der sich zunächst auf den Lehramtsberuf bewirbt, im Laufe der Zeit feststellt, dass das doch nicht die geeignete Ausbildung ist, und der oder die muss auch Chancen haben, dann noch etwas anderes zu studieren. Auch das ist in anderen Studienfächern eine Selbstverständlichkeit.

Der dritte Punkt, der uns wichtig ist, ist, dass der Bachelor ja nach Bologna auch ein berufsqualifizierender Abschluss sein soll, und im Moment ist es so, dass für Bachelor-Absolventen gegenwärtig keine schulische Perspektive gegeben ist. Das ist auch anders als bei anderen Studierenden, die nur den Bachelor machen, jedenfalls werden sie gegenwärtig in den Schuldienst in Bremen nicht übernommen. Entsprechend unserer Kleinen Anfrage aus dem Frühjahr gibt es da momentan auch noch nicht weitere Überlegungen, jedenfalls zu dem damaligen Zeitpunkt. Ich finde es wichtig, dass wir uns darüber Gedanken machen müssen, ob wir sie im Schuldienst haben wollen und mit welchen Professionen wir sie dort haben wollen. Ich glaube, dass das neue Schulgesetz dazu auch eine ganze Menge Ansatzpunkte gibt.

Zum Schluss möchte ich sagen, dass wir dafür verantwortlich sind, dass wir eine gute Schule mit gut ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen machen. Nur gut ausgebildete Lehrern und Lehrerinnen, die von ihrem Fach begeistert sind, können auch andere begeistern, Herr Dr. Buhlert hat es so ähnlich auch schon gesagt. Wir sind aber auch dafür verantwortlich, für junge Menschen, die sich für ein Lehramtstudium entscheiden, eine planbare Berufsperspektive zu entwickeln. – Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD) (D)

(D)

(A) Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)\*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon öfters gesagt worden: Der Lehrer und die Lehrerin sollen begeistern, sollen begeistert sein und so weiter.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das tun Sie aber nicht!)

Das hilft uns so lange nicht weiter, wie wir die Bedingungen hier nicht dahingehend gestalten, dass diese Begeisterung auch durchgehalten werden kann. Sonst haben wir nämlich das, was man Burn-Out-Syndrom nennt, und das produzieren Sie ja mit den Bedingungen, die hier leider überwiegend herrschen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie leben in einer Welt!)

So werden wir den Lehrerberuf nicht attraktiv halten. Da kann man nicht sinngemäß appellieren, dass wir hier vielleicht die falschen Lehrer haben, weil sie nicht genug begeistert sind, so geht es nicht! Dafür dann vielleicht noch Ehrenamtliche in die Schule zu holen, die dann begeistert sind, das kann nicht das Konzept sein! Wir müssen schon unsere Arbeit machen und die Bedingungen so gestalten, dass die Begeisterung auch erhalten werden kann.

## (Beifall bei der LINKEN)

(B)

Das fängt natürlich beim Studium an, wo die Begeisterung schon verloren geht, und geht dann im Referendariat und in der Schule auch weiter. Wir machen die konkreten Vorschläge, und wir beteiligen uns daran, wie wir die Möglichkeit schaffen, diese Begeisterung auch zu erhalten. Da geht es in erster Linie darum, dass wir in Zukunft – das ist ja nun bekannt geworden – ein Mangelproblem in dem Sinne haben, dass wir Nachwuchsmangel haben. Das hat sich herumgesprochen, das wird für Bremen auch die Perspektive sein, und der Flaschenhals, die Engstelle, ist hier nach unserer Meinung die Ausbildung.

Wir haben auf 143 Ausbildungsplätze über 1 000 Bewerbungen, und wir finden, die Ausbildungskapazität für das Referendariat sollte erhöht werden, und zwar nicht nur als Prüfauftrag, sondern ziemlich bald, denn lange dürfen wir an der Frage jetzt nicht mehr zögern, die Befunde sind eigentlich eindeutig. Wir wollen also – die Erhöhung läuft jetzt schon zum 1. November 2009 mit 25 weiteren Plätzen, wir haben dann das, was jetzt aufgrund des Doppeljahrgangs auch geleistet worden ist, – dass dann ab dem 1. Mai 2010 200 Plätze pro Semester mehr ausgebildet werden. Das kann Bremen schon einmal gewaltig hel-

fen, dann auch genügend Lehrer zu haben, das liegt auf der Hand. Hier muss einfach entsprechend auch Geld in die Hand genommen werden und Ressourcen bereitgestellt werden. Darum kommen Sie an der Stelle, wenn es darum geht, Bildung auch in Bremen nur zu erhalten, nicht herum, und Bildung erhalten reicht ja nicht. Wir müssen Bildung ausbauen, das ist bekannt. Wir haben dann insgesamt statt 450 Ausbildungsplätze 600. Ich räume ein, dass wir hier auf das Expertenwissen der GEW gern zurückgreifen, die sich am 29. September entsprechend geäußert hat.

(Zuruf des Abg. Rohmeyer [CDU])

Dieses Gemurmel muss ich, glaube ich, nicht interpretieren! Wenn Sie die Expertenqualität der GEW anzweifeln, ist das, glaube ich, Ihr Problem, verehrter Kollege!

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben hier den Umfang der Referendariatsausbildung; das geht aber nicht, wenn wir nicht auch die Qualität verbessern. Es ist bekannt, wer hier die Betroffenen fragt. Das ist ein Problem, das auch von Eltern und Schülern wahrgenommen wird. Wenn die Referendare so viel bedarfsdeckenden Unterricht leisten müssen, leidet die Ausbildung, dann sind sie nämlich Lückenbüßer. Entsprechend wird von der sachkundigen Seite, die ich schon zitiert habe, zu Recht gefordert, dass von den zwölf Stunden den Lehrern eben die Hälfte als bedarfsdeckender Unterricht erlassen wird, sodass sie eben mehr lernen und weniger Lückenfüller in dieser Funktion sind. Wir haben dann eben nur sechs Stunden bedarfsdeckenden Unterricht.

# (Beifall bei der LINKEN)

Auch die Mentoren brauchen mehr Zeit, sie müssen ja selbst noch unterrichten. Sie müssen auch Zeit haben, sich um die auszubildenden Lehrer zu kümmern. Dies alles ist denjenigen, die mit den Betroffenen sprechen, nur allzu gut bekannt. Das muss umgesetzt werden, auch wenn es etwas kostet, denn das sind die besten Investitionen, die wir machen können, das sagen alle immer am Sonntag.

# (Beifall bei der LINKEN)

Wir haben die Lehrerfortbildung, die angesprochen worden ist, um bei Mangelfächern gezielt zusätzliche Qualifikation zu erwerben, das ist eine naheliegende, gute Idee und sollte zu guten Bedingungen passieren. Wir wissen, dass überall in den betrieblichen und behördlichen Fortbildungen gute Bedingungen dazu führen, dass dies auch tatsächlich angenommen wird. Das hängt damit zusammen, dass das eben in der Arbeitszeit passieren kann und dass man nicht noch zusätzlich Ressourcen für diese Bereitschaft mit-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) bringen muss, sich fortzubilden. Das muss berücksichtigt werden.

Wir schlagen auch vor, diese Fortbildung auch für ehemalige Referendare anzubieten, die nicht im Schuldienst sind, die aber die zweite Staatsexamensprüfung haben, damit sie sich so qualifizieren, dass sie noch genauer in die Mangelfächer hineinpassen, für sie also diese Fortbildungen zu öffnen. Das ist ein unterstützenswerter Ansatz, den ich auch in Ihrem Antrag von der SPD und den Grünen zum Thema "Sicherstellung ausreichender und guter Versorgung" gefunden habe.

Wir haben zu den Quereinsteigern allerdings die Meinung, dass wir hier nicht versäumen sollten, aus den Erfahrungen zu lernen. Es ist bekannt, dass hier nichts gewonnen wird, wenn man etwas überstürzt und dann diejenigen die Arbeit sehr schnell wieder sein lassen. Eine pädagogische Ausbildung ist nach unserer Überzeugung dringend nötig. Bevor diejenigen vor die Klasse gestellt werden und unterrichten, sollte diese Ausbildung in einer soliden Form zusätzlich durchgeführt werden. So viel zum Thema Quereinsteiger! Wir sollten das betreiben, aber das kann nicht die große Rettung sein, darauf komme ich gleich noch einmal im Zusammenhang mit den Vorstellungen der FDP zurück.

Diese konkreten Forderungen fehlen allesamt in dem schon zitierten Antrag, den wir deswegen ablehnen. Auf die weiteren Aspekte der gestellten Anträge komme ich noch später zu sprechen. – Danke schön!

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)\*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Rohmeyer gab mir eben mit auf dem Weg: Fasse dich kurz! Ich werde mich jetzt auch ganz redlich bemühen, weil vieles von meinen Vorrednern und Vorrednerinnen auch angesprochen worden ist, aber Herr Beilken lässt mich hier immer ein bisschen ratlos am Rednerpult zurück.

(Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das geht uns auch so! – Abg. Dr. Buh-lert [FDP]: Wir sind bei Ihnen!)

Herr Beilken, was wollten Sie jetzt mit Ihrem Redebeitrag sagen? Auf der einen Seite loben Sie die Koalition, und auf der anderen Seite sagen Sie, es reicht wieder nicht. Was denn nun? Da müssten Sie sich hier vorn schon einmal richtig positionieren und festlegen. Das war ein bisschen Wischiwaschi an der Stelle. Einen besseren Lehrentwicklungsbericht kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht ausstellen.

"Rentnerlücke im Lehrerzimmer" titelte vor mehr als zwei Jahren die "Nordsee-Zeitung" und beschrieb damit ganz treffend ein Szenario für die Lehrerversorgung. Über 60 Prozent der Lehrkräfte gehen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Das macht deutlich, dass das Thema Lehrernachwuchs für Bremen und Bremerhaven sehr wichtig ist. Im Bürgerschaftswahlkampf war das ein Topthema, da haben wir sehr viel gesprochen über die Lehrerversorgung, über die Arbeitsbedingungen von Lehrerinnen und Lehrern und auch über die Arbeitsbelastung, es gab eine Vielzahl von Überlastanzeigen.

Ich möchte Sie daran erinnern, die erste Debatte, die wir bei Amtsantritt der neuen Regierung hier im Hause geführt haben, war eine Schuldebatte, und da ging es auch um die Einstellung von jungen Lehrerinnen und Lehrern, und man muss sagen, die Koalition hat gehandelt. Die Lehrerversorgung funktioniert, und es gibt überhaupt keinen Grund, hier herumzumeckern und zu mäkeln und den Finger in irgendwelche Wunden zu legen. Hier gibt es keine Wunde, die Koalition hat gearbeitet!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das muss man auch manchmal einfach als Opposition haben, und da muss man auch einmal die Größe haben zu sagen, das hat die Regierung auch gut gemacht, und das müssten Sie auch können!

18 Seiten Senatsantwort machen deutlich, dass die Koalition Ihre Hausaufgaben macht und dass der Senat arbeitet. Deshalb –

(Abg. Röwekamp [CDU]: Qualitativ oder quantitativ?)

qualitativ und quantitativ natürlich, Herr Röwekamp! - nimmt das Thema auch einen wichtigen Platz in der Koalitionsvereinbarung ein, und auch deshalb legt die rot-grüne Koalition zwei wichtige Anträge zur Lehrerausbildung und zur Versorgung mit Lehrern heute hier vor. Den ersten kann man auch zusammenfassen mit "Die Ausbildung von Lehrkräften muss gleich lang und gleichwertig sein", das ist die zentrale Aussage, und das ist der Koalition wichtig. Der zweite Punkt ist, dass der Senat aufgefordert wird, "Butter bei die Fische zu tun" und der Bürgerschaft ein handfestes Konzept für Ausbildung und Weiterbildung und für die Versorgung mit Lehrkräften vorzulegen. Das erachtet die Koalition für wichtig, aber die Senatsantwort zeigt auch, dass der Senat längst an dem Thema dran ist und die Opposition sich darüber auch nicht beschweren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man kann sich hier also nicht beschweren, dass eine Regierung nicht arbeitet. Man kann sich auch nicht (D)

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) darüber beschweren, dass das Ressort sich keine Gedanken über Quereinsteiger gemacht hat. Das finde ich sehr gut, Herr Dr. Buhlert, dass Sie dieses Thema hier noch einmal so prominent auf die Tagesordnung geholt haben, und ich bin Ihnen auch dankbar, dass Sie diese Anfrage gestellt haben.

## (Glocke)

**Präsident Weber:** Frau Kollegin, ich möchte für ein bisschen Ruhe für Sie sorgen! Die Aufmerksamkeit lässt so langsam nach. Ich bitte, der Kollegin Gehör zu leihen! – Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Das ist also ein sehr wichtiges Thema, wenn auch zu später Stunde! Ich denke, die Anträge der Koalition sind eine gute Grundlage, die das Haus hier heute auch mit den Stimmen der Opposition beschließen kann.

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass in den letzten zwei Jahren sehr viel erreicht worden ist im Land Bremen. Wir haben die PEP-Quote für die Schulen ausgesetzt, wir besetzen jede frei werdende Lehrerstelle, und wir haben das Instrument der Altersteilzeit für Lehrerinnen und Lehrer wieder zur Verfügung, und das sind sehr wichtige und zentrale Bausteine, und darauf ist diese Koalition auch zu Recht stolz, weil wir dafür viel Geld in die Hand genommen haben, lieber Kollege Beilken, sehr viel Geld!

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B)

Wir haben den Stellenabbau der letzten Jahre gestoppt. Die Große Koalition hatte zehn Jahre Lehrerstellen abgebaut, obwohl die Schülerzahlen gleich waren, 800 Stellen sind abgebaut worden. Am Ende fehlte der Großen Koalition die Kraft, die PEP-Quote auszusetzen. Ich bin froh, dass die rot-grüne Koalition das geschafft hat. Ich bin auch froh, dass wir es schaffen, obwohl es schwierig ist, Lehrer und Lehrerinnen für Mangelfächer zu finden, aber ich bin auch froh, dass das LIS versucht, kreativ Werbung an den Universitäten zu machen, dass man sich nicht ausruht, sondern offensiv auch richtig an die Universitäten geht und versucht, Studenten und Studentinnen anzuwerben. Das ist wichtig.

Herr Dr. Buhlert hat richtigerweise darauf hingewiesen, der Lehrerberuf ist ein Beruf mit vielfältigen Anforderungen, das ist also nichts für Weicheier, salopp gesagt, wir suchen Menschen, die Tausendsassa sind, die viele Sachen können: Sie müssen moderieren können, sie müssen Schüler bei Lernprozessen begleiten können, sie müssen Elternarbeit können, sie müssen vielfältige Kompetenzen haben. Manche hier im Raum sind ja Lehrer, und heute bin ich von der neunten Klasse an der Hamburger Straße gefragt worden: Hat es denn noch Sinn, jetzt auf Lehramt zu studieren? Ist das denn ein Beruf mit Zukunftsaus-

sichten? Man muss sagen, das ist wieder ein Beruf mit guten Zukunftsaussichten, und diese Botschaft muss man auch ins Land tragen.

# (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen gut qualifizierte und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer. Die Bremer Universität bildet auch für andere Bundesländer mit aus und bildet auch auf einem guten Standard aus. Ich finde nicht, dass wir dort jetzt weiter die Plätze ganz stark reduzieren sollten. Den Einschnitt beim Fachbereich Sport hat Frau Böschen angesprochen, das haben wir als Grüne kritisch begleitet, das muss man beobachten. Der Bereich der Behindertenpädagogik wurde ja in das Masterstudium mit integriert. Auch da schauen wir uns an, wie sich das auf die Qualität der Lehrerbildung auswirkt, da wir ja hohe Anforderung an inklusiven Unterricht stellen. Wir brauchen diese Qualifikation der Lehrerinnen und Lehrer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben hier gute Anträge der Koalition vorliegen, wir haben auch Anträge der Opposition. Da die Anträge der Koalition weitreichender sind, bitte ich um Zustimmung zu diesen Anträgen! – Danke schön!

## (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

(Abg. Frau Böschen [SPD]: Er fasst sich jetzt auch kurz!)

Abg. Rohmeyer (CDU)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Böschen, wenn ich auf Sie eingehen würde, würde es länger dauern. Bei Ihnen spricht ja eine jahrzehntelange falsche ideologische Politik, die Sie uns hier freundlicherweise noch einmal vorgetragen haben, und unsere Meinung dazu kennen Sie ja zur Genüge.

Ich will aber erst einmal zu den formellen Dingen kommen. Wir haben Ihnen im August einen Antrag vorgelegt, und Sie kommen gestern Abend mit einem Antrag, weil Sie unserem Antrag nicht zustimmen wollen. Das zeigt, wie ernst Sie dieses Thema nehmen. Wir beantragen, Ihren Antrag dann auch an die Deputation für Bildung und den Wissenschaftsausschuss zu überweisen, damit wir uns dort mit Ihrem Antrag auch noch einmal beschäftigen können. Ich bin gespannt, ob Sie die inhaltliche Beratung dieser Punkte ernst meinen oder ob Sie hier meinen, Ihr Ding durchziehen zu müssen.

Wir haben in zwei Großen Anfragen, einmal FDP, einmal CDU, verschiedene Bereiche der Lehreraus-

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) bildung und der Versorgung mit Lehrern abgefragt. Es liegen sehr umfangreiche Antworten vor, und zumindest für unsere Fraktion kann ich sagen, dass wir uns erst einmal beim Senat für die umfangreiche Beantwortung, die ein bisschen länger gedauert hat, aber dafür durchaus wirklich umfangreich war, bedanken, Frau Senatorin!

Wir haben ein Problem, wenn wir gleich bei der Beantwortung der Frage eins der Großen Anfrage der CDU vom Senat erfahren, dass in den nächsten zehn Jahren – also zufällig auch der Zeitraum des Konsenses - in der Stadtgemeinde Bremen 56 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer und in der Stadt Bremerhaven 53 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer, das sind in Bremen 2832 und in Bremerhaven 720 Personen, Stellen sind es ein paar weniger, in den Ruhestand gehen werden. Es kann ja noch durch krankheitsbedingte Abgänge etwas hinzukommen. Das ist ein enormes Volumen. Es ist richtig - da werden Sie auch nicht widersprechen können -, seit Mitte der Siebzigerjahre wurde bis 1997 von der SPD kein einziger neuer Lehrer eingestellt. Dass wir jetzt ein solches Dilemma haben, ist Fehler Ihrer falschen Personalpolitik der vergangenen Jahrzehnte, meine Damen und Herren von der SPD.

# (Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD)

(B) Ja, schreien Sie, das ist so! Wir haben in der Großen Koalition, da wird Frau Stahmann auch nicht widersprechen können, mit dem Einstellungskorridor überhaupt erst wieder angefangen, seit 1997 neue junge Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Die Folgen sehen Sie heute in den vielen Schulen, in denen es junge, engagierte Lehrkräfte gibt, die sind nämlich erst in den letzten zehn bis zwölf Jahren in Bremen wieder eingestellt worden, und das war seinerzeit richtig, dass man diesen Einstellungskorridor geschaffen hat.

Es geht aber darum, darüber haben wir vor zwei Jahren tatsächlich, auch außerhalb des Wahlkampfes, ernsthaft, auch hier im Haus debattiert, wie wir den Berg von Lehrerinnen und Lehrern, die neu einzustellen sein werden, bewältigen können und wie wir die offenen Stellen besetzt bekommen. Das Drama kommt erst in den nächsten Jahren. Momentan gibt es noch Lehrerinnen und Lehrer in Deutschland, die man begeistern kann, nach Bremen zu kommen, aber die Not wird auch in anderen Ländern nicht geringer, sondern größer. Darum ist es richtig, dass wir uns Gedanken machen, wie wir Lehrerinnen und Lehrer für Bremen und Bremerhaven gewinnen können. Wir haben hier an anderer Stelle auch schon einmal darüber gesprochen, dass es in Teilen für Bremerhaven etwas schwieriger ist, Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen, die nicht nach Bremerhaven kommen. Darüber haben wir ja hier schon im Parlament und auch in der Deputation gesprochen. Da müssen wir uns besonders anstrengen, und es kann auch nicht

auf Dauer eine Lösung sein, dass das Bremerhavener Schulamt im europäischen Ausland auf Akquisereise geht. Ich finde, das müssen wir irgendwie von Bremen aus für das Land hinbekommen.

(C)

(D)

Darum finden wir es richtig, dass wir auf Grundlage der Antworten, die wir hier vorliegen haben, auf Grundlage der Diskussionen, die wir in der Vergangenheit schon hatten, dann auch über Ihren Antrag noch einmal inhaltsreich diskutieren können. Wir kennen ihn erst seit gestern Abend, Sie haben es ja vorher nicht geschafft, in den Monaten davor einen Antrag vorzulegen, darum fände ich es gut, wenn Sie unserem Vorschlag einer Überweisung zustimmen würden.

Nachdem wir diesen fachlichen und sachlichen Teil hinter uns haben, kommen wir noch einmal zu Ihnen, Frau Böschen! Was Sie hier wieder mit Ihrem freundlichen Lächeln im Gesicht zur Frage der Schularten in Bremen gesagt haben! Sie hätten heute Morgen einmal Ihrer Senatorin in der "Glocke" zuhören sollen! Auch die SPD-Fraktion war zum Festakt 150 Jahre Kippenberg-Gymnasium eingeladen, aber Sie halten es ja nicht für nötig – –.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind gut! Was ist denn das hier für eine Veranstaltung?)

Wenn eine solche Bremer Institution einen solchen Geburtstag feiert,

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind gut! Hier ist Anwesenheitspflicht!)

dann wird ein Vertreter auch der sozialdemokratischen Fraktion es nötig haben können, dort hinzukommen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist schon eine gewisse Ignoranz, dass Sie solche Leuchttürme dann auch ignorieren. Diese Schule hat sehr früh für Gleichberechtigung von Mann und Frau gesorgt.

(Unruhe bei der SPD – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind gut! Es gibt hier Anwesenheitspflicht im Parlament! – Glocke)

Da habe ich mich auch abgemeldet, Herr Dr. Güldner! Es ist schon bezeichnend, dass die SPD so etwas ignoriert.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Glocke)

(A) Präsident Weber: Meine Damen und Herren, wir verlängern den Abend. Wenn wir jetzt nicht konzentriert ein Ende in der Debatte finden, sitzen wir um 19 Uhr noch hier.

 $\label{eq:continuous_continuous$ 

Herr Kollege Rohmeyer, bitte fahren Sie fort!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ich freue mich ja, dass Herr Dr. Sieling hier noch sitzt. Ich freue mich ja noch mehr, wenn demnächst Herr Tschöpe oder – –.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau Busch [SPD]: Das geht ja gar nicht! – Glocke)

**Präsident Weber:** Herr Kollege Rohmeyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Sieling?

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Des Bundestags- oder des Bürgerschaftsabgeordneten, Herr Präsident?

(B) (Unruhe bei der SPD)

**Präsident Weber:** Des Abgeordneten! Noch ist er Mitglied der Bremischen Bürgerschaft!

Abg. Rohmeyer (CDU): Gern, ein letztes Mal!

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Ich möchte gar nicht den Abgeordneten fragen, Herr Präsident. Ich bin der Auffassung, dass Abgeordnete während der Plenarsitzungen hier Anwesenheitspflicht haben, und wir haben den Senat schon gebeten, dass er bitte keine Veranstaltungen anordnen möchte. Das hat der Senat auch nicht gemacht, es ist eine Schule, die das heute gemacht hat. Ich finde, Abgeordnete gehören hierher, und sich dafür zu preisen, dass er weg war, und zu kritisieren, dass andere hier waren, finde ich unglaublich! Das möchte ich hier deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Abgeordneter, Sie haben mich zwar nicht angesprochen, aber ich frage mich natürlich, wo Sie am gestrigen Nachmittag waren, da waren Sie zumindest nicht hier im Hause, aber Sie haben ja schon große Sprüche über die Bundes-

presse versucht abzusetzen. Ich habe mich nicht gepriesen, ich sage nur, ich bedauere es, dass die SPD es nicht nötig hat, zur Geburtstagsfeier zum 150. Geburtstag einer bremischen Institution zu gehen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Gleich reicht es mir!)

Das werde ich ja schließlich noch sagen dürfen! Ich fand es schön, dass die Bildungssenatorin da war und dass die Bildungssenatorin dem Kippenberg-Gymnasium auch die besten Glückwünsche und ein weiteres langes Leben als Gymnasium gewünscht hat, das wollte ich sagen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Passt aber irgendwie auch nicht zum Thema!)

Dass Sie gleich beim Thema Gymnasium hier so außer Rand und Band geraten, bestätigt ja das, was ich eigentlich zu Frau Böschen sagen wollte!

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Glocke)

**Präsident Weber:** Also, ich finde, meine Damen und Herren, jetzt ist es aber gut!

(Abg. H a m a n n [SPD]: Er soll aufhören zu reden! – Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wissen Sie, das sind Methoden! – Glocke)

Das war jetzt auch kein zielführender Zwischenruf! Meine Damen und Herren, die Verwaltung hat mir gerade noch einmal gezeigt, Herr Kollege Rohmeyer hat sich für heute Vormittag entschuldigt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber uns hier etwas vorzuwerfen! – Zuruf der Abg. Frau Busch [SPD])

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Dr. Güldner, ich habe niemandem etwas vorgeworfen!

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Selbstverständlich haben Sie das gesagt!)

Ich habe es bedauert, dass die SPD, die seit 60 Jahren in Bremen das Bildungsressort leitet, es nicht nötig hat, dort einen Vertreter hinzuschicken. Das habe ich gesagt, und dazu stehe ich!

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

(A) **Präsident Weber:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Busch?

Abg. Rohmeyer (CDU): Ja, gern!

Präsident Weber: Bitte sehr!

Abg. Frau **Busch** (SPD): Habe ich es richtig verstanden, Sie haben uns hier im Parlament, Ihren Abgeordneten-Kollegen, vorgeworfen, an der 150-Jahr-Feier des Kippenberg-Gymnasiums heute nicht teilgenommen zu haben?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Wenn dem so ist, bitte ich um eine Entschuldigung, und wenn dem so nicht ist, bitte ich um eine umfangreiche Klarstellung.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Kollegin Busch, ich habe gesagt, ich wiederhole es auch gern noch einmal, und wir können ja zur Not auch sonst das Protokoll noch einmal heranziehen,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das werden wir auch tun!)

Das glaube ich, dass Sie das tun. Ich habe es eben vor einer Minute und vorhin auch schon einmal gesagt, ich bedauere es, dass kein Vertreter der SPD-Fraktion dort war. Das habe ich gesagt.

> (Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Allerletzte! Was man sich hier erlauben kann!)

Danach habe ich die Senatorin, die auch der SPD, aber nicht der SPD-Fraktion angehört, gelobt. Ich weiß nicht, warum bei Ihnen die Nerven so blank liegen! Ich habe Vermutungen, die äußere ich jetzt nicht, weil ich die Redezeit auch nicht weiter überschreiten will und uns allen auch nicht aufgrund Ihrer Befindlichkeiten hier noch eine längere Debatte über diesen Bereich bescheren möchte. Ich kann Ihnen aber gern versichern, es war ein schöner Festakt, und ich hoffe, dass Sie morgen die Presseberichterstattung darüber lesen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das hier eine Aktuelle Stunde zum Festakt?)

**Präsident Weber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, folgende Redner stehen noch auf unserer Rednerliste: Herr Dr. Buhlert, Herr Beilken, Frau Böschen und dann zum Schluss noch die Frau Senatorin. Meine Damen und Herren, es ist jetzt 17.57 Uhr.

Als nächsten Redner rufe ich auf den Abgeordneten Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die interfraktionelle Diskussion darüber, wer wo war, ist jetzt nicht das Thema, sondern das Thema, das wirklich viel wichtiger ist, ist: Wie gewinnen wir die erforderliche Anzahl an motivierten und qualifizierten Lehrern für unsere beiden Städte? Da bin ich dann bei dem Beitrag von Herrn Beilken, deswegen habe ich mich noch einmal gemeldet.

Es ist nicht unser Wunsch, dass wir viele Quereinsteiger für das Bildungssystem gewinnen. Es ist schlichtweg eine Notwendigkeit, wir werden nicht darum herumkommen. Wenn wir die Studierendenzahlen anschauen, die Bedarfe in den anderen Bundesländern anschauen und mit unseren Bedarfe abgleichen, werden wir um Quereinsteiger nicht herumkommen, und darum müssen wir uns Gedanken machen. Wir würden doch einen Fehler machen, wenn wir das nicht rechtzeitig und jetzt tun würden.

Genauso ist es wichtig, und deswegen - es gibt ja den Antrag der Koalition aus dem Juni 2009 mit der Drucksachen-Nummer 17/848, in dem es darum geht, die Anpassung an die Anforderungen des Lehrerberufs vorzunehmen - unterstützen wir als FDP-Fraktion, weil es richtig ist, hier die neuen Anforderungen aufzunehmen, das Bachelor-Studium entsprechend weiterzuentwickeln, berufsqualifizierend zu machen. Das ist ja meine Kritik gewesen, das auch in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess und möglichst vorher und das Ganze dann auch noch KMK-kompatibel umzusetzen. Die Lehrerinnen und Lehrer, die wir für andere Bundesländer ausbilden, sollen da auch angestellt werden können und auch für dortige Schulsysteme und Schulstrukturen qualifiziert sein. Wir können uns hier bremische Sonderwege nicht leisten.

Dann ist die Frage, wie viel Praxis man denn in einer solchen Ausbildung braucht. Ich glaube, wir brauchen eine ganze Menge Praxis. Über die Menge des bedarfsdeckenden Unterrichts können wir ja reden, wir reden auch über Doppelsteckungen und so weiter im Bildungssystem. Wir müssen aber doch schauen, dass es eben darum geht, frühzeitig viel Berufspraxis zu sammeln, damit schon Studenten entscheiden können, ob das der richtige Beruf für sie ist oder ob sie etwas Falsches gewählt haben, sodass sie dann rechtzeitig auf einen Master umsteigen können oder noch nach der Hälfte des Studiums eine andere Richtung wählen. In der Tat ist es doch so, wir brauchen Leute, die diesen Beruf gern ausüben wollen, verantwortungsbewusst ausüben und für ihre Themen brennen, diese Themen inhaltlich begreifen und ganz und gar verstehen. Nur dann haben sie die Möglichkeit und die Methodenvielfalt und die Beispiele, um deutlich zu machen, warum diese Fächer toll sind, und (D)

(A) die Möglichkeit, gerade für diese Fächer, für die sie so begeistert sind, auch die Schülerinnen und Schüler entsprechend zu begeistern.

> Sie sollen sich darum kümmern, dass jedes Kind an jeder Schule, ob Oberschule oder Gymnasium, bestmöglich zum Schulabschluss geführt wird und wir eben jedes Kind fördern. Das heißt dann, ich habe es hier schon einmal gesagt, dass beispielsweise derjenige, der im Lesen schwach ist, unterstützt wird, um lesen zu können, und dass derjenige – um es auch exemplarisch zu sagen -, der in Mathematik gut ist, gefördert wird, um noch besser zu werden. Beides brauchen wir, und dafür brauchen wir die entsprechenden Qualifikationen, und wir brauchen diese Ausstiegsmöglichkeiten für Absolventen, die nicht Lehrer werden wollen, damit sich Leute nicht gezwungen fühlen, einen Beruf auszuüben, der ihnen nicht liegt und der sie gesundheitlich und auch sonst kaputt macht. Das ist etwas, das wir aus Verantwortung dort haben wollen. Wir wollen frühere und vielfältige Möglichkeiten für die Menschen, die das studieren, eröffnen.

> Ein letzter Punkt in der Anfrage: Wir haben nach den Kosten der Referendare gefragt, und da ging es eben um die Verbeamtung oder Anstellung und die Frage, wann es günstiger ist. Da sind Altersrückstellungen nicht gebildet, dann wird es günstiger; wenn man sie bildet, würde es teurer werden. Auch darüber müssen wir noch einmal diskutieren, was denn das Sinnvollste ist.

(B)

Ich war noch an einer anderen Stelle erstaunt, und das möchte ich hier auch einmal sagen, dass Kostenvergleiche mit anderen Bundesländern nicht möglich sind. Wenn es eine Aufgabe der KMK gibt, ist es für mich ein Benchmarking zwischen Ländern, das heißt, einerseits die Quantität, also was es kostet, aber auch die Qualität zu vergleichen. Solch ein Benchmarking würde ich mir an vielen Stellen wünschen, denn so etwas, kann ich mir vorstellen, muss eine Kultusministerkonferenz mit einer großen Bürokratie leisten können. Die ist vergleichbar mit der Bremer Bildungsbehörde, wenn ich das so sehe, größer, sagen die Fachleute. Es muss das dort geleistet werden können, denn sonst leisten wir uns etwas, bei dem der Nutzen doch sehr gering ist. Da wünsche ich mir, dass dort sinnvolle Arbeit gemacht wird, und da wäre so ein Benchmarking angezeigt für diese ansonsten vielfach mit sich selbst beschäftigte Bürokratie. -Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Weber:** Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Darauf haben wir noch gewartet!)

Abg. **Beilken** (DIE LINKE)\*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegin Stahmann, Sie haben wieder einmal das problematisiert, was wir als Opposition hier machen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ihren Redebeitrag!)

Sie sagen, das macht Ihnen Schwierigkeiten, Sie sind ratlos. Das ist ganz normal, wir üben natürlich in erster Linie Kritik, und wir üben sie – in meinem Redebeitrag zum Beispiel – sehr konkret mit sehr genauen Forderungen aus, Sie können das nachlesen. Sie können meines Erachtens nicht meckern bei unserer Opposition, das kann Ihnen im Gegenteil eine konkrete Hilfe sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist nicht unsere Aufgabe, Ihre Arbeit zu loben, das tun Sie selbst schon genug, das kann man auch verstehen, manchmal auch mit Anträgen oder Fragen. Es ist auch nicht unsere Aufgabe, uns gegenseitig Zensuren zu geben, auch wenn es um Bildung geht, das tut nicht not.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe auch keine Zensuren gegeben!)

Wir wollen hier um die Sache streiten, Sie sind auf keinen Punkt meines Redebeitrags sachlich eingegangen. Ich gehe gleich sachlich auf einen Punkt ein, den Sie gesagt haben, aber das Thema Zensuren betrifft auch noch – entschuldigen Sie, Frau Senatorin! – Ihre Rede, die bis jetzt hier immer am Schluss dieser Debatten war. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, dass Sie die Zensuren verteilen, das war nicht präzise, aber das war schon einmal besser oder so etwas in der Art.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Sie hätten sich auch nach der Senatorin melden können!)

In einem solchen Fall behalte ich mir vor, auch als Letzter oder als Vorletzter noch zu reden, wie wir es heute schon zum Teil hatten.

(Unruhe – Glocke)

Das musste einmal gesagt werden, denn da hat sich doch einiger Unmut angesammelt, da bin ich nicht der Einzige, das kann nicht unsere Kultur sein!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Sie hätten auch sitzenbleiben können!)

<sup>\*)</sup> Vom Redner nicht überprüft.

(A) Kollege Röwekamp hat irgendwie ein bisschen Oberwasser, er wird uns gegenüber jetzt ein bisschen ruppig.

> Wir kommen zur Sache, ich bitte um Ruhe und Aufmerksamkeit! Wir haben von Frau Stahmann gehört, 800 Stellen sind in der Großen Koalition abgebaut worden, und Sie versuchen, auf dem Niveau hier das Beste daraus zu machen, das erkenne ich selbstverständlich an. Ich erkenne im Übrigen – um das eben einzuflechten - Ihre Intention und Bemühungen ebenso an wie die der Kollegin Böschen, aber es reicht nicht, das ist allerdings unsere Analyse, und das ist die Analyse der Menschen vor Ort. Ich sage Ihnen auch noch einmal, was wir hier wiederholt gesagt haben, warum es nicht reicht, das ist nämlich auch nachvollziehbar, nicht nur direkt vor Ort, sondern auch dadurch, dass die Heterogenität zugenommen und die Multikulturalität gewaltig zugenommen hat, dass es zusätzlichen Bedarf wegen der Ganztagsschulen gibt, dass es viel mehr Armut und belastete Familien gibt. Die Schulen haben eine unendlich größere Last zu tragen, und da reicht es nicht, wenn Sie sagen, die Große Koalition hat abgebaut, und wir versuchen, das Niveau zu halten.

(Beifall bei der LINKEN – Abg. Frau Stah mann [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stellen mehr ein!)

(B) Wenn wir als Opposition sagen, es reicht nicht, es reicht darum nicht und darum nicht, ist das allerdings unsere Aufgabe, und wenn Ihnen das nicht passt, kann ich mich darüber ein Stück weit wundern, das ist dann aber auch nicht so wesentlich.

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich komme zur Thematik, die auch noch angesprochen war, die Ausbildung der Studierenden und die Attraktivität, um Lehrer zu gewinnen! Um Lehrer für den Lehrerberuf zu gewinnen, braucht es eine Attraktivität, die ich geschildert habe, für die Gestaltung der Ausbildung, für den Umfang der Ausbildung, aber auch für die Qualität des Lehrerberufs. Dazu gehört selbstverständlich - so hängt eben alles zusammen -, dass wir kleinere Klassen brauchen, dass wir zusätzlich andere Berufsgruppen in den Schulen brauchen, dass wir pädagogische Gestaltungsfreiheiten und keine Gängelung für die Kolleginnen und Kollegen brauchen, und nicht zuletzt, dass die Bezahlung im Rahmen der anderen Bundesländer angemessen sein muss und keine Benachteiligungen enthalten darf, die Referendare müssen 1600 Euro bekommen. Das sind alles Dinge, die zusammenkommen, und dann haben Sie auch das Ergebnis, das wir alle wünschen. Ohne diesen Einsatz wird es nicht ge-

Ich komme zum Studium, wo wir eine ähnliche Situation haben! In Ihrem diesbezüglichen Antrag "Weiter

terentwicklung der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung" ist sehr viel Sinnvolles eingebaut worden, Anpassungen an Entwicklungen. Allerdings ist auf eines, was uns die Betroffenen auch bei der Demonstration sehr eindringlich gesagt haben, nicht Bezug genommen worden. Das ist die Verschulung des Studiums, die Verdichtung des Studiums, dass man kaum noch nebenbei arbeiten kann, dadurch die hohe Abbrecherquote. Dies ist nicht kompensiert, wir brauchen im Studium mehr Freiheit, eine Entdichtung und auch eine flexible Verlängerungsmöglichkeit, wie sie auch in einem sozialdemokratischen Grundsatzpapier zuletzt gefordert worden ist. Diese Dinge haben Sie nicht angesprochen, stattdessen werden nur zusätzliche pädagogische und interkulturelle Kompetenzen verlangt, das allein reicht nicht. Das ist ein schöner Vorgeschmack auf den Lehrerberuf, wenn man in derselben Zeit einfach noch ein bisschen zusätzlich leisten soll. Insofern enthält dieser Antrag zwar viel Sinnvolles, ist aber im Wesentlichen von uns aus diesen Gründen doch abzulehnen.

Zum Antrag der FDP müsste man nicht viel sagen, wenn es nicht doch eine Tendenz wäre, die hier und da auch durchschimmert. Ich habe es schon gesagt, diese Neigung, die Quereinsteiger zu bevorzugen, am besten gar keine richtige geisteswissenschaftliche Ausbildung, das sind alles ein bisschen Flausen. Am besten, jemand ist begeistert und Quereinsteiger, dann kann man ihn vielleicht auch billiger beschäftigen, diese ganze Tendenz, man probiert es einmal aus und so weiter --. Man nimmt sich dann noch die Leute aus anderen Ländern, darüber können Sie gar nicht genug reden, wie man Leute aus anderen Ländern heranholt. Herr Dr. Kuhn, ich weiß gar nicht, was daran so lustig ist! Es ist bekannt, dass die USA in der Ausbildung hinter uns sind, weil sie unsere Prinzipien einer soliden Ausbildung nicht haben. Diese Prinzipien werden von dieser Seite des Hauses über den Haufen geworfen.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Darf ich einmal etwas sagen?)

Ja, bitte, sehr gern!

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich habe nicht einmal über Sie gelacht!)

Herr Dr. Kuhn, hören Sie zu! Es geht hier um die Sache. Wir haben hier die Situation, dass Quereinsteiger und auch Menschen aus dem Ausland bevorzugt werden, das ist genau das Gegenteil einer soliden Ausbildung. Wir müssen diese Dinge integrieren, und ich habe auch gesagt, wie, nämlich mit Hilfe einer soliden Ausbildung. Das gilt natürlich ganz besonders für Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die Abschlüsse haben und eine Fortbildung und eine Anerkennung dieser Abschlüsse brauchen. Das ist selbstverständlich, diese Dinge müssen ver-

(D)

(D)

(A) nünftig integriert werden, aber sie sind nicht der Lösungsweg, und deswegen lehnen wir diesen FDP-Antrag selbstverständlich ab.

Der Vorteil bei der FDP ist der, es wird ausdrücklich Bremerhaven in der Überschrift erwähnt. Das gibt mir einen Anlass, zum Schluss Bremerhaven als Beispiel hier aufzuführen. Wir haben in Bremerhaven eine gute bildungspolitische Kompetenz, auch etwa seitens der Schulamtsempfehlung von 100 zusätzlichen Lehrern. Dies steht im Gegensatz zu dem, was hier in Bremen angesetzt wird, dass nämlich vorgerechnet wird, es seien dort 70 Lehrer über den Durst aufgrund der Relation vorhanden. Wir haben auch eine entsprechende Empfehlung der – –.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Der Linksfraktion!)

Nein! In Bremerhaven ist man sich weit über die Linksfraktion hinaus bis in die CDU hinein einig, dass mehr Lehrer eingesetzt werden müssen.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie verbreiten Angst und Schrecken!)

Es gibt ein konkretes Beispiel in der Johann-Gutenberg-Schule Leherheide: Dort haben wir Erweiterungsklassen, die wieder zusammengelegt worden sind. Wir haben dort zehn Lehrer, die in einer Woche einmal eben ausfallen, wodurch im Stadtteil Leherheide Mangelsituationen entstehen und wir natürlich eine schwierige Ausgangsbasis haben. Wir haben hier ein konkretes Beispiel, und wir haben in Bremen viele konkrete Beispiele, damit werden wir Sie hier auch weiterhin konfrontieren. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Böschen.

Abg. Frau **Böschen** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gibt jemanden, der hat einmal vom Parlament als der Quasselbude gesprochen, mittlerweile habe ich eine Ahnung davon, warum!

Herr Rohmeyer, ich finde es schon bemerkenswert, wie Sie es geschafft haben, diese Debatte, bei der wir eigentlich alle der Meinung waren, dass es um ein ernsthaftes Thema geht, bei dem wir sogar ganz viele Übereinstimmungen hatten,

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein!)

auf eine Ebene zu ziehen, die ich geradezu unterirdisch finde.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Meine Nerven liegen nicht blank, ich bin ganz entspannt im Hier und Jetzt, aber ich erkläre ganz deutlich, dass ich an keiner feierlichen Veranstaltung teilnehmen werde, die während einer Bürgerschaftsdebatte stattfindet, und das gilt sowohl für ein Gymnasium als auch für eine Gesamt- oder Grundschule oder auch andere Institutionen. Ich sehe es durchaus als meine vornehmste Pflicht als Abgeordnete, der Bürgerschaftssitzung zu folgen. Wenn Sie das für sich anders sehen, steht es Ihnen frei, das möchte ich überhaupt nicht bewerten, aber daraus abzuleiten, dass diejenigen, die sich nicht so verhalten wie Herr Rohmeyer, eventuell kein Interesse an dieser Institution haben, ist völlig daneben!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Es sind nicht immer alle hier!)

Das wissen wir, Herr Röwekamp, das werden wir hier aber nicht diskutieren, denn wir haben einen anderen Tagesordnungspunkt! Was ich aber deutlich machen möchte, ist, dass wir dem, was Sie eingefordert oder worum Sie gebeten haben, nämlich diesen Antrag zu überweisen, nicht nachkommen werden. Wir sind der Meinung, dass wir das in der Deputation durchaus debattieren, darüber haben wir gesprochen, darüber werden wir weiter sprechen, aber eine Überweisung ist aus unserer Sicht nicht notwendig, deshalb mein Auftritt hier noch einmal!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte nach der Rede von Herrn Beilken eigentlich, weil er ja so Angst hat, dass ich ihn wieder zensiere, nur ein Lob aussprechen, man kann wirklich alles mit allem verbinden, auch in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen – Abg. Frau Busch [SPD]: Ansonsten nicht zu bewerten!)

Das wollte ich nicht, an der Stelle! Ansonsten kann ich vielleicht zur Beruhigung der Debatte, was das Kippenberg-Gymnasium angeht, darauf hinweisen, dass ich in diesem Amt auch die SPD und die rot-grüne Koalition vertreten habe; ich habe über das berich-

<sup>\*)</sup> Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) tet, was wir im Konjunkturprogramm an Baumaßnahmen für das Kippenberg-Gymnasium gemeinsam verabredet haben, und ich denke, ich habe Sie gemeinsam und auch das Parlament vertreten, indem ich auch in der Begrüßung gesagt habe, ich begrüße gern die anwesenden Abgeordneten und weise darauf hin, dass heute Bürgerschaftssitzung ist und dass sicherlich sonst auch noch mehr dort gewesen wären.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen-Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön! – Zuruf von der CDU: Das nenne ich Vermischung der Gewalten!)

Erstens möchte ich zur Zusammenfassung der Diskussion nur sagen, die Debatte trifft sich ungeheuer gut mit der Arbeit, die bei mir im Haus geleistet wird. Man kann es vermuten, dass wir bereits an einem Konzept arbeiten, es wäre auch fahrlässig, wenn das nicht so wäre, und dass wir deshalb auch gern dem Antrag nachkommen, das Ende des Jahres gemeinsam hier zu debattieren, wenn wir es im Ganzen vorstellen

Ich kann aber auch zweitens zur Beruhigung beitragen und damit, denke ich, dann auch schließen. Die Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen – die Kollegin Stahmann hat es schon gesagt – ist in diesem und für das neue Schuljahr gesichert. Die anerkannten Unterrichtsbedarfe der Schulen haben genügend Lehrkräfte bekommen, wir haben im Augenblick noch kein Problem, und wir arbeiten daran, dass auch keine weiteren Probleme auftreten. Insofern trifft es sich gut, dass wir am Ende des Jahres die Dinge hoffentlich gemeinsam auf den Weg bringen, wie es gut ist, wenn man es in der Bildungspolitik, auch in der Lehrerbildung, gemeinsam tut, damit wir auch weiterhin keine Probleme in der Zukunft bekommen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/ Die Grünen)

**Präsident Weber:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse als Erstes über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/848 abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/848 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Ich lasse nun über den Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/907, Neufassung der Drucksache 17/894, abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/907, Neufassung der Drucksache 17/894, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Zum Schluss lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/940 abstimmen. Hier ist von dem Redner der CDU Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und an die staatliche Deputation für Bildung beantragt worden.

Wer der Überweisung des Antrages der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/940 zur Beratung an die von mir genannten Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Ich lasse jetzt über den Antrag in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/940 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

(D)

(A) Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von den Antworten des Senats auf die Großen Anfragen der Fraktion der FDP und der Fraktion der CDU Kenntnis.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit sind wir heute an das Ende unserer Tagesordnung gekommen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.19 Uhr)

(B)

